



# zur debatte

Sonderheft zur Ausgabe 5/2017

## „1517“ – was sonst noch geschah

Streifzüge durch das frühe 16. Jahrhundert



Das frühe 16. Jahrhundert ist weit über das Reformationsgeschehen hinaus eine Zeit der Umbrüche und der Neuorientierung – eine sehr spannende Epoche der europäischen Geschichte. In unseren Historischen Tagen 2017, die vom 1. bis zum 4. März 2017 stattfanden, kamen Fachleute zusammen, die die Entwicklungen in der Geistes- und Wissenschaftsgeschichte in den Blick nahmen, wie auch die spezielle Situation in vielen europäischen Ländern beleuchteten. Mit der Expansion Europas in die Neue Welt und der Machtentfaltung der Osmanen fand auch die außereuropäische Geschichte Niederschlag im Programm.

Der erste Teil unserer Schmuckbilder findet sich im „Theuerdank“. Dieses gedruckte Buch erschien erstmals im Jahr 1517 im damals noch nicht von der Reformation berührten Augsburg und gehört zu den prachtvollsten Werken der frühen Buchdruckkunst. Das Buch erzählt in 117 Kapiteln – geschmückt mit 118 Holzschnitten – die Geschichte der gefährlichen Brautfahrt des hochberühmten Helden und Ritters Theuerdank – den es gar nicht gab. Denn in Wirklichkeit ist Initiator und mit Hilfe von Ghostwritern Autor des Werks Kaiser Maximilian I., der mit dem „Theuerdank“ eine literarische und visuelle Selbstdarstellung bezweckte und auch erreichte.

Das Breviarium Grimani, entstanden im frühen 15. Jahrhundert, wohl in Flandern und benannt nach Kardinal Domenico Grimani, einem der ersten Besitzer dieses kostbaren Werks, ist die zweite Quelle von Illustrationen im Sonderheft. Das wohl nicht für den täglichen Gebrauch sondern als Schmuckausgabe gedachte Brevier enthält 50 ganzseitige Miniaturen, von denen wir einige zeigen, die auf den ersten Seiten der Handschrift die Monate des Jahres symbolisch darstellten. Hier auf dieser Titelseite finden Sie den Januar.

Wieder aus Augsburg stammen die „Monatsbilder“ von Jörg Breu d. Ä, unserer dritten Bildquelle. Im Auftrag der Patrizierfamilie Hoehstetter fertigte Jörg Breu Scheibenrisse für Glasbilder, welche später als Vorlage für die meisten Motive der prächtigen Bilder dienten. Diese auf Leinwand gemalten großformatigen Gemälde befinden sich heute im Deutschen Historischen Museum in Berlin.

*Das Monatsbild Januar im Breviarium Grimani schuf zwischen 1510 und 1520 ein unbekannter Künstler.*

Venedig, Biblioteca Nazionale Marciana, Ms. Lat. I 99

# Die Reichsreformansätze in der Regierungszeit Kaiser Maximilians I. Versuche einer Integration durch Normierung und Institutionalisierung im Spannungsfeld von Konsens und Dissens

Manfred Hollegger

## I. Vorbemerkungen

Die Integrationskraft des Königshofs als Zentrum mittelalterlicher Herrschaft, die seit dem 11./12. Jahrhundert vorrangig auf Konsensfindung mit den geistlichen und weltlichen Großen beruhte, wofür der Begriff „Konsensuale Herrschaft“ (Schneidmüller) steht, nahm im letzten Drittel des 14. Jahrhunderts immer mehr ab. Die Großen des Reiches verloren das Interesse am Rats- und Hofdienst, was zu einer „Destruktion des Herrscherhofes“ (Heinig) führte. Friedrich III. versuchte ab 1470 zwar, Kurfürsten und Fürsten wieder in den Hof zu integrieren und so das Reich nochmals als Hofstaat zu organisieren, aber die privilegierte Stellung der Reichsfürsten, wie sie in der „Confoederatio cum principibus ecclesiasticis“ von 1220 und im „Statutum in favorem principum“ von 1231/1232 festgeschrieben war, hatte die Weichen im Heiligen Römischen Reich längst anders gestellt, was bis heute im ausgeprägten Föderalismus der Bundesrepublik Deutschland fortwirkt.

## II. Reichsreformkonzepte des 15. Jahrhunderts und die Doppelregierung Friedrichs III. und Maximilians I.

Für Nikolaus Cusanus schien die Lösung der Reichsreformfrage in einer Gewaltenteilung zu liegen: einem jährlichen Reichstag sollte die gesetzgebende Gewalt, einem Reichstagsausschuss die Regierungsführung und dem Kaiser die vollziehende Gewalt zukommen. Der „Abschied der geistlichen Kurfürsten“ hingegen vertrat eine kurfürstlich-fürstliche Oligarchie, demzufolge dem Kurverein und einem kurfürstlichen Regiment die Reichsregierung obliegen sollte. Die anonyme „Reformatio Sigismundi“ und auch der „Oberrheinische Revolutiönär“ – von V. Huth als Dr. Jakob Merswin identifiziert – sahen das Heil in einer kaiserlichen Monarchie, wofür auch Enea Silvio Piccolomini und Peter von Andlau plädierten. Allen diesen Reichsreformvorschlägen gemeinsam ist der Ruf nach einer Landfriedensordnung mit einem Verbot der Fehde (bewaffnete, gewaltsame Selbsthilfe) sowie nach einer besseren Rechts-, Gerichts-, Steuer- und Münzordnung.

Die Kernfrage aber blieb stets die eigentliche Machtfrage im Ringen zwischen weitgehend unbeschränkter königlicher/kaiserlicher Monarchie und reichstädtischer, vor allem kurfürstlicher und fürstlicher Oligarchie. Kaiser Friedrich III. wollte selbst von einer kurfürstlich-fürstlichen Mitregierung nichts wissen, weshalb er 1486 in Frankfurt nach der Wahl seines Sohnes Maximilian zum Römischen König nur eine sehr allgemein gehaltene Landfriedensordnung für zehn Jahre verkündete und allenfalls noch ein Reichskammergericht zugestehen, aber „sunst in allen andern henden als Romischer Kayser in unserm freyen regiment, wie wir bisher gewesen sein“, bleiben wollte. Die Reichsstände hingegen machten auf allen folgenden Reichsversammlungen (Nürnberg 1487,



Dr. Manfred Hollegger, Wiss. Mitarbeiter am Institut für Mittelalterforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien/Graz

Frankfurt 1489, Nürnberg 1491 und Koblenz 1492) jegliche finanzielle und militärische Hilfe von Zugeständnissen bei der Reichsreform abhängig.

## III. Die Reichsreformverhandlungen vom Wormser Reichstag 1495 bis zum Augsburger Reichstag 1518

Auch auf dem Wormser Reichstag 1495 begegneten die Reichsstände Maximilians I. Hilfsbitten gegen die Osmanen und für einen Romzug zur Kaiserkrönung, um den französischen Hegeemoniebestrebungen in Italien Paroli bieten zu können, sofort mit der Forderung einer Reichsreform. Der König zeigte sich über Friede und Recht verhandlungsbereit, schlug aber zugleich eine „eylende hilf“ für Sofortmaßnahmen gegen Osmanen und Franzosen sowie eine „beständige und werende hilf“ für zehn bis zwölf Jahre vor, was den Ständen ihr altes Mittel der Kompensationspolitik aus der Hand genommen hätte. Diese jedoch erwiderten, ohne dauerhaftes Gericht, Friede und Recht sowie Ordnung im Reich sei von ihnen keine Kriegs- und Steuerhilfe mehr zu erwarten.

Dafür legten die Kurfürsten und Fürsten ihre Entwürfe für einen Reichsrat, ein Reichskammergericht und eine neue Steuerordnung vor. Bis auf die Vergabe der Reichslehen und Adelsverleihungen sollte die ganze Reichsgewalt (Gesetzgebung, Finanzhoheit, Steuern, äußere Politik und Kriegführung) einem kurfürstlich-fürstlich dominierten Reichsrat zukommen. Leiten sollte diesen ein vom König bestellter Präsident gemeinsam mit einem in vierteljährlichem Turnus wechselnden Kurfürsten. Die Beschlüsse dieses 17-köpfigen Reichsrats sollten für den König verbindlich und dieser in all seinem Handeln auf die Zustimmung

von Reichsrat und Reichsversammlung angewiesen sein. Darauf konnte Maximilian, ganz abgesehen davon, dass er „keinen Präsidenten über sich leiden wolle“, wie er sagte, nicht eingehen, weil das de facto seiner Entmachtung gleichgekommen wäre. Daher stellte er den ständischen Reformvorschlägen seine eigenen gegenüber: Das Reichsregiment sollte nur für die Zeit seiner Abwesenheit aus dem Reich bevollmächtigt sein, und die Auswahl der Räte sollte allein dem König obliegen. Vor allem aber behielt sich Maximilian seine „freie Regierung“ vor, wenn er wieder zurück im Reich sei. Damit war er ganz auf die Linie eingeschwenkt, die sein Vater Friedrich III. schon 1490 vertreten hatte. Wegen dieser unüberbrückbaren Gegensätze betreffend die Reichsregierung, blieben die Verhandlungen zwei Monate stecken. Erst als „die Machtfrage aus der verfassungspolitischen Diskussion herausgenommen und der Regimentsgedanke von beiden Seiten aufgegeben wurde“ (Angermeier), war die Reichsreform über dem Berg. Ein Verbot der Trinkunsitten im Reich sowie eine Ordnung für Spielleute, Bettler und „Zigeuner“, eine Kleiderordnung, eine Weinordnung und eine Münzordnung wurden zwar auf den nächsten Reichstag verschoben, aber mit dem Kompromiss in der sogenannten „Handhabung“ war der Weg frei für die großen Wormser Reformgesetze vom 7. August 1495.

Die Landfriedensordnung verbot die Fehde als gewaltsame rechtliche Selbsthilfe und verpflichtete jedermann zum gerichtlichen Austrag von Streitigkeiten. Mit der Kammergerichtsordnung wurde unter dem Vorsitz eines vom König bestellten Kammerrichters ein nach Vorschlag der Reichsversammlung mit 16 halbtags juristisch gebildeten, halbtags zumindest ritterbürtigen Urteiler besetztes oberstes Reichsgericht eingeführt. Allerdings sicherten sich die Kurfürsten und Fürsten das Recht, Streitfälle untereinander vor Sondergerichten auszutragen. Auch von den anderen Reichsständen (Grafen und Freiherrn sowie Städten) konnten sie nicht vor dem Kammergericht verklagt werden, sondern dies hatte vor einem Gericht aus neun Räten des beklagten Kurfürsten oder Fürsten – daher abfällig als „Suppenessergericht“ bezeichnet – zu erfolgen; in beiden Fällen war das Kammergericht nur Appellationsinstanz. Die Handhabung (Durchführungsverordnung) zu Landfrieden und Kammergericht stärkte die Rechte und Zuständigkeiten der jährlichen Reichstage und band den König an die dortigen Beschlüsse. Die Reichssteuerordnung des Gemeinen Pfennigs legte in den kommenden vier Jahren allen Reichsangehörigen ab 500 Gulden Besitz oder 25 Gulden Renten jährlich 0,5 bis 1 Prozent als Steuer auf. Wer weniger besaß und über 15 Jahre alt war, dem wurde ein Vierundzwanzigstel eines Guldens, das ist ein damaliger Schilling, auferlegt, und den Juden im Reich pro Kopf ein Gulden. Die Einhebung dieser Steuer, die statt der erwarteten ein bis zwei Millionen Gulden pro Jahr dann tatsächlich insgesamt nur circa 300.000 Gulden erbrachte, wurde den Pfarrern übertragen. Diese hatten die Steuerlisten und das eingehobene Geld über Kommisaren an die sieben Reichsschatzmeister in Frankfurt abzuliefern, die es auf Weisung des jährlichen Reichstags weiter verwenden sollten.

Auf dem folgenden Lindauer Reichstag von 1496/97 ließ sich Maximilian durch seinen Sohn Erzherzog Philipp vertreten, da er nicht erneut durch endlose Reichstagsverhandlungen an einem Eingreifen in Italien gehindert werden wollte. Vielmehr wünschte er die rasche Auszahlung der Eilenden Hilfe, was die Reichsstände jedoch vom vorherigen Vollzug der Wormser Ordnungen ab-

hängig machten und meinten, wegen der unbequemen Quartiere wäre es überhaupt am besten, den Reichstag zu verschieben. Als es nun hieß, die Reichsstände sollten nicht über schlechte Herbergen klagen, sondern den Gemeinen Pfennig einheben, sonst würde der König andere Saiten aufziehen, verbat sich die Reichsversammlung diesen Ton ganz entschieden und antwortete, ohne Einhaltung der Wormser Reichsordnung könne der König keine Hilfe erwarten.

Als Maximilian nach dem Scheitern seines Italienunternehmens den Reichsständen für eine rasche Steuerhilfe Entgegenkommen in allen Reichsreformfragen signalisierte, wurde im Dezember 1496 die Einhebung des Gemeinen Pfennigs bis März 1497 beschlossen. Aber diese scheinbare Einigkeit von König und Reichsständen währte nur kurz, sodass die Vorwürfe des Königs ab Jahresbeginn 1497 mit jedem Gesandten, den er zur Reichsversammlung schickte, schärfer und schärfer wurden: Der Lindauer Tag habe Reichsitalien im Stich gelassen und sich auf Maximilians Abwesenheit hinausgeredet, obwohl er 1495 in Worms bei den Reichstagsverhandlungen ohnedies vor der Tür hätte stehen müssen wie ein kleiner Bürgermeister. Wenn ihm die Reichsversammlung nicht helfe, werde er ein Scheltmandat überall im Reich veröffentlichen und neue Pfennigmandate ausgeben lassen. Daraufhin wurde im Lindauer Reichstagsabschied vom 9. Februar 1497 zwar die Einhebung des Gemeinen Pfennigs mit 15. März terminiert, aber keinerlei Garantie für die Gelder abgegeben.

## Die Landfriedensordnung verbot die Fehde als gewaltsame rechtliche Selbsthilfe und verpflichtete jedermann zum gerichtlichen Austrag von Streitigkeiten.

Persönlich blieb Maximilian auch dem zweiten Wormser Reichstag von April bis August 1497 fern und machte weitere Reichsreformverhandlungen von der vorherigen Bezahlung des Gemeinen Pfennigs abhängig. Dies wiederum wollte Erzkanzler Berthold – Kurfürst von Mainz – laut einer geheimen Unterredung mit dem kurbrandenburgischen Gesandten hinausziehen, bis alle Kurfürsten versammelt seien und der König seine Haltung in der Reichsregimentsfrage ändere. Öffentlich redete Erzkanzler Berthold auf dem eher spärlich besuchten Reichstag allerdings ganz anders und forderte, endlich den Gemeinen Pfennig zu bezahlen, und rügte den mangelnden Fleiß aller Stände „von oben bis unten“. War der vom Erzkanzler zur Schau gestellte Gestus echt oder nur Strategie im Sinne seiner von Maximilian so gehassten „Subtilität“, der so schwer etwas entgegenzusetzen war? Maximilian jedenfalls wollte dem von den Ständen daraufhin als „unser aller Schulmeister“ ironisierten Erzkanzler nun auch die schweren Sachen aufbürden, an denen Berthold, der immer alles besser wisse, aber für nichts die Verantwortung trage, sich die Zähne ausbeissen werde.

Ingeheim arbeitete Maximilian bereits an seinen eigenen Hofrat als Reichszentralbehörde. Als es ihm Ende 1497 tatsächlich gelang, Kurfürst Friedrich von Sachsen als Statthalter des Hofrats, dessen Bruder Johann von Sachsen als Stellvertreter und Herzog Georg von Bayern-Landshut als Hofmeister zu gewinnen, schien er seinem Ziel – einer Monarchie nach französischem Vorbild



Prof. Dr. Hans-Michael Körner, Professor em. am Historischen Seminar der LMU München (li.), leitete die Historischen Tage 2017 und moderierte auch die Fragerunden, hier die mit Professor Herfried Münkler.

– zumindest näher zu kommen. Für die Reichsregierung blieb dieser Hofrat, wenn man von der gelungenen Spaltung der reichsfürstlichen Opposition einmal abieht, praktisch ohne Bedeutung, da die reichsfürstlichen Territorialstaaten gegen einen königlichen Zentralismus durch weitreichende Privilegien abgesichert waren. Dazu kam, dass Friedrich von Sachsen, der sich auf dem glatten Parkett des Königshofes nicht hatte durchsetzen können, nach einem vierstündigen Gespräch mit Erzkanzler Berthold von Mainz gegen Jahresende 1498 samt seinem Bruder den Hofdienst wieder verließ.

*Der Schuss ging aber nach hinten los, weil die Fürsten meinten, Italien gehe die deutsche Nation wenig an, zumal die Italiener dieser auch nie geholfen hätten.*

Obwohl der König zunächst auch dem Freiburger Reichstag von 1497/98 fernblieb, musste er sich dann doch zu dessen Besuch verstehen, da er die Kriegs- und Geldhilfe der Reichsstände dringend brauchte, um nach dem Tod Karls VIII. die Gelegenheit zu einem Angriff auf Frankreich nutzen zu können, ehe der neue König, Ludwig XII., seine Herrschaft konsolidiert hätte. Wenn ihn das Reich abermals im Stich lasse, müsse er sich vom Königseid entbinden, da er auch dem Haus Österreich geschworen habe. Von den Lombarden werde er verraten und von den Deutschen an der Nase herumgeführt; dabei bleibe er, selbst wenn er dafür die Krone vom Haupt nehmen und mit den Füßen zertreten müsste. Wie das Kurbrandenburger Reichstagsprotokoll vermerkt, habe Maximilian „in wunder-

lichen Worten und Gebärden, dunkel und unverständlich“ geredet, weshalb Erzkanzler Berthold antwortete, man habe den König nicht ganz verstanden, weil er in Parabeln zu ihnen gesprochen habe wie Jesus zu seinen Jüngern; nur wenn er deutlicher und klarer werde, könne man ihm auch raten. Wütend erwiderte Maximilian, er habe „deutsch genug“ gesprochen, und drohte, gerne noch „verständlicher“ zu antworten. Als man ihm schließlich riet, ohne Zustimmung der Reichsversammlung keinen Krieg zu beginnen, erwiderte Maximilian, er wolle sich nicht an Händen und Füßen binden und an den Nagel hängen lassen – hier verwendet Maximilian übrigens das klägliche Bild König Gunthers aus dem Nibelungenlied –, sondern fordere die ihm in Worms 1495 zugesagte Anleihe von 150.000 Gulden für den Krieg gegen Frankreich.

Als taktischer Kunstgriff Maximilians war die rein rhetorische Frage gedacht, ob man statt zu kämpfen die von Frankreich angebotene Teilung Italiens annehmen und dem französischen König Genua und Neapel überlassen solle, wofür die Herzogtümer Mailand und Burgund sicher wären. Der Schuss ging aber nach hinten los, weil die Fürsten meinten, Italien gehe die deutsche Nation wenig an, zumal die Italiener dieser auch nie geholfen hätten. In der Reichsversammlung durchgesetzt hat sich dann zwar die Meinung der Kurfürsten, dass man Italien nicht Frankreich überlassen dürfe, weil man damit zugleich auch die Kaiserkrone aufgeben, aber die Italienfrage solle nicht durch einen Krieg, sondern auf dem Verhandlungsweg gelöst werden. Diese in der Tat recht naive Antwort qualifizierte Maximilian geradezu als „töricht“, aber trotzig erwiderte man, auf törichte Fragen erhalte man eben törichte Antworten.

Als sich nach dem Friedensschluss Erzherzog Philipps in Paris (20. Juli 1498) ein Feldzug gegen Frankreich nicht mehr überzeugend rechtfertigen ließ, griff Maximilian wieder die Tür-

kenabwehr auf und forderte nun dafür 60.000 Gulden. Da die Stände ein derartiges Vorhaben gegen die Glaubensfeinde nicht gut ablehnen konnten, blieb ihnen nur die ausweichende Antwort, dass man die Lage im Osten erkunden solle, um auf dem nächsten Reichstag über das notwendige Ausmaß der Türkenhilfe beraten zu können. Ihr Misstrauen gegenüber Maximilian, was dieser mit diesem Geld wirklich unternehmen wollte, war durchaus berechtigt, hatte er doch erst ein Jahr zuvor eine osmanische Gesandtschaft in Innsbruck empfangen und seither die diplomatischen Verhandlungen mit der hohen Pforte nie mehr abreißen lassen, bis er 1504 dem venezianisch-ungarischen Türkenfrieden von 1503 beitrug. Trotzdem verband der König in den folgenden Jahren seinem Romzug zur Kaiserkrönung stets mit einem nachfolgenden „Türkenkreuzzug“ als unangreifbares Argument, um von den Reichsständen Geld- und Truppenhilfe zu fordern.

Mit den einzelnen Verbesserungen zum Landfrieden, Gemeinen Pfennig und Kammergericht, wie sie der Freiburger Abschied vom 4. September 1498 festschrieb, hätte Maximilian durchaus leben können. Aber die Formulierung der Stände, dass sich seine Majestät gleichzeitig „irs ungebunden gewalts ettwas restringiern wölte“, ließen ihn sofort mutmaßen, die Reichsstände wollten „ein Parlament und Regierung machen wider seiner Majestät Regiment“. Dass dies auf den Reichstagen von Worms (November/Dezember 1498), Köln (Januar bis März 1499), Mainz (April 1499) und Überlingen (April/Mai 1499) trotz Maximilians grundsätzlich richtiger Mutmaßung dann noch nicht der Fall war, lag an einer schweren Erkrankung Erzkanzler Bertholds, die ihm den Besuch dieser Tage unmöglich machte. Da auch kaum andere Stände erschienen, betrachteten sich diese Versammlungen nicht als beschlussfähige Reichstage und verliefen daher ergebnislos, während sich die

## Inhalt

Die Reichsreformansätze in der Regierungszeit Kaiser Maximilians I. Versuche einer Integration durch Normierung und Institutionalisierung im Spannungsfeld von Konsens und Dissens

Manfred Hollegger 2

Regensburg 1519. Die Vertreibung der Juden aus der Stadt – das Ende einer bedeutenden jüdischen Gemeinde

Veronika Nickel 6

Die Eidgenossenschaft vom Ende der Burgunderkriege bis zur Niederlage bei Marignano: Aufsteigen zur Machthöhe?

Claudius Sieber-Lehmann 9

Die englische Reformation und die politische Kultur der Tudor- und Stuart-Monarchie

Ronald G. Asch 14

Süleyman der Prächtige vor Wien 1529. Die osmanische Expansion und die Habsburger, Protestanten und Schiiten in Persien

Hans Georg Majer 17

Machiavelli. Die Provokation der Moralphilosophie

Herfried Münkler 21

Portugiesen in Afrika und Asien. Die Herausbildung eines globalen Kulturraums um 1500

Benjamin Steiner 24

Der Aufstieg einer neuen Macht im Osten Europas. Das Großfürstentum Moskau und seine Nachbarn an der Schwelle zur Neuzeit

Maike Sach 28

Das Ausscheren Schwedens aus der Kalmarer Union und die Entstehung der neuzeitlichen schwedischen Monarchie unter Gustav I. Vasa

Ralph Tuchtenhagen 31

Die Entstehung des spanischen Imperiums in der Neuen Welt unter Kaiser Karl V.

Friedrich Edelmayer 35

Nicolaus Copernicus. Naturverständnis und Revolutionierung des Weltbildes

Andreas Kühne 38

Impressum 6

Serie der militärischen Fehlschläge Maximilians mit den Niederlagen im Schweizer- oder Schwabenkrieg 1499 fortgesetzte und er nicht in der Lage war, Ludovico Sforza wirksam zu unterstützen, sodass Frankreich im April 1500 das Herzogtum Mailand erobern konnte.

Um Mailand zurückzugewinnen und nicht auch noch die Kaiserkrone an Frankreich zu verlieren, war Maximilian auf dem Augsburger Reichstag von 1500 bereit, einem ständigen Reichsausschuss im Tausch für eine wirksamere Steuerordnung, als es der 1499 ausgefallene Gemeine Pfennig war, und für eine schlagkräftige Reichskriegsordnung ein gewisses Mitregierungsrecht einzuräumen. Damit gaben sich die Stände jedoch nicht zufrieden, sondern forderten in ihrem Gegenentwurf für den zu bildenden Reichsrat nicht nur umfassende innen- und außenpolitische Kompetenzen, sondern für die Kriegsführung auch den Oberbefehl eines Reichshauptmanns. Maximilian drohte zwar, in diesem Fall keinerlei Verantwortung mehr zu übernehmen, sondern Krone und Regiment gleich ganz den Ständen überlassen zu wollen, aber sonst hatte er am außen- wie innenpolitischen Tiefpunkt seiner Macht und angesichts seiner leeren Kassen den Ständen nichts mehr entgegenzusetzen. Daher waren die Augsburger Reformen im Wesentlichen über dem Berg, als im siebenköpfigen, von den Kurfürsten und Fürsten dominierten Reichstagsausschuss, der – um Querschüsse zu verhindern – in völliger Geheimhaltung beriet, ein Kompromiss mit den Reichsstädten gefunden wurde, die ihre Zustimmung von einer Vertretung im Reichsrat und vor allem von einer Herabsetzung ihres Steuersatzes abhängig gemacht hatten.

### *Damit war der Verfassungskampf im Reich vorerst zu Gunsten der Stände entschieden.*

Mit der neuen Regiments- und Steuerordnung vom 2. Juli 1500 wurde dann die faktische Entmachtung Maximilians im Reich vollzogen, so wie das auch alle auswärtigen Gesandten übereinstimmend sahen. Zwar präsidierte der König oder dessen Statthalter – dazu bestellte Maximilian Friedrich von Sachsen – den zwanzigköpfigen Reichsrat bzw. das Reichsregiment, wie es auf Wunsch Maximilians später endgültig genannt wurde, hatte aber kein Stimmrecht und war bei allen inneren und äußeren Vorhaben ganz an die Zustimmung der Regenten gebunden. Sechs von ihnen nominierten die Kurfürsten, je zwei die Fürsten, Grafen und Prälaten sowie die Reichsstädte und insgesamt acht die sechs Reichskreise einschließlich Österreichs und Burgunds. Damit hatte sich Maximilian seiner „ungebundenen Gewalt“ nicht nur „etwas restringiert“, sondern gänzlich darauf verzichtet, während das Reichsregiment andererseits in seiner Tätigkeit völlig frei und nicht an die Zustimmung des Königs gebunden war. Damit einverstanden erklärte er sich nur, weil das Reichsregiment mit einer sechsjährigen Steuer- und Truppenhilfe zur Reichsverteidigung und zur Landfriedenswahrung junktimiert war. Werde die neuen Steuer- und Hilfsordnung aber nicht eingehalten, werde er nicht warten, bis ihm seine Feinde die Krone rauben, sondern diese zu Boden schleudern und nach ihren Stücken greifen. Von dieser Drohung völlig unbeeindruckt wurde das Reichsregiment nicht am Königshof eingerichtet, sondern von den Ständen als

ortsfester Sitz Nürnberg bestimmt, wohin auch das Reichskammergericht verlegt wurde. Damit waren beide Institutionen dem Einfluss des Königs entzogen. Im Augsburger Reichstagsabschied vom 10. September 1500 nahm man Maximilian auch noch die Entscheidung über Krieg oder Frieden und mit der Bestellung Herzog Albrechts von Bayern-München als Reichshauptmann die Führung des Reichsheeres aus der Hand.

Damit war der Verfassungskampf im Reich vorerst zugunsten der Stände entschieden. Aber sie vermochten wenig damit anzufangen. So wie Kurfürst Philipp von der Pfalz von Anfang an wenig Bereitschaft erkennen ließ, sich dem Reichsregiment zu unterstellen, so gering war dann auch das Interesse der meisten anderen Reichsstände an dessen Funktionen. Man beschickte es nur verspätet oder gar nicht und ließ das Kammergericht überhaupt unbesoldet. Auch außenpolitisch beließ man es bei Absichtserklärungen, etwa vom Papst die Herausgabe der Annaten (Jahrgelder) und die Abstellung der Beschwerden der Deutschen Nation zu fordern oder vom polnischen König Anerkennung der Lehenshoheit des Reiches über den Deutschen Orden. Die einzige wirklich umgesetzte außenpolitische Initiative war die Entsendung einer Reichsgesandtschaft nach Frankreich. Diese verhandelte zwar endlos mit den Räten des französischen Königs über dessen Erbansprüche auf Mailand und drohte bei weiteren französischen Übergriffen in Italien sogar mit einem Reichskrieg, ließ sich schließlich aber offenbar recht gerne von Ludwig XII. überzeugen, dass er mit dem Reich Frieden haben und nur die Belehnung mit Mailand wolle.

Über die Ratifizierung des von der Reichsgesandtschaft abgeschlossenen Waffenstillstands kam es zwischen Maximilian und dem Reichsregiment zu einem längeren Streit, weil der König französische Garantien für die Reichsgebiete in Italien vermisste. Als Maximilian am 3. April 1501 schließlich doch unterzeichnete, war dies zwar der Beginn seiner Annäherung an Frankreich, die er in der Folge ganz ohne Einbindung des Reichsregiments bis zu den Bündnis- und Heiratsverträgen von Blois und Hagenau 1504/05 fortsetzte, aber das Gesprächsklima zwischen ihm und den Reichsständen war so vergiftet, dass er 1502 erklärte, keine Regiments- oder Reichstage mehr zu besuchen, weil diese gegen ihn gerichtete „verschwörerische Konventikel“ seien. Stattdessen wolle er vom Reich von Tisch und Bett geschieden sein und etwas tun, was ihm niemand zutraue, womit wohl gemeint war, Österreich aus dem Reich herauszulösen und zu einem eigenständigen Königreich zu deklarieren.

Durch die teilweise Umleitung der Gelder des päpstlichen Jubiläumsablasses von 1500 in seine Kassen zur (angeblichen) Finanzierung eines Kreuzzugs und durch zwei große Finanzverträge mit Georg Gossembrot, hinter dem das Augsburger Bank- und Handelshaus selben Namens stand, nicht mehr nur auf die Reichshilfe angewiesen, schob Maximilian 1502 das Reichsregiment zur Seite: zunächst mit dem Vorschlag zur Selbstauflösung, und, als kein nennenswerter Widerstand kam, mit der Erklärung, keinen Statthalter für das Reichsregiment zu finden, weshalb er Erzkanzler Berthold das Regiments- und das Kammergerichtssiegel abfordere. Obwohl Berthold die tatsächliche Ablieferung noch bis Januar 1503 hinauszögerte und inzwischen versuchte, die Kurfürsten auf eigenen Tagen in Gelnhausen (Juli 1502) und Würzburg (November 1502) gegen den König zu mobilisieren – angeblich war in Gelnhausen sogar von einer Absetzung Maximilians die Rede –, waren die

folgenden Kurfürstentagen von Mainz (Juni 1503) und Frankfurt (November 1503) nicht mehr als ein Rückzugsgeschehen, bei dem es dem Erzkanzler und seinen Mitstreitern vor allem darum ging, sich durch Einungen gegen den Zorn des Königs zu schützen. Vor allem Berthold war hier gefährdet, dem Maximilian zu Jahresanfang 1503 ganz offen die Hauptschuld zumaß, dass Reich und Kaiserkrone „in irsal stehen“, weil die bisherigen Reichstage diesbezüglich nichts geleistet hätten. Selbst über Bertholds Tod (21. Dezember 1504) hinaus blieb Maximilian unversöhnlich und legte dem Kölner Reichstag von 1505 eine lange Liste mit Anklagen gegen den Erzkanzler vor, der ihn durch den schleichenden Entzug von Königsrechten subtil zu seinem Knecht habe machen wollen.

Die Auflösung des Nürnberger Reichsregiments im März 1502 bedeutete auch das vorläufige Aus für das Reichskammergericht. Zwar hatte Maximilian inzwischen seinen Hofrat erneuert und diesem an Stelle der früheren Reichsfürsten im März 1502 Graf Eitelfriedrich II. von Zollern, der ab nun als „alter rex“ (zweiter König) galt, als Hofmeister sowie den in habsburgischen Diensten nicht minder bewährten Grafen Wolfgang von Fürstenberg als Hofmarschall an die Spitze gestellt, aber um sich von den Reichsständen keinen Bruch der Augsburger Ordnung von 1500 vorwerfen zu lassen, erklärte er Mitte November 1502 auch feierlich die Wiedererrichtung von Reichsregiment und Reichskammergericht, die in Regensburg ihren festen Amtssitz haben und dort ab Januar 1503 zu tagen beginnen sollten. Während der König im Bischof von Passau, Wigileus Fröschl von Marzoll, einen neuen Kammerrichter fand und auch genügend Beisitzer, obwohl vom alten Kammergericht nur zwei blieben, misslang ihm die Besetzung des neuen Reichsregiments, weil sich offenbar niemand in dieses nun mit 12 Mitgliedern geplante Gremium bestellen lassen und damit den Unmut der Reichsfürsten zuziehen wollte. Selbst beim neuen Kammergericht protestierten die Kurfürsten und Fürsten gegen die einseitige Besetzung durch Maximilian. Trotzdem konnte es sich halten und arbeitete bis April 1504 in Regensburg. Anschließend wurde es wegen des Landshuter Erbfolgekrieges nach Augsburg verlegt, bis es schließlich gemäß der auf dem Konstanzer Reichstag von 1507 zwischen König und Reichsständen erzielten Einigung 1509 endgültig nach Worms kam.

### *Die Auflösung des Nürnberger Reichsregiments im März 1502 bedeutete auch das vorläufige Aus für das Reichskammergericht.*

Der Wiederherstellung des Friedens im Reich nach dem Landshuter Erbfolgekrieg (1504/05) sowie der endgültigen Reform von Reichsregiment und Kammergericht sollte der Reichstag von Köln 1505 dienen. Dafür legte Maximilian einen Entwurf für ein neues, auf sechs Jahre befristetes Reichsregiment vor. Weil dieses nur eine beratende Funktion ohne Entscheidungsbefugnis haben sollte, antworteten die Stände: „Seine königliche Majestät habe bisher gut regiert und werde das gewiss auch in Zukunft tun, weshalb es doch nicht ihr Wille sein könne, sich Form und Maß des Regiments vorschreiben zu lassen“. Da Maximilian fürchtete, dass ohne Regiment auch die 1500 in Augsburg be-

schlossene Kriegs- und Hilfsordnung hinfällig sein würde, legte er einen zweiten Regimentsentwurf vor, demzufolge für wichtige Reichsangelegenheiten das Einverständnis zwischen König und Regiment gefunden werden müsse. Sei das nicht der Fall, solle der Kurverein beigezogen und dann ein für alle verbindlicher Mehrheitsbeschluss gefasst werden. Aber die Reichsstände blieben bei ihrer Antwort, der König habe bisher gut regiert und man wolle ihm keine Vorschriften machen. Nun ließ es Maximilian dabei bewenden und verfolgte auch seinen Plan nicht weiter, zur Wahrung des Landfriedens einen Reichshauptmann zu bestellen, der gemeinsam mit vier Marschällen in den Reichsvierteln Oberrhein, Niederrhein, Donau und Elbe mit Hilfe der Reichsritterschaft für Sicherheit im Reich und die Exekution der Kammergerichtsurteile hätte sorgen sollte.

### *Aber die Reichsstände blieben bei ihrer Antwort, der König habe bisher gut regiert und man wolle ihm keine Vorschriften machen.*

Als Maximilian I. mitten in den Entwurf des Ladungsschreibens zum Konstanzer Reichstag 1507 die Nachricht vom Tod seines Sohnes Philipp (25. September 1506) überbracht wurde, schienen sich all seine Romzugs- und Kaiserpläne endgültig in Luft aufzulösen. Umso mehr bemühte er sich in der Folge um die Reichsstände, da die Rückeroberung Mailands vom vertragsbrüchigen König von Frankreich als Basis für den Romzug, die Kaiserkrönung und die Erhaltung Reichsitaliens dringend notwendig sei. Zugleich stellte er ihnen neue Verhandlungen über Friede, Recht und Kammergericht in Aussicht, ebenso die Kontrolle über die Hilfsgelder des Reiches, die Wahl eines Reichshauptmanns mit 12 Kriegsräten sowie die Bildung eines Ausschusses, der während Maximilians Abwesenheit regieren solle. Da die Reichsstände so gut wie alles mit einem lapidaren „non placet“ ablehnten, gelangte man letztendlich nur zu einem Minimalkonsens bei kleinen Verbesserungen der Kammergerichtsordnung.

Um jede Wiederannäherung von König und Reich zu torpedieren, beauftragte Ludwig XII. seine Gesandten Antonio Crivelli, den französischen König auf dem Konstanzer Tag als Schützer der reichsfürstlichen Freiheit darzustellen: Maximilian wolle die Fürsten unter das Joch einer habsburgischen Erbmonarchie zwingen, wofür er Ludwig XII. sogar die Kaiserkrone angeboten habe, wenn dieser ihm dabei helfe. Maximilian wies dies natürlich entrüstet von sich, aber wie wir aus verschiedenen Gesandtenberichten wissen, spielte er seit 1494 insgeheim immer wieder tatsächlich mit dem Gedanken, das Kaisertum und die Herrschaft in Italien Frankreich oder Spanien zu überlassen. Im Gegenzug dafür sollte man ihm und seinen Nachkommen zu einer Erbmonarchie über Deutschland verhelfen und deren Bestand – meist mit dem Po als Grenze – garantieren. Für die Öffentlichkeit waren solche Überlegungen natürlich nicht bestimmend.

Die nächsten Jahre und daher naturgemäß auch die Reichstage dieser Periode waren vom großen Krieg um Italien geprägt, meist etwas verkürzend „Venezianer Krieg“ (1508–1516) genannt. Maximilian I. hatte sich im Februar 1508 in Trient zum „Erwählten Römischen



*Leonhard Beck schuf 1517 diese Illustration zum „Theuerdank“ Maximilians I. Die Darstellung zeigt die Audienz der Königin Erenreich.*

Kaiser“ ausrufen lassen, da ihm Venedig den Romzug zur Kaiserkrönung sperrte, und forderte auf dem Wormser Reichstag 1509 die Kriegshilfe der Reichsstände gegen die Signorie, was jedoch einmütig abgelehnt wurde. Vergeblich versuchte Maximilian Kurfürst Friedrich von Sachsen durch das Angebot der Generalstatthalterchaft im Reich oder der

Reichsfeldhauptmannschaft für sich zu gewinnen. In diesem vermutete er nämlich zu Recht die neue Zentralfigur der reichsständischen Opposition, seit der Sachse den vom Kaiser 1508 nach Mainz einberufenen Kurfürsten- und Fürstentag scheitern hatte lassen, weil man keine wichtigen Beschlüsse ohne die Versammlung aller Reichsstände fassen sollte.

Auch der folgenden Augsburger Reichstag 1510 verlief ganz und gar nicht nach Wunsch des Kaisers, da es dem päpstlichen Gesandten gelang, die geistlichen Kurfürsten von Mainz, Köln und Trier sowie Friedrich von Sachsen davon zu überzeugen, dass der Kaiser nicht für das Reich, sondern nur zur Vergrößerung Österreichs Krieg führe. Die

Folge davon war, dass die Stände die Beratung der kaiserlichen Vorschläge für eine neue Kriegsordnung mit einem stehenden Heer von 10.000 Reitern und 40.000 bis 50.000 Fußknechten, das im Inneren zugleich den Landfrieden in den Reichsvierteln und die Exekution der Kammergerichtsurteile sicherstellen sollte, auf den nächsten Reichstag

verschoben und ganz grundsätzlich an die Augsburger Beschlüsse von 1500 erinnern, dass ohne ihre Zustimmung keinen Krieg begonnen werden dürfe.

Auf dem Reichstag von Trier und Köln (April bis Juni 1512), dem die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg überhaupt fernblieben, und der auch sonst nur schwach besucht war, schlug Maximilian erneut ein stehendes Reichsheer vor. Nach dem Ausbruch einer Seuche, die wahrscheinlich die Pilgermassen ausgelöst hatten, die zur Verehrung des heiligen Rocks herbeigeströmt waren, wurde der Reichstag nach Köln verlegt. Nach ungefähr zweimonatigen Verhandlungen, die nun auch wieder eine Reichsreform zum Inhalt hatten, einigte man

*Weitgehend nur auf dem Papier bestehend blieb auch ein gemischt kaiserlich-ständisch besetzter Reichshofrat.*

sich im Reichsabschied vom 16. und im Nebenabschied vom 26. August auf einen nach Steuerklassen aufgrund des Vermögens abgestuften Gemeinen Pfennig für sechs Jahre, der bei einer auf ungefähr 12 bis 13 Millionen geschätzten Reichsbevölkerung jährlich zumindest bis zu circa 130.000 Gulden bringen sollte. Weitgehend nur auf dem Papier bestehend blieb auch ein gemischt kaiserlich-ständisch besetzter Reichshofrat. Den Begriff „Reichsregiment“ vermied der Kaiser anscheinend absichtlich, und es wäre ihm aufgrund der Abwesenheit zahlreicher Kurfürsten und Fürsten auch gar nicht möglich gewesen, ein solches zu konstituieren. Der Reichshofrat sollte den Kaiser während seiner Abwesenheit vertreten, als Güteinstanz in Rechtsstreitigkeiten fungieren, den Gemeinen Pfennig einheben und unter dem Vorsitz des Mainzer Erzbischofs Uriel von Gemmingen den Landfrieden wahren. Dafür wurde die Einrichtung von zehn Reichskreisen mit je einem Hauptmann an der Spitze beschlossen,

der zugleich die Urteile des in einigen Punkten reformierten Kammergerichts vollstrecken sollte. Tatsächlich dazu gekommen ist es aber erst viel später. Die Verhandlungen über eine reichseinheitliche Münze sowie Maße und Gewichte wurden auf einen nächsten Reichstag verschoben, und auch das beschlossene Verbot des Fürkaufs (eine Art Waren-Termin-Geschäft) zur Dämpfung der allgemeinen Preissteigerung konnte nicht wirklich durchgesetzt werden, da die finanzielle Abhängigkeit Maximilians gerade von den Handelsgesellschaften zu groß war.

Die beiden nur sehr spärlich besuchten Wormser Reichstage 1513 brachten keine Ergebnisse, und die kaiserlichen Ladungen nach Frankfurt und Augsburg (1514) sowie nach Freiburg (1515 und 1516) verhallten überhaupt ungehört. Erst die sich in zahlreichen Fehden manifestierenden Landfriedensbrüche und der vor allem in Schwaben ausufernde Straßenraub führten den Kaiser und die Reichsstände wieder auf einem Reichstag in Mainz 1517 zusammen. Seine einzige Ausbeute blieben 20 Kammergerichtsartikel, die aber mangels einer Exekutive, die der Kaiser aus der Reichsritterschaft bilden wollte, das Papier nicht wert waren, auf dem sie standen.

Der Reichstag von Augsburg 1518, den die Reichsstände zunächst ignorierten, dann aber doch fast vollständig besuchten, sollte neben der Beschlussfassung der in Mainz 1517 beratenen Artikel über Kammergericht und Landfrieden eine Reichshilfe für einen Kreuzzug bringen, um die Kardinal Thomas de Vio, genannt Cajetan, warb. Luthers Thesen (1517) und dessen Auftreten gegen das Ablasswesen heizten die antirömische Stimmung wohl zusätzlich an, sodass die Stände einmütig ablehnten und im Gegenzug die Gravamina (Beschwerden) der deutschen Nation gegen die Römische Kurie formulierten, denn zu viel Geld fließte aus Deutschland nach Rom. Hinter den Kulissen des Reichstages gelang es Maximilian, die Kurfürsten mit hohen Bestechungsgeldern für die Wahl seines Enkels Karl V. zum Römischen König zu gewinnen. Damit hatte er sein eigentliches Ziel erreicht, und da sich die Stände untereinander über Kammergericht und Landfrieden auch nicht so recht eins waren, wurden diese Fragen auf einen nächsten Reichstag verschoben – „ad Kalendas Graecas“, also auf nie, wie der Gesandte der Stadt Frankfurt verdrossen meinte.

#### IV. Resümee

Der Dissens in der Frage königlicher/kaiserlich Monarchie oder reichsständischer, vor allem kurfürstlicher und fürstlicher Oligarchie, führte von 1495 bis 1500 zu einem Machtkampf, den die Reichsstände zunächst mit der Einrichtung des Nürnberger Reichsregiments (1500–1502) für sich entscheiden konnten. Ihr mangelndes Gestaltungsvermögen führten 1502 zur Auflösung des Reichsregiments und erzeugte in der Folge ein Vakuum, das Maximilian I. immer mehr mit dem Eigengewicht des Königtums und seiner Hausmacht füllte.

Von den Reichsreformen erwiesen sich nur der Ewige Landfriede und das Reichskammergericht (1495) sowie die Reichskreise (1500 und 1512) als zukunftsweisende Ansätze. Das Ringen zwischen monarchischem Zentralismus und ständischer Oligarchie beziehungsweise zwischen „monarchischen, gesamtständischen und territorialen Interessen“ (Heil) blieb noch lange über Maximilians I. Regierungszeit hinaus unentschieden, bis es 1555 mit der Augsburger Religions-, Landfriedens- und Reichsexekutionsordnung zugunsten des Territorialfürstentums entschieden wurde. □

## Regensburg 1519. Die Vertreibung der Juden aus der Stadt – das Ende einer bedeutenden jüdischen Gemeinde

Veronika Nickel

Wenn die Anfänge der Reformation heute weitaus präsenter im kollektiven Gedächtnis verankert sind als etwa die Vertreibung der Juden aus Regensburg 1519, so liegt dies nicht nur daran, dass letztere scheinbar nur wenig Relevanz entfaltete, während der berühmte Thesenanschlag Martin Luthers die konfessionelle und politische Landkarte Europas nachhaltig verändern sollte. Das vergleichsweise in Vergessenheit geratene Ende der Regensburger Judengemeinde mag unter anderem auch darin begründet sein, dass Judenvertreibungen im spätmittelalterlichen deutschen Reich so verbreitet waren, dass man sich ihrer nicht mehr im Detail erinnert.

Trotz oder gerade wegen ihrer Häufigkeit fällt es dennoch schwer, Verfolgung und Vertreibung von Juden auf eine „Masterformel“, wie es der Historiker Gerd Mentgen formulierte, herunter zu brechen. Zu unterschiedlich waren die jeweiligen religiös, wirtschaftlich oder politisch motivierten Hintergründe. Gleiches gilt für den rechtlichen Status einzelner Juden oder ganzer Judengemeinden, der von Ort zu Ort sehr verschieden sein konnte. Eine sorgfältige Betrachtung des Einzelfalls ist daher stets geboten und im Falle Regensburgs, nicht zuletzt aufgrund der vergleichsweise guten Quellenlage, besonders geeignet.

#### I. Die Regensburger Judengemeinde

Die mittelalterliche Regensburger Judengemeinde gehörte zu einer der ältesten Gemeinden im aschkenasischen Raum. Der erste urkundliche Nachweis eines Juden datiert aus dem Jahr 981, wenig später ist der Begriff „Judeorum habitacula“, Judenviertel, belegt. Das jüdische Viertel lag mitten in der Stadt, in direkter Nachbarschaft zu den Zentren weltlicher und kirchlicher Macht. Es beherbergte berühmte Persönlichkeiten wie Jehuda he-Chassid, führender Vertreter einer jüdisch-spirituellen Bewegung, die sich Chassidei Ashkenas, die Frommen von Ashkenas, nannte und die – parallel zu den aufkommenden christlichen Bettelorden – einen ausschweifenden Lebensstil ablehnte und eine alle Lebensbereiche umfassende Spiritualität propagierte. In Regensburg gebürtig war Petachja ben Yaacov, der Ende des 12. Jahrhunderts den Orient bereiste und hierüber einen berühmt gewordenen Bericht verfasste.

Im Jahr 1210 erwarb die Judengemeinde vom Kloster St. Emmeram ein Grundstück, um einen neuen jüdischen Friedhof anzulegen. Das Gelände lag unmittelbar vor den Toren der Stadt. Es war daher nicht nur bequem zu erreichen, sondern genügte gleichzeitig der halachischen (religionsgesetzlichen) Vorschrift, der zu Folge sich ein Friedhof außerhalb der Stadtmauern befinden sollte. Wenige Jahre später wurde die bereits bestehende Synagoge vergrößert und im damals zeitgenössischen gotischen Stil ausgebaut. Ihr charakteristischer trapezförmiger Umriss samt der drei großen Mittelsäulen ist seit den Ausgrabungen am Neupfarrplatz Ende der 1990er Jahre als begehbares Denkmal zu sehen. Neben den Schum-Gemeinden, Speyer, Worms und Mainz, bildete Regensburg somit ein bedeutendes Zentrum jüdischen



Veronika Nickel M.A., Doktorandin am Historischen Seminar, LMU München

Lebens. Während jedoch jene wiederholt unter Pogromen, Verfolgung und Vertreibung zu leiden hatten, etwa während der Schwarzen Pest, blieben die Juden in Regensburg davon weitgehend verschont. Eine kollektive Vertreibung fand über das gesamte Mittelalter hinweg nicht statt.

Dennoch verschlechterte sich auch für die Regensburger Juden die Situation im Spätmittelalter zunehmend. Nahezu fatal wurde es, als der Regensburger Bischof im Jahr 1476 eine Ritualmordbeschuldigung lancierte, die in Trient ihren Ausgang genommen hatte. Den dortigen Prozess adaptierend, wurden mehrere Juden über Jahre hinweg in Regensburg interniert, gefoltert und beschuldigt, Kinder aus rituellen Gründen getötet zu haben – ungeachtet der Tatsache, dass weder Kinder vermisst noch Leichen gefunden wurden. Die Hinrichtung der Gefangenen scheiterte letztlich nur am Eingreifen Kaiser Friedrichs III., der nach erbitterten Auseinandersetzungen mit der Stadt die Freilassung der angeklagten Juden erzwirkte. Die Judengemeinde litt unterdessen nicht nur an der von der Stadt erzwungenen Absperrung des Judenviertels, sondern geriet auch durch die ihr von Kaiser und Stadt nach Beendigung der Ritualmordvorwürfe auferlegten hohen Geldzahlungen derart unter Druck, dass sie sich davon wirtschaftlich nicht mehr erholen sollte. Am deutlichsten zeigte sich dies am Unvermögen, regelmäßig die jährlichen Judensteuern zahlen oder gar bestehende Schulden begleichen zu können. Dies verhinderte das öffentlich in der Stadt propagierte Bild des angeblich reichen und geldgierigen Juden keineswegs, im Gegenteil: Ein Flugblatt zeigte einen Juden, der mit einem prall gefüllten Geldbeutel in der Hand einem auf einer Säule stehenden Kalb huldigte, während der Tenor des Begleittextes lautete, dass Juden von Mutterleib an danach trachteten, Christen wirtschaftlich zu ruinieren.

Nicht minder schwer als die Schuldenlast wogen die immer weiterreichenden

## zur debatte

### Themen der Katholischen Akademie in Bayern

Jahrgang 47

Herausgeber und Verleger:

Katholische Akademie in Bayern, München

Direktor: Dr. Florian Schuller

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Robert Walsler

Mitarbeit: Simon Berninger

Fotos: Akademie

Anschrift von Verlag u. Redaktion:

Katholische Akademie in Bayern,

Mandlstraße 23, 80802 München

Postanschrift: Postfach 401008,

80710 München,

Telefon 089/38 10 20, Telefax 089/38 10 21 03,

E-Mail: info@kath-akademie-bayern.de

Druck: Kastner AG – Das Medienhaus,

Schloßhof 2 – 6, 85283 Wolnzach.

zur debatte erscheint zweimonatlich.

Kostenbeitrag: jährlich € 35,- (freiwillig). Über-

weisungen auf das Konto der Katholischen Aka-

demie in Bayern, bei der LIGA Bank:

Kto.-Nr. 2355 000, BLZ 750 903 00

IBAN: DE05 7509 0300 0002 3550 00

SWIFT (BIC): GENODEF1M05.

Nachdruck und Vervielfältigungen jeder Art sind

nur mit Einwilligung des Herausgebers zulässig.





*Gämsenjagd des Ritters Theudank mit Zuschauern ist das Thema dieser „Theudank-Illustration“. Auch der Künstler dieses Werks ist unbekannt.*

Repressalien, die das Leben der Juden in einem Dickicht aus Verboten und Reglementierungen zu ersticken drohten. Im Fokus standen wirtschaftliche Aspekte, allen voran Darlehens- und Pfandgeschäfte, aber beispielsweise auch Kontakte zu auswärtigen Juden, deren besuchsweiser Aufenthalt oder Zuzug nach Regensburg durch finanzielle Hürden erschwert wurden. Neben den städtischen Restriktionen nahmen um die Jahrhundertwende antijüdische Hetzpredigten immer weiter zu. Eine wichtige Rolle spielte Balthasar Huebmaier, ab 1516 Domprediger in Regensburg. Er wurde zu einem der Hauptagitatoren im Zusammenhang mit der Kapelle zur Schönen Maria, die nach Vertreibung der Juden und Zerstörung der Synagoge errichtet werden sollte. Wie unerträglich die Situation war, zeigen schier endlose Beschwerden und Hilferufe an Stadt, Herzog und Kaiser. Um die Missstände zu beheben, setzte Maximilian I. schließlich im Jahr 1516 eine Schiedskommission ein und bestimmte als dafür zuständiges Gremium das Regiment in Innsbruck.

### *Eine wichtige Rolle spielte Balthasar Huebmaier, ab 1516 Domprediger in Regensburg.*

Der Prozess verlief überaus schleppend. Gleich zu Beginn hatte die Stadt die Vertreibung und hilfsweise eine deutliche Verkleinerung der Judengemeinde gefordert. Während des Augsburger Reichstags im Sommer 1518 versuchte der Regensburger Schultheiß Hans Schmaller unter Einschaltung diverser hochrangiger Persönlichkeiten eine Genehmigung des Kaisers zur Vertreibung der Juden zu erwirken. Schmaller erhielt Order aus Regensburg, Maximilian I. entweder einen einmaligen Betrag von mehreren tausend Gulden anzubieten oder aber zuzusichern, seitens der Stadt die jährliche Judensteuer zu übernehmen. Sogar die Verwertung der Häuser im Judenviertel sowie der Steine des jüdischen Friedhofs wurden von Schmaller ins Spiel gebracht. Alle Bemühungen des Schultheißen verliefen jedoch im Sande. Der Prozess in Innsbruck ging daher ungehindert weiter. Ein für Januar 1519 geplanter Verhandlungstermin musste allerdings wegen des Todes Kaiser Maximilians I. kurzfristig abgesagt werden und wurde auf Juli desselben Jahres verschoben.

### **II. Der rechtliche Status der Judengemeinde**

Die Regensburger Judengemeinde verfügte über eine Reihe königlicher und kaiserlicher Privilegien. 1182 hatte Kaiser Friedrich I. Barbarossa den Regensburger Juden das Recht bestätigt, mit allerlei Waren Handel zu treiben. Dass diese Rechte bestätigt wurden, lässt auf ein Vorgängerprivileg schließen, das uns jedoch nicht erhalten ist. Im Jahr 1216 erneuerte Friedrich II. dieses Handelsprivileg und fügte eine Strafanordnung hinzu, sollte jemand die Juden in der Ausübung der privilegierten Rechte behindern. Wenige Jahre später erwarb die Judengemeinde noch zusätzlich ein Privileg König Heinrichs (VII.), das den Regensburger Juden zusicherte, nicht vor ein Gericht gezogen werden zu dürfen, dessen Richter sie nicht selber ausgewählt hatten. Zudem durften weder Laien noch Kleriker als Zeugen gegen sie auftreten, wenn nicht mindestens ein Jude ebenfalls als Zeuge zugegen war. Hatte ein Regensburger Jude darüber hinaus eine Sache zehn Jahre lang in sei-

nem Besitz, so gehörte sie ihm fortan als Eigentum, unangesehen späterer Einreden Dritter. Alle diese Rechte wurden von den nachfolgenden Königen und Kaisern zwar nicht *expressis verbis*, aber in summarischer Form wieder und wieder bestätigt.

Anfang des 14. Jahrhunderts kam es jedoch zu einer folgenschweren Entwicklung. Sie betraf nicht einzelne Privilegien, sondern das Rechtsverhältnis der Judengemeinde insgesamt. So verpfändete Ludwig der Bayer im Jahr 1322 die Regensburger Judengemeinde an seine Großneffen für deren Hilfe in der Schlacht bei Mühldorf. Konkret bedeutete dies, dass die Regensburger Juden fortan den bayerischen Herzögen unterstanden, denen sie dafür beziehungsweise für den versprochenen Schutz eine jährliche Steuer zu zahlen hatten. Immerhin erhielt die Judengemeinde von Ludwig dem Bayern noch ein Privileg, demzufolge sie nicht an Dritte weiterverpfändet und zudem (über die exakt festgelegte Judensteuer hinaus) zu keinen weiteren Zahlungen verpflichtet werden durfte. Da die Verpfändung in der Folge nicht wieder ausgelöst wurde, verblieb sie annähernd 200 Jahre lang in der Hand der Wittelsbacher. Zuletzt war sie aufgrund der diversen bayerischen Landesteilungen in der Hand Herzog Georgs des Reichen von Bayern-Landshut. Als dieser 1503 starb, übernahm im Zuge des Landshuter Erbfolgekrieges Maximilian I. die Pfandschaft – jedoch nicht als Römischer König, sondern als Erzherzog von Österreich. Auf diese Weise sollten die Rechte an den Regensburger Juden im Fall seines Todes nicht dem Reich zufallen, sondern bei den Habsburgern verbleiben.

### **III. Die Vertreibung von 1519**

Entgegen der vielfältigen Privilegien und trotz des Faktums, dass die Regensburger Judengemeinde rechtlich gar nicht der Stadt unterstand, beschloss die Regensburger Stadtführung am 21. Februar 1519 in einer spontan herbeigeführten Ad-hoc-Entscheidung die sofortige Vertreibung aller Juden. Wenige Stunden später war das Judenviertel abgeriegelt und sämtliche in jüdischem Besitz vorhandene Pfänder beschlagnahmt. Die Regensburger Juden wurden bei Androhung schwerer Strafen dazu aufgefordert, die Stadt binnen weniger Tage zu verlassen. Zudem wurde beschlossen, umgehend mit dem Abbruch der Synagoge zu beginnen. Am Dienstag begann die Stadtführung schließlich damit, Außenstehende mittels einer Art frühneuzeitlichen Serienbriefes offiziell über die Ereignisse zu informieren.

In knappen und weitgehend identischen Worten wurden sowohl die Erben Herzog Georgs von Bayern-Landshut, denen die Judengemeinde noch Geld schuldet, über die Vertreibung in Kenntnis gesetzt, als auch die bayerischen Herzöge Wilhelm IV. und Ludwig X., deren Hoheitsgebiet an Regensburg grenzte. Weitere Adressaten des standardisierten Schreibens waren der Reichsvikar Pfalzgraf Ludwig V. sowie das Innsbrucker Regiment. Alle diese Briefe besagten übereinstimmend, dass es in der Stadt zu einem, so wörtlich, „gemurmel von gaistlichen und weltlichen, der Juden halb“ gekommen sei. Dem drohenden Aufstand habe man nur durch Vertreibung begegnen können, wodurch man nicht nur die Stadt und das Reich, sondern auch Leib und Leben der Juden selbst inklusive deren Güter beschützt habe. Die Formulierung hinsichtlich der Vertreibung war im Übrigen derart zweideutig gewählt, dass der Eindruck entstehen konnte, die Juden seien bereits gar nicht mehr in der Stadt. Tatsächlich begann die eigentliche Deportation zwei Tage nach Versendung der Briefe, einem

Donnerstag, und dauerte, bei eisigen Temperaturen und Schneetreiben, bis zum Sonntag.

An eben jenem Donnerstag kam ein Vertreter des Innsbrucker Regiments, der Jurist Dr. Johann Zasius, nach Regensburg. Zu diesem Zeitpunkt also, zu dem die Innsbrucker Hofräte das Informationsschreiben der Stadt noch gar nicht erhalten haben konnten. Hintergrund für den Besuch des Zasius war auch nicht der Brief, sondern die seit dem Tod Maximilians I. stetig gewachsene Besorgnis der Regensburger Judengemeinde um ihr weiteres Schicksal, insbesondere um das Schicksal des Prozesses. Zasius erschien somit als ein Gesandter, der lediglich die Lage sondieren und die Gemüter beruhigen sollte. Was er vorfand, war eine Stadt in hellem Aufruhr, unmittelbar damit beschäftigt, die Juden zu vertreiben. Unverzüglich wandte er sich an den kaiserlichen Reichshauptmann, Thomas Fuchs von Schneeberg, der, bedingt durch die Regensburger Stadtgeschichte, die wichtigste Persönlichkeit vor Ort darstellte: Ende des 15. Jahrhunderts hatte sich Regensburg freiwillig für einige Jahre der bayerischen Herrschaft unterworfen. Als die Stadt erneut den Status einer Reichsstadt erlangte, wurde ihr ein kaiserlicher Reichshauptmann aufoktroziert, der ursprünglich nur die laufenden Geschäfte beaufsichtigen sollte, im Laufe der Zeit aber eine immer größere politische Rolle spielte. Zasius eilte daher zunächst zu ihm und stellte ihn ob der Vertreibung zur Rede. Fuchs von Schneeberg übte sich in Unschuld und betonte, dass er nicht vor Ort gewesen sei, als die Sache zum Laufen kam. Zudem gab er zu verstehen, dass er nicht glaube, dass man das Ganze noch aufhalten könne. Daraufhin wandte sich Zasius an den zweitwichtigsten Mann der Stadt, den Kammerer, der ihn für den folgenden Tag auf das Rathaus bestellte, wo die Angelegenheit mit den führenden Gremien der Stadt besprochen werden sollte. Am nächsten Tag wiederholte Zasius auf dem Rathaus seine Forderung, die Vertreibung augenblicklich zu beenden, da sie den Interessen des Reichs und des Hauses Österreich zuwiderlaufe. Der Jurist versicherte, dass die Habsburger mit allen nur denkbaren Mitteln entschlossen wären, ihre Rechte und ihr Eigentum zu schützen. Es folgte eine hitzige Debatte, in deren Verlauf sich die Befürworter der Vertreibung durchsetzten.

Mindestens zwei Jüdinnen, Kindbetterinnen, wie die Quellen betonen, überleben die Zwangsdeportation nicht. Die Zahl derjenigen, die auf der Flucht oder als Folge derselben ums Leben kamen, ist unbekannt. Von Isaak ben Samuel ist überliefert, dass dessen Töchter Süssel und Hendel noch Monate später den Folgen der Strapazen zum Opfer fielen. Offenbar konnten nur wenige im nahegelegenen Stadtamhof, das damals nicht zu Regensburg gehörte, Unterschlupf finden. Die meisten mussten andernorts, bis in die welschen Lande hinein, Schutz und Aufnahme suchen. Eine Rückkehr schien zunehmend aussichtslos. Wenige Wochen nach der Vertreibung waren das Judenviertel, allen voran die Synagoge, abgerissen und der Friedhof mit seinen mehreren tausend Grabsteinen zerstört.

Noch ehe die Synagoge abgerissen wurde, hatte der für seine Darstellung der Alexanderschlacht berühmte Maler Albrecht Altdorfer die Gelegenheit genutzt, zwei Radierungen vom Innenraum der Synagoge sowie deren Vorhalle anzufertigen. Als Regensburger Ratsmitglied war Altdorfer über die Vertreibung der Juden genauestens informiert, wenn nicht sogar direkt an der Entscheidung beteiligt. Vertreibung und Zerstörung sind auf seinen Bildern allerdings

nicht zu sehen. In der Darstellung der Synagogenvorhalle werden zwei Männer in jüdischem Gebetsschal gezeigt, die beide nichts von der Gewalt und Zerstörung vermitteln, die während der Vertreibung abblief. Allein die jeweils in die obere Bildmitte platzierten lateinischen Kommentare geben einige, diesbezügliche Informationen. In der Inschrift der Eingangshalle heißt es, dass die Synagogenvorhalle der Regensburger Juden am 21. Februar 1519 abgerissen worden sei. Zur Darstellung des Synagogeninneren lautet die Mitteilung, dass die Synagoge der Regensburger Juden im Jahr 1519 durch Gottes gerechtes Urteil gründlich zerstört worden sei. Das hierbei verwendete lateinische Wort „*evertus*“ ließe sich auch mit „ausgefegt“ übersetzen. Ausgefegt wirkt das Synagogeninnere tatsächlich: Der Raum ist menschenleer.

### **IV. Die weiteren Entwicklungen**

Die Vertreibung der Regensburger Juden bedeutete einen klaren Verstoß gegen das noch laufende Verfahren in Innsbruck und damit gegen den Grundsatz, dass während der Dauer des Prozesses keine Neuerungen, wie es hieß, getätigt werden durften. Die Stadtführung musste somit davon ausgehen, dass das Innsbrucker Regiment sich mit der Vertreibung nicht ohne Weiteres abfinden würde. Tatsächlich zeigten die Innsbrucker keinerlei Bereitschaft, den Prozess nun einfach ins Leere laufen zu lassen – im Gegenteil.

### *Es folgte eine hitzige Debatte, in deren Verlauf sich die Befürworter der Vertreibung durchsetzten.*

Bereits eine Woche nach dem Vertreibungsbeschluss wandten sie sich an den Reichsvikar und forderten ihn auf, darauf hinzuwirken, dass die Regensburger Juden nicht weiter an ihrem Eigentum, insbesondere an ihren Häusern, geschädigt würden und in die Stadt zurückkehren dürften. Der Reichsvikar teilte der Stadt daraufhin mit, dass das Innsbrucker Regiment eine Beschwerde eingeleitet habe. Er, der Reichsvikar, wolle sich im Falle einer Klage nach, so wörtlich, fürstlicher Gebühr verhalten. Mit dieser Absichtserklärung waren die Innsbrucker Hofräte alles andere als zufrieden. Sie übten offenbar weiteren Druck aus. Keine Woche später schrieb der Reichsvikar erneut an die Stadt und appellierte an diese, die Juden doch nicht zu vertreiben oder, falls diese schon vertrieben seien, sie wieder in die Stadt aufzunehmen. Rund einen Monat später wiederholte der Reichsvikar seinen Appell. Parallel dazu teilte er dem Innsbrucker Regiment mit, dass die gewählte milde Fassung seiner Worte gegenüber der Stadt mit seiner Friedfertigkeit zu erklären sei. Das Innsbrucker Regiment verlor nun endgültig die Geduld. Es scheint nun massiv auf den Reichsvikar eingewirkt zu haben, denn Ende Mai erließ Pfalzgraf Ludwig V. tatsächlich ein offizielles Mandat gegen die Stadt Regensburg, in dem er der Stadtführung befahl, die Judengemeinde wieder aufzunehmen, deren Schäden zu erstatten oder aber bei ihm persönlich zu einer Verhandlung zu erscheinen.

Vom Vertreibungsbeschluss der Regensburger Stadtführung, Ende Februar, bis zum Erlass des Mandats, Ende Mai, dauerte es somit ganze drei Monate, bis der Reichsvikar eine Kursänderung anordnete, wenn auch mit dem Hintertüchlein einer Verhandlung. Zur letzteren erschienen im Übrigen keine Vertreter



der Judengemeinde, die stattdessen dem in Innsbruck angesetzten Prozesstermin folgten, von dem sie sich ganz offenkundig mehr versprochen. Tatsächlich fällt das Innsbrucker Regiment Ende November 1519 ein Urteil, das die Stadt nicht nur zur Wiederaufnahme der Juden verpflichtete, sondern der vertriebenen Judengemeinde auch umfangreichen Schadensersatz zusprach. Statt dem Urteil nachzukommen, ignorierte die Stadt allerdings die Entscheidung und nahm sogar die daraufhin verhängten Wirtschaftssanktionen in Kauf. Man saß die Sache gewissermaßen aus.

1521 verzieh der neue Kaiser, Karl V., der Reichsstadt ihr gewalttätiges und widerrechtliches Vorgehen und untersagte dauerhaft eine Rückkehr der Juden in ihre Heimat. Als Gegenleistung musste sich die Stadt dazu verpflichten, die von der Judengemeinde gezahlten jährlichen Steuern zu übernehmen. Das Ende einer der ältesten und bedeutendsten Judengemeinden im mittelalterlichen deutschen Reich war damit besiegelt.

### V. Die Wallfahrt zur Kapelle zur Schönen Maria

In den Chroniken blieb nicht so sehr der eigentliche Ablauf der Vertreibung, sondern vor allem die Wallfahrt zur Kapelle zur Schönen Maria in Erinnerung. Inmitten der Trümmer des jüdischen Viertels war eine Marienkapelle errichtet worden, zu der binnen kürzester Zeit ganze Scharen von Wallfahrern pilgerten. Auslöser hierfür bildete ein angebliches Wunder, demzufolge ein Steinmetz beim Abbruch der Synagoge zunächst zu Tode gestürzt war, ehe er tags darauf vollständig genesen aufs Neuerliche zur Tat schreiten konnte. Das Wunder der plötzlichen Genesung des Steinmetzen sowie dessen Schilderung, er habe nach seinem Sturz die Gottesmutter Maria gesehen, verbreitete sich in Windeseile und weit über die Grenzen Regensburgs hinaus. Tausende Pilger strömten in die Stadt und spülten einen warmen Geldregen herbei. Die Freude an der einträglichen Wallfahrt dauerte jedoch nur kurz. Nach ein paar Jahren war das Interesse der Wallfahrer versiegt. Stattdessen erreichten die neuen Lehren Martin Luthers die Stadt und wenig später wurde die Kapelle zur Schönen Maria in die erste protestantische Kirche Regensburgs umgewandelt, die heutige evangelisch-lutherische Neupfarrkirche.

Die vertriebenen Juden freilich hatten von diesen konfessionellen Umbrüchen nichts. Erst Jahrhunderte später gab es in Regensburg wieder eine jüdische Gemeinde. □

### Literaturangaben

Silvia Codreanu-Windauer, 21. Februar 1519. Die Vertreibung der Juden aus Regensburg, in: Alois Schmid / Katharina Weigand (Hrsg.), *Bayern nach Jahr und Tag. 24 Tage aus der bayerischen Geschichte, München 2007, S. 193–215.*

Gerd Mentgen, *Die Judenvertreibungen im mittelalterlichen Reich. Ein Forschungsbericht, in: Aschkenas 16/2 (2006), S. 367–403.*

Stadt Regensburg, *„Stadt und Mutter in Israel“. Jüdische Geschichte und Kultur in Regensburg, Regensburg 1996.*

Raphael Straus, *Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte der Juden in Regensburg 1453–1738, München 1960.*

Michael Toch, *Die Juden im mittelalterlichen Reich (Enzyklopädie Deutscher Geschichte, 44), München 2013.*

## Die Eidgenossenschaft vom Ende der Burgunderkriege bis zur Niederlage bei Marignano: Aufsteigen zur Machthöhe?

Claudius Sieber-Lehmann

### I.

„Aufsteigen zur Machthöhe“ hieß lange Zeit die Rubrik in der „Bibliographie zur Schweizergeschichte“, worin die Publikationen zum Zeitraum 1400–1516 aufgeführt wurden. In aktuellen Publikationen ist nur noch von einer „selbstbewussten Eidgenossenschaft“ die Rede. Hinter dieser Zurückhaltung verbirgt sich ein tiefgreifender Wandel der Geschichtsschreibung, die sich von der „Geistigen Landesverteidigung“ während des Zweiten Weltkriegs und der damit verbundenen nationalen Verherrlichung verabschiedete. Geblieben ist aber das Bedürfnis, die Entwicklung des eidgenössischen Bündnisgeflechts zu erklären, denn einige von dessen Eigentümlichkeiten sind bis heute in der Schweiz fassbar.

Das Jahr 1291 wird heute von ernstzunehmenden HistorikerInnen nicht mehr als „Geburtsstunde der Schweiz“ gefeiert; dafür rücken Prozesse, die im 14. und 15. Jahrhundert die 13 Orte zu einem Gemeinwesen zusammenwachsen ließen, ins Zentrum der Forschung. Die Schlacht bei Sempach (1386), die Herzog Leopold III. und seinen Rittern das Leben kostete, lenkte zum ersten Mal die Aufmerksamkeit auf die gewalttätige Selbsthilfe, mit der die Orte ihre Interessen durchsetzten. 1415 entrissen die eidgenössischen Orte dem Hause Habsburg den Aargau, und 1460 wiederholte sich das gleiche Schauspiel im Thurgau. Diese Gebiete blieben in eidgenössischem Besitz und wurden zu gemeinsam verwalteten „Gemeinen Herrschaften“. Diese garantierten den beteiligten Orten eine jährliche regelmäßige Einnahme und führten zu einer Institutionalisierung der gemeineidgenössischen Treffen („Tag-Satzungen“). Um 1500 trafen sich die Boten der Orte ungefähr alle 14 Tage, und es herrschte dank kleinen Distanzen ein ständiger Informationsaustausch.

Gleichzeitig durchläuft die Eidgenossenschaft schwerwiegende innere Krisen. Im Toggenburger Erbschaftskrieg (1436–1450), auch Alter Zürichkrieg genannt, stritten sich Zürich und die Innerschweizer Orte um das Erbe des Grafen von Toggenburg. Zürich suchte dabei sogar Hilfe bei den Habsburgern und schloss ein Bündnis mit Friedrich III. Zürich verlor aber den Krieg, und fortan war es den einzelnen Orten kaum mehr möglich, bindende Bündnisse außerhalb des eidgenössischen Bündnisgeflechts einzugehen.

Das spektakulärste Ereignis des 15. Jahrhunderts waren aber zweifellos die Burgunderkriege (1474–1477). In ihrem Vorfeld kam es zu einer teilweisen Aussöhnung mit dem österreichischen Gegner, denn die acht Orte schlossen Frieden mit Herzog Sigmund von Österreich; diese „Ewige Richtung“ wurde allerdings von Kaiser Friedrich III., dem Oberhaupt des Hauses, nicht bestätigt. Zugleich verbündeten sich die oberrheinischen Städte mit den Eidgenossen. Diese Tripelallianz konnte in drei Schlachten, die 1476/1477 im westlichen Grenzgebiet der eidgenössischen Orte und ihrer Verbündeten (Grandson, Murten, Nancy) stattfanden, den mächtigsten Fürsten Westeuropas besiegen. Das burgundische Mittelreich fiel nun weg, und die Jahrhunderte dauernde Rivalität zwischen



PD Dr. Claudius Sieber-Lehmann, Privatdozent für Allgemeine Geschichte des Mittelalters und Schweizer Geschichte, Basel

Habsburg und Frankreich nahm ihren Anfang.

### II.

Aufgrund ihrer Schlachtensiege wurden die Eidgenossen nun zu gesuchten Söldnern, und viele auswärtige Mächte wollten einen Zugriff auf das eidgenössische Reservoir von Reisläufern. Nun begannen Marktmechanismen zu spielen. Insbesondere die französischen Könige erkaufte sich von den eidgenössischen Obrigkeiten einen bevorzugten Marktzugang, indem sie Schmiergelder („Pensionen“) zahlten. Die ortsansässigen eidgenössischen Vermittler lieferten im Gegenzug junge Männer, insbesondere aus den Alpentälern, an den französischen König. Dabei machten die eidgenössischen Eliten fette Gewinne, denn der Sold war natürlich geringer als der Preis, den der französische König zahlte.

Das Reisläufen führte, wie das heute noch bei Kriegen feststellbar ist, zu einer Verrohung der Gesellschaft. Diebold Schilling hält lapidar fest, dass zwölfjährige Knaben, die burgundische Gegner erstochen hatten, eine Bedrohung für die Zivilgesellschaft darstellten. Immer häufiger rotteten sich die Söldner zusammen, wenn sie keinen Auftrag hatten, und führten ihr Handwerk im wörtlichen Sinne auf eigene Faust weiter. Auf der Zuger Fasnacht 1477 vereinbarten innerschweizerische Krieger, nach Genf zu ziehen und Geld einzutreiben, das ihnen die Rhonestadt schuldete. Die wilden Gesellen gründeten die „Gesellschaft vom Törichten Leben“ und gaben sich ein Banner, das einen Kolben und einen wilden Eber zeigte. Der Kolben bedeutete, dass es nicht nur um einen Fasnachtscherz jugendlicher Schläger ging. Die Reisläufer wollten gegen die ungerechte Beuteverteilung nach den Burgunderkriegen protestieren und die reich gewordenen städtischen Obrigkeiten unter Druck setzen.

Der politische Protest im Zeichen des Kolbens stieß in den Länderorten auf große Zustimmung, denn in kurzer Zeit umfasste die „Gesellschaft vom Törichten Leben“ 1.800 kriegserfahrene Männer aus Uri, Schwyz, Unterwalden und Zug. Die bedrohten Städte verriegelten in Panik ihre Tore; durch Geldzahlungen und großzügige Weinspenden konnten die Krieger zum Umkehren bewegt werden.

Nach überstandener Gefahr ging Genf das erste Burgrecht mit Bern und Freiburg im Üechtland ein, um sich gegen weitere Freischarenzüge abzusichern. Aber auch die eidgenössischen Städte Zürich, Bern, Luzern, Solothurn und Freiburg im Üechtland schlossen sich enger zusammen und besiegelten ein unbefristetes Burgrecht. Das bedeutete, dass jeder Bürger der fünf unterzeichnenden Städte gleichzeitig auch als Bürger der vier übrigen galt und entsprechenden Schutz genoss. Die Erfahrungen mit dem unkontrollierbaren Kriegszug der „Gesellschaft vom Törichten Leben“ standen hinter diesen weit gefassten Schutzbestimmungen für die städtischen Bürger. Die Städteorte wollten gefährliche Zusammenrottungen in Zukunft vereiteln und ihren Obrigkeiten die alleinige Anwendung von Gewalt sichern. Dagegen war die Bevölkerung in den Länderorten eher geneigt, eine derartige Selbsthilfe nach Art der Fehde weiterhin zu dulden. Gegen das Burgrecht der Städte protestierten die Länderorte scharf, die eine Übermacht der Städte innerhalb der Eidgenossenschaft fürchteten. Die Lage spitzte sich zu, und es kam beinahe zu einem Krieg zwischen Städten und Ländern.

Im letzten Moment konnte 1481 in Stans eine Lösung gefunden werden, das Stanser Verkommnis oder der Stanser Vertrag.

1. Gewaltsame Überfälle auf Miteidgenossen sind verboten. Wer dennoch angegriffen wird, kann mit dem Schutz der übrigen Orte rechnen.

2. Versammlungen oder Zusammenrottungen ohne Erlaubnis der Obrigkeit sind verboten.

3. Kein Ort darf die Untertanen eines anderen Ortes aufwiegen.

4. In Zukunft sollen die Bünde alle fünf Jahre neu beschworen werden. Die wichtigsten Bündnisbriefe werden dabei jedes Mal verlesen.

5. Die Aufteilung der Kriegsbeute und die Verwaltung erobert Gebiete werden neu geregelt.

6. Der Burgrechtsvertrag der Städte wird aufgelöst. Solothurn und Freiburg im Üechtland (Fribourg) werden in das eidgenössische Bündnisgeflecht aufgenommen.

Das Stanser Verkommnis war der letzte bindende Vertrag für alle Orte, und es bestand bis 1798. Letztlich bedeutete es eine Stärkung der Obrigkeiten und eine wachsende Kontrolle der Untertanen.

### III.

Die Jahre von 1481 bis 1495 verliefen relativ ruhig. Erst der Wormser Reichstag von 1495 ließ die Emotionen wieder hochkommen. Kaiserliche Berater, Geistliche und Humanisten forderten im Verlauf des 15. Jahrhunderts immer häufiger eine tiefgreifende Reform des Reichs, denn das jeweilige Reichsoberhaupt war nicht mehr in der Lage, seine Untertanen vor den ständigen Fehden zu schützen und das Vordringen der Osmanen seit dem Fall Konstantinopels (1453) zu



Abb. 1: Petermann Etterlin widmet seine Chronik Maximilian I. Die Eidgenossenschaft fühlte sich weiter dem Reich zugehörig.

verhindern. Deshalb beschlossen der habsburgische König Maximilian I. und die Fürsten 1495 auf dem Wormser Reichstag eine Neuorganisation des Reichs. Die privaten Fehden waren fortan verboten; wer den Landfrieden brach,

sollte empfindlich bestraft werden. Die Rechtsprechung wurde einem Reichskammergericht übergeben. Schließlich sollte eine allgemeine Reichssteuer erhoben werden, um einen Kreuzzug gegen die Türken zu finanzieren.

Gegen diese Neuerungen machten sich in der Eidgenossenschaft unverzüglich Widerstände bemerkbar. Die Kritik richtete sich keineswegs gegen das Reich an sich; kritisiert wurde der wachsende Herrschaftsanspruch unter einem habs-

burgischen König. Während Basel, das noch nicht zur Eidgenossenschaft gehörte, die geforderte Steuer bezahlte, weigerten sich die eidgenössischen Städte. Den Mahnungen des Reichskammergerichts wurde keine Folge geleistet.

Angesichts dieser Spannungen steigerten sich lokale bewaffnete Auseinandersetzungen entlang des Rheins von Graubünden über den Bodensee bis nach Basel 1499 zum Schwabenkrieg, der in Deutschland den Namen „Schweizerkrieg“ trägt.

Maximilian I. griff selber in den Konflikt ein und bezeichnete die Eidgenossen in einem Manifest geradezu als „boese, grobe und schoeude gepursluet“. Er unterstützte den Schwäbischen Bund, der seit 1488 von den Habsburgern als Gegenpol zur Eidgenossenschaft gefördert worden war, und hoffte damit, die Eidgenossen in die Schranken weisen zu können. Dennoch mussten die Schwaben mehrere Niederlagen einstecken, sodass es 1499 nach einem kurzen und heftigen Krieg zu einem Friedensschluss kam, der die Eidgenossen von den Wormser Beschlüssen befreite. Basel und Schaffhausen, die unter den Auseinandersetzungen besonders gelitten hatten, traten 1501 der Eidgenossenschaft bei; 1513 kam Appenzell als dreizehnter und letzter Ort hinzu.

Der Schwabenkrieg brachte nicht die Loslösung der Eidgenossenschaft vom Reich; diese erfolgte erst nach 1648. Vielmehr beharrten die Eidgenossen auf älteren Vorstellungen, wonach das Reich in erster Linie die Christenheit beschützen sollte. Noch im 16. Jahrhundert waren deswegen die einzelnen Orte bereit, mit Truppen und Geld die kaiserlichen Kriegszüge gegen die Türken zu unterstützen. Ein Reich als Leistungsgemeinschaft, mit Rechten und Pflichten samt Institutionen, lehnten sie dagegen ab.

Dass die Eidgenossenschaft auch nach 1499 zum Reich gehörte, zeigen Bilder aus der ersten, 1507 gedruckten und noch heute in einigen Exemplaren erhaltenen Schweizergeschichte von Petermann Etterlin (Abb. 1). Auf das Titelblatt folgt ein Holzschnitt, der das Reichsoberhaupt auf dem Thron zeigt, umgeben von den sieben Kurfürsten; ihm widmet Etterlin, der im Vordergrund ein Buch darbietet, sein Werk. Der zweite Holzschnitt (Abb. 2) zeigt den Reichsadler, umgeben von den Wappen der 13 regierenden Orte der Eidgenossenschaft samt den Zeichen der zugewandten Orte St. Gallen, Chur und Wallis.

#### IV.

Während die Rheingrenze in den folgenden Jahren zur Ruhe kam, machten sich die Expansionsgelüste der Inner-schweizer Orte bemerkbar, die wirtschaftliche Kontakte sowohl zum schweizerischen Mittelland als auch zu den oberitalienischen Metropolen pflegten. Wer heute durch Uri fährt, dem fallen auch heute noch das südländische Aussehen der Einwohnerinnen und Einwohner auf. Bei den Versuchen, ihren Machtbereich über den Alpenkamm in die südlichen Täler auszudehnen, gerieten die Inneren Orte regelmäßig mit den Herzögen von Mailand in Konflikt.

Seit 1494 veränderten sich aber die Kräfteverhältnisse in Italien grundlegend, denn die französischen Könige beanspruchten aufgrund ihrer Verwandtschaft mit den italienischen Herrscherhäusern große Gebiete der Apenninhalbinsel. 1494 geriet Neapel für kurze Zeit unter die Herrschaft der Franzosen, und 1500 gelang es ihnen, sich des Herzogtums Mailand zu bemächtigen. Die Ausweitung des französischen Machtbereichs forderte den Widerstand der übrigen westeuropäischen Mächte heraus. Mit

verschiedenen, häufig wechselnden Allianzen versuchten der Papst, Maximilian I. als Oberhaupt des Reichs, Venedig, aber auch Spanien und England, das gestörte politische Gleichgewicht in Italien zu ihren Gunsten wiederherzustellen.

Diese Vorgänge betrafen die Eidgenossenschaft unmittelbar und setzten sie einer Zerreißprobe aus. Die Innerschweizer Orte, die weiterhin eine Ausdehnung ihrer Macht nach Süden beabsichtigten, stießen bei ihren ennetbirgischen Zügen nun mit dem französischen König zusammen, welcher gleichzeitig mit anderen Orten verbündet war und viele eidgenössische Reisläufer beschäftigte. Gleichzeitig versuchten auch Maximilian I. und der Papst, Söldner für den Kampf gegen Frankreich anzuwerben. Alle diese Mächte bemühten sich mit den erwähnten Pensionen und hohen Bestechungsgeldern um die Gunst der eidgenössischen Obrigkeiten, sodass die Tagsetzung nicht in der Lage war, die auswärtige Politik der Orte aufeinander abzustimmen. Bis 1509 unterstützten die Eidgenossen mehrheitlich die Italienpolitik des französischen Königs, wechselten aber dann auf die Seite des Papstes, der Frankreich aus Italien vertreiben wollte. Die anfänglichen Kriegserfolge führten so weit, dass die Orte sogar die Herrschaft über das Herzogtum Mailand fordern konnten. Selbstüberschätzung und Uneinigkeit ließen die eidgenössische Italienpolitik aber scheitern. In der Schlacht von Marignano, an der bezeichnenderweise keine Berner, Freiburger und Solothurner teilnahmen, unterlagen 1515 die eidgenössischen Reisläufer. Bis zu 7.000 Reisläufer verloren ihr Leben. Sie waren an den Kampf Mann gegen Mann gewöhnt. Das französische Heer verfügte aber über eine neue, leistungsfähige Artillerie und zerschoss die angreifenden Gewalthaufen.

Die Mailänder Feldzüge zeigten, dass eine einheitliche Außenpolitik oder gar eine Großmachtspolitik der Eidgenossenschaft aufgrund der starken inneren Differenzen von vornherein zum Scheitern verurteilt waren. Die Feldzüge nach Oberitalien beeinflussten allerdings die zukünftige Gestalt der Schweiz, denn die Eidgenossen konnten trotz ihrer Niederlage große Gebiete des heutigen Kantons Tessin behalten und in der Folge als gemeine Herrschaft verwalten. Die dreizehnörtige Eidgenossenschaft hatte nun – abgesehen vom Waadtland, das die Berner erst 1536 eroberten – ihre größte Ausdehnung erreicht; bis 1798 änderte sich an ihrem territorialen Umfang nur wenig.

## V.

Die bisherigen Ausführungen konzentrierten sich auf die Ereignisgeschichte, und leider vor allem auf Kriegszüge. Schlachten und Siege sind aber eng mit einer eidgenössischen Mentalität verbunden, die sich im Verlauf des 15. Jahrhunderts ausbildete und sich um 1500 verfestigte. Wer Chroniken und Lieder aus dem 15. Jahrhundert liest, ist überrascht, wie häufig Schlachten und Heldentaten erwähnt werden. Gewalttätig ausgetragene Konflikte kamen im Spätmittelalter aber überall vor und beschränkten sich nicht auf die Eidgenossenschaft. Warum nehmen sie gerade in der hiesigen Geschichtsschreibung einen derart wichtigen Platz ein?

Die Eidgenossenschaft entsprach im 15. Jahrhundert immer weniger den üblichen Herrschaftsformen nach Art der umliegenden Fürstentümer. Zugleich aber betrieben die acht Orte eine gewalttätige Selbsthilfe und unbekümmerte Eroberungspolitik, wofür sie auswärts viel Kritik ernteten. Angesichts dieses Widerspruchs von Erfolg und gleichzeitiger Ablehnung empfanden die Eidgenossen das Bedürfnis, ihr Verhalten zu rechtfertigen und ihr Bündnissystem zu legitimieren. Dabei griffen sie auf eine Vorstellung zurück, die den Zeitgenossen vertraut war: Das auserwählte Volk Gottes aus der Bibel. Jede gewonnene Schlacht bedeutete, dass Gott „sein“ eidgenössisches Volk schützte. Das ständige Aufzählen von blutigen Siegen verfolgte deshalb den Zweck, sich an Gottes Hilfe zu erinnern und sich ihrer gleichzeitig zu versichern.

Diese religiöse und zugleich kriegerische eidgenössische Geschichte war auch der breiten Bevölkerung vertraut. Die einzelnen Orte begingen alljährlich einen

Gedenktag, die Schlachtjahrzeit, an der für die Gefallenen einer Schlacht gebetet wurde; im 16. Jahrhundert kamen Schlachtjahrzeiten für die gesamte Eidgenossenschaft auf.

Am Ende des 15. Jahrhunderts entstand auch das „Große Gebet“, eine religiöse Feier, in der durch stundenlanges Beten der Schutz Gottes für den einzelnen Ort und im 16. Jahrhundert für die gesamte Eidgenossenschaft angerufen wurde. Die Eidgenossen entwickelten dabei sogar eine eigene Bethaltung mit ausbreiteten, „zertanen“ Armen (Abb. 3, Seite 12), die sie als besonders fromme

Menschen ausweisen und von anderen Gläubigen unterscheiden sollte. Um derart zu beten, holten sie sogar die Erlaubnis des Papstes ein. Die Wichtigkeit dieses Betens zeigte sich darin, dass Basel nach seinem Beitritt 1501 zur Eidgenossenschaft ebenfalls eine päpstliche Erlaubnis für dieses Beten einholen ließ.

Eine andere Rechtfertigung der kriegerischen Politik boten die Reime, Lieder und Sprüche, die in großer Zahl aus dem Gebiet der spätmittelalterlichen Eidgenossenschaft überliefert sind. In ihnen wurden die Eidgenossen, die eigentlich zum dritten Stand gehörten, geradezu



Abb. 2: Der Reichsadler und die eidgenössischen Orte in Petermann Etterlins Chronik.



Abb. 3: Beten der Eidgenossen mit „zertanen Armen“; sie tragen ein weißes Kreuz.

als „adlige Bauern“ geschildert, als „frumme edle puren“. Sie traten an die Stelle der Adligen, die ihrer Aufgabe des Schützens und Kriegführens nicht mehr gewachsen waren; die Lehre von den drei Ständen wurde somit eingesetzt, um die eigene Überlegenheit zu begründen.

## V.

Neben diesen religiös und ständisch geprägten Versuchen, die Existenz der Eidgenossenschaft zu legitimieren, tauchten im Verlauf des 15. Jahrhunderts auch einprägsame Geschichten auf, die den gleichen Zweck verfolgten. Schauplatz dieser Erzählungen war die Innerschweiz um 1300. So schrieb der Berner Konrad Justinger um 1420, dass Uri, Schwyz und Unterwalden sich gegen die habsburgischen Vögte zusammengetan hätten, da letztere tyrannisch regierten und den Frauen nachstellten. Der Eidgenossenfeind Felix Hemmerlin berichtete um 1450, ein österreichischer Amtmann habe sich an einer Schwyzerin vergangen. Darauf sei er getötet worden, die Unterwaldner hätten seine Burg zerstört und einen Bund geschlossen. Das „Weisse Buch“ von Sarnen, etwa 1474 vom Obwaldner Hans Schriber verfasst, nannte dieselben Untaten der Vögte und den Plan der Untertanen, gemeinsam gegen die missliebige Herrschaft vorzugehen. Schriber fügte die Geschichte vom Schützen Tell bei, der den Hut nicht grüßte, den Apfelschuss wagen musste, gefangengenommen wurde, sich befreien konnte und den finsternen Gessler erschoss. Danach seien die Burgen der Vögte zerstört worden.

Die Schlacht von Sempach im Jahre 1386 wurde nachträglich durch die Beifügung einer Heldentat erhebender gestaltet. Die Eidgenossen sollen zuerst an den langen Speißen der österreichischen Ritter gescheitert sein, bis einer ein Bündel der gegnerischen Waffen packte und sterbend eine Bresche riss. Erstmals wurde vermutlich diese Tat in einer Chronik aus dem Jahr 1476 erwähnt, von der wir aber nur eine spätere Kopie besitzen. Der Name „Winkelried“ taucht aber erst 1533 in der Abschrift eines Liedes auf.

Archäologische Forschungen der letzten Jahre ergaben unzweifelhaft, dass um 1300 keine Burgen in der Innerschweiz zerstört wurden. Kein zeitgenössischer Text erwähnt einen Wilhelm Tell, und die österreichischen Ritter benutzten 1386 sicher keine Langspieße, in die sich Winkelried werfen konnte. Schließlich mutet es wie eine Ironie der Geschichte an, dass Ägidius Tschudi (1505–1572), dessen Chronik den Stoff für Friedrich Schillers „Wilhelm Tell“ lieferte, die sagenhafte Tellgestalt wenig schätzte und sogar eine kleine Karikatur in sein Manuskript einfügte.

## Archäologische Forschungen der letzten Jahre ergaben unzweifelhaft, dass um 1300 keine Burgen in der Innerschweiz zerstört wurden.

Dennoch versuchten einzelne Geschichtsforscher immer wieder, die Echtheit der Erzählungen nachzuweisen, um ein möglichst frühes Geburtsjahr der Eidgenossenschaft zu finden und sie als Ergebnis eines gerechtfertigten Freiheitskampfes darzustellen. Vor allem zu Beginn des 19. Jahrhunderts bestand ein starker Wunsch nach nationalen Vorbildern. Die wissenschaftliche, kritische Geschichtsschreibung nach 1850 ließ eine derart naive Erfindung der eigenen Tradition nicht mehr zu. Bereits damals wurden nämlich die Chroniken und Lieder von einzelnen Forschern als bloße Fabeleien abgetan; der Zürcher Historiker Wilhelm Oechslis (1851–1919) sprach unverblümt von einem „Gebilde der Phantasie“.

Von sexuellen Übergriffen adliger Amtsleute wie der anschließenden Zerstörung von Burgen wurde nämlich auch außerhalb der Eidgenossenschaft erzählt. Das gilt auch für die Sage vom famosen Schützen Tell. Der dänische Geistliche Saxo Grammaticus berichtete bereits

um 1200 vom Schützen Toko, der sich seiner Schießkünste rühmte und vom bösen König Harald Blauzahn gezwungen wurde, einen Apfel vom Kopf seines Sohnes zu schießen; selbst das Motiv des zusätzlichen Pfeils, der beim Misslingen des Schusses für den König bestimmt gewesen wäre, findet sich beim dänischen Verfasser. Eine Selbstaufopferung für das Gemeinwohl nach der Art Winkelrieds wird seit der Antike gerne beschrieben und war im Mittelalter auch in der Eidgenossenschaft bekannt; so berichtete bereits der Franziskaner Johannes von Winterthur (um 1302–1348), dass ein Einzelkämpfer durch sein Opfer eine Schlacht gewinnen half.

Allerdings sind alle diese Erzählungen ausgesprochen dramatisch sowie einprägsam, und sie weisen bis heute einen hohen Unterhaltungswert auf; erinnert sei nur an Tells Zwillingsbruder, den edlen Räuber und Schützen Robin Hood. Auch wenn sich keine Beweise für die Existenz von Gessler, Tell und Winkelried finden lassen, so zeigen die Geschichten doch ein Bedürfnis, das Vorhandensein der Eidgenossenschaft überzeugend zu begründen und durch Traditionsbildung den Zusammenhalt der Bündnispartner angesichts häufiger Krisen zu stärken. Dieser Wunsch kam erst im 15. Jahrhundert auf; dies ist auch der Zeitraum, in dem sich langsam eine gemeinsame eidgenössische Geschichte entwickelte und die eidgenössischen Helden geboren wurden.

## VI.

Neben diesen mentalen Versatzstücken, die eine Art Way of life der Eidgenossen prägen, gibt es auch sichtbare Zeichen für ein eidgenössisches Selbstverständnis. So zeichnet der Berner Arzt Konrad Türost 1495/96 eine Schweizerkarte mit Angabe der geographischen Breitengrade (Abb. 4). Die Eidgenossenschaft wird also zu einem geographisch verorteten „Land“.

Bislang war immer von der „Eidgenossenschaft“ und nicht von der „Schweiz“ die Rede, und dies aus gutem Grund. Bis zum Schwaben-/Schweizer-

krieg von 1499 war die Bezeichnung „Schweizer“ bei den Eidgenossen verpönt. Sie diente nämlich den Gegnern seit der Mitte des 14. Jahrhunderts als abwertender Sammelname. Zudem sträubten sich die restlichen sieben Orte dagegen, den Schwyzern einen Vorrang bei der Namengebung einzuräumen. Schließlich verbreitete der eidgenossenfeindliche Zürcher Chorherr Felix Hemmerlin in der Mitte des 15. Jahrhunderts auch die Mär, die Schwyzer seien nichts anderes als kriegsgefangene Sachsen, die zur Strafe von Karl dem Großen in die Alpen umgesiedelt worden wären; hier sollten sie nun so richtig „schwitzen“, woher auch ihr Name stamme.

Um 1500 änderten aber die Eidgenossen ihre Einstellung. Sie übernahmen die Bezeichnung „Schweizer“ von ihren Gegnern und versuchten, den neuen Namen mit einer positiven Bedeutung zu füllen. Zugleich hatten sie wohl das Bedürfnis, an die Stelle farbloser Verwaltungstechnischer Begriffe wie „Bund“ oder „Eidgenossenschaft“ einen individuellen Namen zu setzen. Seitens der Humanisten wurde überdies die Bezeichnung „Helvetier“ in wachsendem Masse herangezogen; damit fanden die „Schweizer“ sogar einen Anschluss an die antike Geschichte.

Zu dieser Schweiz gehörte auch ein äußeres Hoheitszeichen. Während des 15. Jahrhunderts besaß jeder eidgenössische Ort immer noch ein eigenes Feldzeichen, manchmal mit einem Wappentier wie dem Urner Stier oder dem Berner Bär. Daneben benützten die Freischaren, die inoffiziellen Kriegsbanden, manchmal ein Fähnlein mit einem Kreuz, oder sie trugen kreuzweis aufgenähte weiße Bänder, um sich zu erkennen. Weiße Kreuze waren dann während der Burgenkriege das Zeichen aller gegen Karl den Kühnen verbündeten Parteien, auch der oberrheinischen und österreichischen Truppen; es handelte sich also nicht um ein Emblem, das allein den Eidgenossen vorbehalten war. Da die Siege über Karl den Kühnen aber auf eidgenössischem Gebiet erfochten wurden, entwickelte sich das weiße Kreuz zum Zeichen für die gesamte Eidgenossen-



Abb. 4: Konrad Türist zeichnete die erste Karte der Schweiz mit Gradnetz. Die Eidgenossenschaft wird also zu einem geographisch verorteten „Land“.

schaft. Hinzu kam, dass das Kreuz an die Passion Christi erinnerte, die im religiösen Denken der Eidgenossen eine wichtige Rolle spielte. Ein Bild von eidgenössischen Truppen, die alle mit weißen Kreuzen gekennzeichnet sind, begegnet allerdings erst in einer Luzerner Chronik aus dem beginnenden 16. Jahrhundert.

Gibt es weitere gemeinsame Vorstellungen und ein Zusammengehörigkeitsgefühl? Bis weit in die Frühe Neuzeit besitzen wir keine Quellen, aus denen wir die Ansichten der gesamten Bevölkerung kennenlernen können. Hinweise bieten aber regelmäßig wiederkehrende Veranstaltungen, an denen der breiten Bevölkerung die Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft vermittelt wurde. An erster Stelle sind hier die bereits erwähnten religiösen Bräuche zu nennen: Die Schlachtjahrzeiten und später das „Große Gebet“. Während einer Messe wurde nicht nur für das Wohlergehen der Kirche, des Papstes und des Kaisers gebetet, sondern gleichzeitig auch für die „lobliche gemeine eidtgnosschaft“. Hinzu kam die regelmäßige Beschwörung der Bünde. So nahmen 1471 in Zürich, dessen Bevölkerung auf 4.700 Personen geschätzt wird, rund 300 Personen von auswärts an der eidlichen Erneuerung der Bünde teil. Daran schlossen sich weinselige Festlichkeiten an. Die eidliche Erneuerung der Bünde wurde sehr ernst genommen. 1482 verlangten die Berner von ihren ländlichen Untertanen, dass

von jedem Haushalt ein sauber gekleideter Mann am Sonntag im städtischen Münster anwesend sein soll, um „die pund ze ernuern mit den Eydtgnon“.

Aus bernischem Hoheitsgebiet stammt schließlich eine Quelle, die ansatzweise die Meinung größerer Bevölkerungsgruppen erkennen lässt. Um 1500 ließ die Stadt „Ämteranfragen“ durchführen, um die Meinung der Untertanen zu einzelnen politischen Geschäften (Bündnisse, Steuern, Währungsfragen) kennenzulernen. Die bernische Obrigkeit

*Bis weit in die Frühe Neuzeit besitzen wir keine Quellen, aus denen wir die Ansichten der gesamten Bevölkerung kennenlernen können.*

organisierte die Befragungen in Krisenzeiten, um unpopuläre oder wichtige Maßnahmen im Voraus anzukündigen und später durchzuführen. Offensichtlich fürchtete sie sich vor dem Widerstand in den Landgebieten; die Ämteranfragen erwiesen sich als geeignetes Mittel, um die Landschaft in die politische Verantwortung einzubinden.

Natürlich handelte es sich dabei nicht um eine repräsentative Meinungsumfrage im heutigen Sinn. Nur in Aus-

nahmefällen konnten sich alle Männer über vierzehn Jahre äußern; Frauen war jede Beteiligung verwehrt. Die Organisation der Anfragen ließ auch kaum abweichende Meinungen zu: Der Bote der Stadt verlas den Vorschlag der Regierung und befragte zuerst die anwesende „Ehrbarkeit“, das heißt die angesehenen und mächtigen Vorsteher der jeweiligen Gemeinden. Deren Aussagen beeinflussten zweifellos die Meinungsbildung der folgenden Redner. Anschließend erfolgte eine Abstimmung, ob der Antrag anzunehmen oder abzulehnen sei. Die Entscheidung wurde dem städtischen Rat schriftlich mitgeteilt. Von 1496–1521 haben sich etwa 250 unterschiedlich lange Briefe zu 14 verschiedenen Anfragen erhalten.

Bei den Antworten der Ämter fällt auf, dass häufig die reichen Empfänger von Pensionen kritisiert wurden. Die ländliche Bevölkerung verlangte in erster Linie Frieden, was allerdings im Widerspruch zur gleichzeitig beobachtbaren Begeisterung für das Reislaufen stand. Was nun die Frage nach einem Zusammengehörigkeitsgefühl der Eidgenossen betrifft, so wünschten die Ämter häufig, sich „nit zu scheiden von unseren trüwen lieben eidtgnossen“. Die Konolfinger verwiesen um 1514 sogar auf die gegenseitige Treue „unser altvordren“: Sie besaßen offensichtlich die Vorstellung einer gemeinsamen eidgenössischen Geschichte, wie sie sich im Spätmittelalter herausgebildet hatte. □

## Presse

### Salzburger Nachrichten

11. März 2017 – Herfried Münkler, Professor für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin, beschäftigt sich mit Leben und Werk Machiavellis seit mehr als 40 Jahren. Auf Einladung der Katholischen Akademie in Bayern, die ihre diesjährigen „Historischen Tage“ unter dem Motto „Was sonst noch geschah“ einem Streifzug durch das frühe 16. Jahrhundert gewidmet hatte, räumte Herfried Münkler mit Vorurteilen gegenüber Machiavelli auf: „Bis heute hat er einen schlechten Ruf, lange Zeit war er überhaupt verfemt und wer sich mit ihm auseinandersetzte, galt als Machiavellist. Doch heute wissen wir, dass er der Begründer der politischen Wissenschaft war. Er hat seine Zeit und die Politik mit nüchternem Blick gesehen“, sagt er.

Ursula Kastler

# Die englische Reformation und die politische Kultur der Tudor- und Stuart-Monarchie

Ronald G. Asch

## I.

Wenn in diesem Jahr in Deutschland das Reformationsjubiläum gefeiert wird, dann steht trotz aller Kautelen eben doch ein Mann im Mittelpunkt dieser Feiern: Martin Luther. Man mag ihn mögen oder nicht, und es ist nicht einfach, ihn zu mögen, aber seine zentrale Rolle für die Reformation im Reich, aber auch darüber hinaus kann man ihm schwer abstreiten. Auch die englische Reformation verbindet sich mit dem Namen einer einzelnen Person, aber eben nicht mit dem Namen eines Mönches und Theologen, sondern eines Renaissancefürsten der robusteren Sorte, Heinrichs VIII. Blickt man auf die Anfänge der Reformation, dann sieht man kein heroisches Aufbegehren eines Einzelnen gegen die ganze Welt, kein heldenhaftes „Hier stehe ich und kann nicht anders“, sondern eher, jedenfalls auf den ersten Blick, ein bloßes politisches Manöver, bei dem es nicht um das Seelenheil des Menschen ging, sondern nur um politische Macht und die Launen eines egozentrischen Monarchen, der in seiner Unberechenbarkeit manchen Politikern der Gegenwart jenseits des Atlantiks ähnelte.

Ein solches Urteil verkennt freilich, dass das königliche Kirchenregiment tatsächlich im Mittelpunkt der englischen Reformation stand, sehr viel stärker als das landesherrliche Kirchenregiment im Mittelpunkt der deutschen, das hier ja eher eine Notlösung war. Das Kirchenregiment des Königs, wie es Heinrich VIII. durchgesetzt hatte, ging sehr viel weiter als sein Pendant auf fürstlicher Ebene in deutschen Territorien, zumal es der Tendenz nach dem Monarchen auch das Recht einräumte, theologische Fragen zu entscheiden, wenn auch gegebenenfalls unter Mitwirkung des Parlaments.

Aber auch in anderer Hinsicht sind die Unterschiede auffällig, denn die Church of England, die sich in den 1530er Jahren von Rom löste, besaß theologisch gesehen einen ausgeprägten Kompromisscharakter. Handelte es sich bei dieser Kirche in den 1540er Jahren wirklich um eine protestantische Kirche, oder war die englische Reformation eigentlich nur eine Art Schisma, nur dass es hier eben keinen Gegenpapst gab, sondern der König gewissermaßen die Rolle des Papstes für sein Reich übernommen hatte? Zwar wurden manche theologische Zweideutigkeiten zwischen 1547 und 1553 unter Eduard VI. und erneut nach 1558 unter Elisabeth I. beseitigt und die 39 Articles, die Bekenntnisschrift der englischen Kirche bis heute, sind ein eindeutig protestantisches Glaubensbekenntnis. In der Glaubenspraxis im alltäglichen Leben der Kirche, in der Kirchenverfassung und in der Liturgie blieb der Konfessionalisierungsprozess in England aber lange, vielleicht auch auf Dauer unvollendet, das heißt trotz entsprechender Bekenntnisschriften blieb der konfessionelle Charakter der Church of England ambivalent. Für die einen war sie eindeutig eine Kirche der Reformation, wenn auch mit manchen Defiziten und Schwachstellen, für die anderen hingegen war der Weg, den die englische Kirche verfolgte,



Prof. Dr. Ronald G. Asch, Professor für Geschichte der Frühen Neuzeit, Freiburg

eher eine „Via media“ zwischen Genf und Rom. Englische Theologen, die ihre Kirche so einordneten, meldeten sich jedenfalls seit den 1590er Jahren verstärkt zu Wort und erlangten dann nach 1620 auch maßgeblichen Einfluss auf die Kirchenpolitik. In all ihrer Widersprüchlichkeit und Gebrochenheit prägte die Reformation in England aber ebenso wie die Reformation in Deutschland die politische Kultur des Landes bis weit ins 18. Jahrhundert, ja in mancher Hinsicht bis in die Gegenwart hinein.

Im Folgenden soll sich der Blick daher vor allem auf die politischen Folgen der Reformation richten, und zwar ausgehend von der Epoche Heinrichs VIII., aber durchaus unter Einbeziehung langfristiger Entwicklungen bis hin zur Mitte des 17. Jahrhunderts.

## II.

Das königliche Kirchenregiment, das in den 1530er Jahren begründet wurde, war an sich von Anfang an janusköpfig. Einerseits vertraten die Juristen und Theologen des Königs, die Heinrich VIII. die Argumente für die Trennung von Rom liefern sollten, die Theorie, dass der Monarch als Träger einer „Imperial crown“, eine quasi kaiserliche Autorität in seinem Reich besitze; das hieß, er war der oberste Herr über alle seine Untertanen sowohl in geistlichen wie in weltlichen Belangen; die Jurisdiktionsgewalt, die der Klerus in der Vergangenheit ausgeübt hatte, beruhte letztlich nur auf einer Delegation königlicher Rechte an den Klerus, da das königliche Imperium älter war als die Privilegien der Kirche. Vorbild für die „Royal Supremacy“ war aus dieser Perspektive nicht nur die Aufsicht, die ein Kaiser wie Konstantin der Große über die Kirche ausgeübt hatte, sondern auch die quasi-sakrale Autorität der Könige des Alten Testaments.

Dem stand freilich eine andere Theorie der „Royal Supremacy“ gegenüber, die nicht zuletzt von Common Law

Juristen wie Christopher St. Germain (1460-1540) formuliert wurde. Für die Common Lawyers – und hier ist es wichtig zu wissen, dass in England die Juristen, die für das weltliche Recht zuständig waren, eben nicht unter dem Einfluss des römischen Rechtes standen wie auf dem Kontinent, sondern ein nationales Gewohnheitsrecht praktizierten – ging es vor allem darum, die Autonomie des kanonischen Rechtes und der kirchlichen Gerichtshöfe einzuschränken oder sogar zu beseitigen, im Vordergrund stand der Kampf gegen eine vermeintlich übermächtige Position des Klerus, gegen „the power of priestcraft“, der generell ein wichtiges Element der englischen Reformation war.

Klar war jedenfalls, dass sich mit der Reformation das Prinzip durchsetzte, dass es für die Autorität des „King-in-Parliament“ keinerlei rechtliche Beschränkungen gab. Ein Parlamentsgesetz war unanfechtbares Recht, auch wenn es dem Kirchenrecht oder anderen Normen des transnationalen Rechtes möglicherweise widersprach. Potentielle Konflikte, die sich aus solchen Widersprüchen ergaben, konnte nur das Parlament selber entscheiden als höchster Gerichtshof. In diesem Sinne war die englische Krone absoluter Souverän, wie es schon das „Statute in Restraint of Appeals“ 1533 postuliert hatte, etwa mit den berühmten Worten „this realm of England is an empire“ („Dieses Königreich hat den Status eines Imperium, eines Kaiserreiches“). Es war gerade dieser Punkt der englischen Reformation, dem sich Thomas More, der große Humanist und zeitweilige Lordkanzler, energisch widersetzte, und dafür mit seinem Leben bezahlte.

Die in den 1530er Jahren etablierte Herrschaft des Monarchen war aber ambivalent, sie bedeutete einen erheblichen Machtzuwachs für den König, man konnte aus ihr aber auch einen Machtzuwachs für das Parlament ableiten, je nachdem, wie man die Rolle des Parlaments bei der Ausübung des Kirchenregiments bewertete. Generell war die englische Reformation aber durchweg erastianisch angelegt, wie man die Dominanz der weltlichen Obrigkeit gegenüber dem Klerus nennt – eine Bezeichnung, die auf den Heidelberger Professor der Medizin Thomas Erastus zurückgeht, der um 1580 eine Schrift über die Exkommunikation verfasste, in der er kirchlichen Amtsträgern ein eigenständiges Exkommunikationsrecht bestritt. In England wurde von vielen Laien und selbst Theologen die Autonomie der Kirche oder gar des Klerus als Gefahr wahrgenommen, das galt auch für den ersten protestantischen Erzbischof von Canterbury, Thomas Cranmer, der im Jahr 1540 dem Monarchen sogar das Recht bescheinigte, selber Bischöfe und Priester zu ordinieren respektive zu weihen oder das Evangelium zu predigen. Versuchen des Königs, sogar den Wortlaut der 10 Gebote zu modifizieren, trat er freilich trotzdem auf diskrete Weise entgegen, aber den Cäsaropapismus, der der Reformation Heinrichs VIII. inhärent war, soweit auszudehnen, dass der König auch die Kompetenz besaß, über den richtigen Text der Bibel zu entscheiden, war eigentlich nicht ganz abwegig. Bekanntlich sollte später Thomas Hobbes dem Souverän eine solche Autorität zuschreiben.

Für Cranmer war die ideale Kirche jedenfalls nicht – wie für andere Reformer in England wie auf dem Kontinent – die der Apostel, sondern die Konstantins und der spätantiken christlichen Kaiser; eine Kirche, die sich selber ohne den Schutz der weltlichen Obrigkeit organisieren musste, war für ihn eher die große Ausnahme, eine bloße Notlösung, und jedenfalls kein Modell für die

Church of England. In Heinrich VIII. mit seiner Brutalität und Unberechenbarkeit einen „Godly Ruler“ zu sehen, einen von Gott geleiteten neuen Konstantin, war freilich nicht ganz einfach und verlangte ein erhebliches Maß an Anpassungsfähigkeit – man könnte auch sagen: eine hohe Bereitschaft, große Teile der Realität auszublenden. Hätte Cranmer diese Fähigkeit nicht besessen, hätte er sein Leben vermutlich schon unter Heinrich VIII. auf dem Schafott beendet – so wie Thomas Cromwell, der leitende Minister der 1530er Jahre.

Eine solche Anpassungsfähigkeit war umso notwendiger, weil bis zuletzt unklar blieb, wie sehr der König die Theologie der Reformatoren wirklich zu seiner eigenen gemacht hatte. Deutlich ist freilich, dass Heinrich VIII. sich selber stark in der Tradition der Könige des Alten Testaments sah. Daher sah er es auch als seine Aufgabe, wie diese Könige Götzendienst und Idolatrie zu bekämpfen – bestimmte Formen der traditionellen Verehrung von Heiligen gehörten zu dieser Idolatrie ebenso wie die Verehrung von Reliquien.

Widersprüchlich war die Haltung des Königs zur Laienfrömmigkeit und zur Bibel. 1539 ließ er mit der „Great Bible“ eine offizielle englische Bibelübersetzung drucken, auch um Laien an den Text der Bibel heranzuführen. Einige Jahre später, 1543, wurde die Bibellektüre jedoch schon wieder eingeschränkt auf Laien, die der gebildeten Ober- und oberen Mittelschicht angehörten, und insbesondere Frauen sollten die Bibel nur lesen dürfen, wenn ihr privilegierter sozialer Status dies ausnahmsweise rechtfertigte.

## III.

Zu einer auch theologisch klar von Rom getrennten Kirche wurde die Church of England erst nach dem Tode Heinrichs VIII., unter seinem Sohn Eduard VI., der aber nur sechs Jahre regierte und eigentlich noch ein Kind respektive Jugendlicher war, sodass wesentliche Entscheidungen an seiner Stelle durch einen Reichsverweser respektive Regentschaftsrat getroffen wurden. Die relativ kurze Regierungszeit Eduards VI. 1547-1553 ist für die Geschichte des englischen Protestantismus besonders bedeutsam, weil Eduard VI. im Rückblick das Idealbild des gottesfürchtigen Herrschers prägen sollte. Er war freilich, als er auf den Thron kam, minderjährig, nur zehn Jahre alt, lediglich in seinen letzten Lebensjahren konnte er in begrenztem Umfang selber Einfluss auf die Kirchenpolitik nehmen, zuvor lag diese in der Hand von Regenten, vor allem des Herzogs von Somerset und danach in der des Herzogs von Northumberland. Aber gerade weil Eduard VI. während seiner Regierungszeit eigentlich noch minderjährig war, konnte er zur Projektionsfläche für die Hoffnungen der militanten Protestanten in England werden, denn alle Schwächen seiner Regierungszeit konnten der Regentschaft angelastet werden. Die Tatsache, dass ihm seine katholische Schwester Maria als Königin folgte, die England wieder zu einem Teil der römischen Kirche machte, ließ seine Regierungszeit dann in umso hellerem Licht erscheinen.

Als Modell eines frommen protestantischen Herrschers beeinflusste Eduard das theologische und staatsrechtliche Denken des späten 16. Jahrhundert tiefgreifend. Spätere Herrscher mussten sich an diesem Modell messen lassen und wenn sie ihm nicht gerecht wurden, stellte sich die Frage, ob Protestanten nicht ein Recht hatten, Widerstand zu leisten. Aber auch das königliche Kirchenregiment an sich wurde nun im späten 16. Jahrhundert viel kritischer



*Hier erobert der imaginäre Ritter Theurdank eine Stadt. Für diese Illustration zeichnet wieder Leonhard Beck verantwortlich.*

gesehen, die Herrschaft Marias der Katholischen schuf faktisch ein dauerhaftes Trauma im englischen Protestantismus. Gerade weil die englische Reformation in den 1530er und 1540er Jahren so stark auf den Angelpunkt des königlichen Kirchenregimentes ausgerichtet war, mussten die Protestantenverfolgungen unter Maria Tudor, der etwa 300 Personen zum Opfer fielen, wie ein Schock wirken. Sie warfen die Frage auf, ob die „Royal Supremacy“ an sich wirklich legitim war, und ließen auch die Reformation Heinrichs VIII. in einem anderen Licht erscheinen.

Die Verfolgungen unter Maria der Katholischen hatten den englischen Protestantismus tiefgreifend verändert. Unter den Exulanten bildeten sich eigene englische Gemeinden, die nun in kleinem Maßstab versuchten, das zu verwirklichen, was auch unter Eduard VI. nicht wirklich gelungen war: den Aufbau kirchlicher Gemeinschaften, die nur aus Menschen bestand, die sich ganz dem neuen Glauben und einem Christentum verschrieben hatten, das mit den Traditionen der mittelalterlichen Kirchen vollständig gebrochen hatte. Mit ihrem elitären Frömmigkeitsideal sollten sie das Vorbild für die puritanischen Bewegung der elisabethanischen Zeit abgeben und langfristig das Ideal einer umfassenden Nationalkirche in Frage stellen.

### *Die englische Kirche war am Ende des 16. Jahrhunderts durch ein hohes Maß an konfessioneller Ambiguität gekennzeichnet.*

Die Erinnerung an die Zeit der marianischen Verfolgung hatte den Samen des Zweifels unter englischen Protestanten gesät. Konnte England wirklich jemals eine „Godly Nation“ werden, war es nicht eher so, dass eine kleine Schar von wahrhaft Gottesfürchtigen versuchen musste, die große Zahl der Lauen, Ungläubigen oder gar papistische Gesinnten auf den rechten Weg zu führen oder schlimmstenfalls auch offen zu bekämpfen. Wenn nach den 1560ern eine Vielzahl von Predigern ihre Hörer immer wieder daran erinnerten, dass Gott England, indem er dem wahren Glauben hier wieder zum Sieg verholfen hatte, eine besondere Gnade erwiesen habe, und die Engländer zu einem auserwählten Volke werden lassen, so war das immer auch als Ermahnung gemeint, jetzt die Botschaft des Evangeliums zu verwirklichen. Ein erneuter Abfall, das war klar, würde den Zorn Gottes heraufbeschwören. England mit dem Volk Israel gleichzusetzen war also nicht unbedingt ein Zeichen nationalen Selbstbewusstseins, sondern oft eher das Gegenteil, ein Ausdruck tiefer Selbstzweifel.

Immerhin, in England wurde unter Elisabeth 1558/59 die reformatorische Ordnung wieder hergestellt. Die Tatsache, dass nun eine Frau an der Spitze der Kirche stand, ließ es allerdings den Theologen der frühen elisabethanischen Zeit ratsam erscheinen, zu betonen, wie sehr Elisabeth in Strukturen eingebunden waren, die sie verpflichteten, nicht allein, sondern beraten von ihren Councillors oder auch dem Parlament zu handeln. Die Regierungszeit Marias der Katholischen, aber auch die eher vorsichtige Politik, die Elisabeth I. nach 1558 zunächst betrieb, wirkten sich überdies in der englischen Reformationsgeschichte als stark retardierende Elemente aus; aus der Sicht militanter Protestanten blieb die Reformation unvollendet, auch nach 1558.

In der Tat trug das „Elizabethan settlement“ einen starken Kompromisscharakter. Die vielen Formelkompromisse, die die relative Stabilität der Church of England nach 1558/60 gewährleisten konnten, hatten jedenfalls ihren Preis. Der konfessionelle Frieden beruhte darauf, dass viele Beteiligte bereit waren, sich äußerlich an die kirchlichen Normen anzupassen, während sie ihre wirklichen Überzeugungen für sich behielten, und vielleicht insgeheim eine ganz andere Form des kirchlichen Lebens präferierten und auch hinter geschlossenen Türen praktizierten. Das galt ganz sicher für die Puritaner, die spätestens seit den 1590er Jahren zunehmend die Hoffnung aufgeben mussten, ihre kirchlichen Ideale auch offiziell durchzusetzen, und die daher jenseits der normalen Pfarrorganisation in Konventikeln und Gebetskreisen mehr denn je ihre eigene „voluntary religion“ praktizierten. Ihren eigenen Weg innerhalb der Church of England gingen aber auch die „Church Papists“, jene Gläubigen, die sich offiziell der etablierten Kirche anpassten, aber eigentlich mit dem römischen Katholizismus sympathisierten. Sie stellen zwar eine relativ kleine Minderheit dar, die aber in der Oberschicht unter den Angehörigen der Gentry und Peerage überrepräsentiert war und daher auch politisch relevant blieb.

#### IV.

Die englische Kirche war am Ende des 16. Jahrhunderts durch ein hohes Maß an konfessioneller Ambiguität gekennzeichnet. Von einer durchgehenden homogenen Konfessionalisierung konnte hier eigentlich nicht die Rede sein, sie war aber auch durch ein hohes Maß an Misstrauen geprägt. Konnte man denjenigen, die man als „Church Papists“ sah, vertrauen, wenn man militanter Protestant war? Planten sie nicht heimlich die Rekatholisierung Englands? Galt nicht auch umgekehrt aus Sicht der „Conformists“, der moderaten Protestanten, ähnliches für die Puritaner? Hatten sie nicht eine „hidden agenda“ des kirchlichen und politischen Umsturzes, wie der Londoner Bischof Bancroft – später Erzbischof von Canterbury – in den 1590er Jahren meinte? Alexandra Walsham hat diese Situation mit den Worten beschrieben: „Could it be that the pluralism nurtured by the Elizabethan Settlement helped to prevent the outbreak of a confessional war in the mid-sixteenth century but created the conditions in which one would ignite 80 years later?“

Für den englischen Protestantismus, namentlich in seiner militanteren Form, war es daher charakteristisch, dass er durch die Furcht vor einer Wiederkehr der Verfolgungen der 1550er Jahre unter Maria Tudor geprägt blieb. Sicherheit vor dieser Gefahr sollte nicht zuletzt die politische Ordnung bieten. Auf diese Weise verbanden sich der Kampf für die Rechte des Parlaments eng mit dem Kampf für den Protestantismus, der Kampf für weltliche Freiheitsrechte wurde gewissermaßen sakralisiert, wie vor allem nach 1642 im Bürgerkrieg deutlich wurde. Umgekehrt verbanden sich schon im späten 16. Jahrhundert die Feindbilder von „Popery“ und Despotie, womit in diesem Fall Spanien gemeint war. Erst nach 1670 trat Frankreich an die Stelle Spaniens.

Man kann durchaus eine gewisse Affinität zwischen radikalem Protestantismus und einem allerdings in der Regel nicht offen artikulierten Republikanismus in England im späten 16. und frühen 17. Jahrhundert konstatieren. Namentlich Patrick Collinson hat auf diese Affinität schon vor vielen Jahren hingewiesen und von der „monarchical republic“ des elisabethanischen England

gesprochen. Pläne aus England, zur Not eine Art Wahlmonarchie zu machen, gab es vor der Hinrichtung der katholischen Maria Stuart 1587 durchaus, da man sie nur so von der Thronfolge ausschließen konnte. Auch traten die englischen Presbyterianer in den 1570er und 1580er Jahren mehr oder weniger offen für eine Kirchenverfassung ein, die sowohl die Autorität der Bischöfe als auch die der Krone erheblich reduziert hätte; die Kirche wäre gewissermaßen republikanisch verfasst gewesen.

Allerdings sollte man solche Tendenzen auch nicht überbewerten, denn bei aller von Zeit zu Zeit aufkommenden Unzufriedenheit mit der Politik Elisabeths I. stellte sie doch das zuverlässigste Bollwerk gegen eine katholische Machtübernahme dar. Das galt besonders für die Zeit ab den späten 1580er Jahren, als die Bedrohung durch das katholische Spanien immer akuter wurde.

#### V.

Elisabeth I. nutzte ihr Kirchengregiment vor allem in ihren letzten Regierungsjahren auch, um ihre königliche Prärogative auszubauen, und nahm damit durchaus manche Maßnahmen der Kirchenpolitik der frühen Stuarts vorweg. Sie hatte, das wurde deutlich, an der vollständigen Beseitigung von kirchlicher Autonomie gar kein ausgeprägtes Interesse, denn die Organe der Kirche, namentlich die Convocation, die Generalsynode, konnten im Zweifelsfall auch gegen das Parlament in Stellung gebracht werden, wenn dieses den Monarchen zu kirchlichen Reformen zwingen wollte, die dieser nicht für opportun hielt.

Jedenfalls gerieten militante Protestanten nach 1590 unter einen zunehmenden obrigkeitlichen Druck und zogen sich daher auch zunehmend aus der direkten politischen Auseinandersetzung zurück. Die Hoffnung, in näherer Zukunft die Kirchenverfassung der Church of England tiefgreifend verändern und durch eine zweite Reformation die erste vollenden zu können, hatte man einstweilen begraben müssen. Die führenden puritanischen Theologen mussten sich nun darauf einstellen, dass die „Godly“, die Gottesfürchtigen, nur eine Minderheit in einem Land waren, in dem die „Lauen“ und Kompromissler, deren Protestantismus sich nicht am Vorbild der Märtyrer der Vergangenheit orientierte, sondern eher am Ideal einer Ökumene der Moderaten, immer mehr an Einfluss gewannen. Eine Verinnerlichung der puritanischen Frömmigkeit und eine Beschränkung der „Reformatio vitae“ auf eine Elite der wahrhaft Bekehrten lassen sich daher im frühen 17. Jahrhundert zunehmend feststellen. Es ging jetzt nicht mehr primär darum, die Struktur der Kirche zu verändern, sondern einen neuen, wahrhaft christlichen Menschen zu schaffen. Zugleich aber gewöhnte man sich daran, die wahre Kirche außerhalb der Strukturen der offiziellen Kirche aufzubauen. Von dort bis zu der Vorstellung, jeder einzelne Gläubige sei dafür verantwortlich, dafür zu sorgen, dass in England weiterhin das Wort Gottes gepredigt werde und Gehör finde, war es nicht mehr gar so weit, wie sich dann in den 1640er Jahren zeigen sollte. Man kann in dieser „voluntary religion“ aber auch die Wurzeln einer späteren Zivilgesellschaft sehen, die sich unabhängig von staatlichen Strukturen selber organisierte und die in England im 18. und 19. Jahrhundert in der Tat besonders ausgeprägt war.

Das Selbstverständnis der englischen protestantischen Kirche, vor allem aber jener Laien und Geistlichen, die sich ganz dem Kampf gegen den Katholizismus verschrieben hatten, war ein ambivalentes. Auf der einen Seite stand die Idee einer Nationalkirche, die von einem

Monarchen geführt wurde, der als Herr über die Kirche in der Tradition Konstantins stand, ein Garant der Rechtgläubigkeit, aber mit seiner Autorität auch das stärkste Bollwerk gegen alle Machtansprüche des Papsttums. Auf der anderen Seite stand aber die Vorstellung, dass die wahrhaft Gläubigen in England, so wie seinerzeit unter Maria Tudor, eigentlich eine angefeindete und verfolgte Minderheit waren, die Sachwalter der wahren heilsgeschichtlichen

### *Der Gedanke, dass aus einem an sich legitimen Herrscher ein Tyrann werden könne, blieb zumindest unter der Oberfläche präsent.*

Bestimmung der Nation, umgeben von Ungläubigen und lauwarmer Schein-Christen, wenn nicht gar von Papisten, die der „Hure Babylon“ dienten. Der Monarch oder die Monarchin erschienen in dieser Optik als Inhaber einer im Kern rein weltlichen Autorität. Bestenfalls konnte man den König, wenn man ihn mit den richtigen Beratern umgab, auf den richtigen Pfad führen, aber Misstrauen gegenüber einem Herrscher, der sich allzu oft der Härte der Auseinandersetzung mit dem konfessionellen Gegner zu entziehen suchte, schien doch unvermeidlich zu sein, das galt sogar schon für die Zeit Elisabeths I., noch mehr für die der Stuarts.

Seit den 1550er Jahren war im Übrigen von protestantischer Seite in England auch ein Instrumentarium widerstandsrechtlicher Ideen entwickelt worden, auch wenn dieses Instrumentarium nach 1558 primär auf katholische Herrscher auf dem Kontinent zugeschnitten wurde. Erst gegen Ende des Jahrhunderts brach diese widerstandsrechtliche Tradition in England ab, oder trat doch in den Hintergrund, schon deshalb, weil nun die Idee eines aktiven Widerstandes gegen Monarchen stark mit dem radikalen Katholizismus assoziiert wurde, der ja gegen Heinrich von Navarra respektive Heinrich IV. von Frankreich in den 1580er und 1590er Jahren wirklich solche Argumente ins Feld geführt hatte. Der Gedanke, dass aus einem an sich legitimen Herrscher ein Tyrann werden könne, blieb zumindest unter der Oberfläche präsent.

#### VI.

Umstritten war in England ohnehin nicht so sehr, ob die Kirche der Aufsicht der weltlichen Obrigkeit unterliege – anders als in Schottland wurde das vor dem Bürgerkrieg nur von wenigen Protestanten abgelehnt –, sondern ob der König dieses Recht allein ausüben könne, im Rahmen seiner Prärogative, oder aber zusammen mit dem Parlament, dessen Mitwirkung an der Reformation in den 1530er Jahren so wichtig gewesen war. Gerade Jakob I. und Karl I., der 1625 den Thron bestieg, versuchten aber das Mitwirkungsrecht des Parlamentes in solchen Fragen zurückzudrängen. Sie stärkten stattdessen die Autorität der Bischöfe, die sich verstärkt darauf beriefen, sie übten ihre Ämter „iure divino“ aus, also in apostolischer Sukzession und von Gott bevollmächtigt. Ein solcher Anspruch, und dies war der Vorwurf von Seiten jener militanten Protestanten, die die Machtansprüche der „lordly prelates“ schon immer abgelehnt hatten, konnte sich in letzter Instanz auch gegen das Kirchengregiment des Königs selbst richten. Vor 1640 war das in der Praxis nie wirklich der Fall, was freilich schon anders aussah in der zweiten Hälfte des 17. Jahr-



hundreds, als Karl. II. zeitweilig mit dem Katholizismus sympathisierte und sein Bruder Jakob II. wirklich zur römischen Kirche übertrat.

Die kirchenpolitische Wende der 1630er Jahre unter Karl I. brachte die vom Erzbischof Laud geführten Ceremonialists, die bewusst an vorreformatorische Traditionen anknüpften, an die Schaltstellen der Macht in der Church of England. Sie konnten dem König etwas geben, was Theologen, die dem strengen Calvinismus zuneigten, ihm nicht so leicht geben konnten oder wollten: eine sakrale Würde und Aura. Ein Monarch wie Karl I., der so viel Wert darauf legte, an seinem Hof durch Zeremoniell und Etikette die Würde des Königtums und seinen quasi-sakralen Charakter zu betonen, und der im Übrigen darauf setzte, dass die höfische Repräsentation über Bilder und Zeichen, aber nicht auf diskursive Weise Wirkung entfaltete, konnte keinen Gefallen an einer religiösen Kultur finden, die den Glauben ganz als eine Sache des Wortes und der inneren Überzeugung, aber nicht der Gesten betrachtete. Musste nicht jemand, der Zeremonien und Rituale sowie die Trennung von profan und sakral in der Kirche verwarf, dies auch in weltlichen Dingen tun? Vielleicht gab es einen solchen Kontext in dieser Strenge in Wirklichkeit nicht, aber die anti-puritanischen Theologen, die das Ohr des Königs besaßen, stellten diese Verbindung doch immer wieder geschickt her.

#### VII.

In diesem Kontext war der 1642 ausgebrochene Bürgerkrieg zwar auch ein Kampf der Mehrheit des Unterhauses gegen eine Monarchie, die sich von ständischen Bindungen zu befreien suchte, aber zugleich besaß er eine starke konfessionelle Komponente. Für die Anhänger des Parlamentes verband sich der Kampf für politische Freiheitsrechte eng mit der Verteidigung des wahren

*Musste nicht jemand, der Zeremonien und Rituale sowie die Trennung von profan und sakral in der Kirche verwarf, dies auch in weltlichen Dingen tun?*

Glaubens. Man war letztlich der Ansicht, dass „civil liberty“ richtig verstanden auch die Freiheit des Evangeliums garantiere und Katholiken vor allem als Feinde der weltlichen Ordnung nicht als Häretiker zu bekämpfen seien – denn einen Heiligen Krieg gegen Ungläubige sah man an sich als unchristlich an – trotz aller apokalyptischen Schreckensszenarien. Dass sich am Ende des Bürgerkrieges die „Godly“, die wahrhaft Frommen, außerhalb der New Model Army dennoch in einer Minderheitsposition befanden, bestärkte sie in ihrem Bemühen, die Verfügungsgewalt jeder Obrigkeit, auch eines frei gewählten Parlamentes, über kirchliche Angelegenheiten in Sinne einer individuellen Glaubensfreiheit einzuschränken. Insofern waren die Vorgänge im England der 1640er und 1650er Jahre von ganz zentraler Bedeutung für die Entstehung der Idee einer schriftlichen Verfassung, die elementare Grundrechte garantierte, wenn auch England ironischerweise bis heute keine kodifizierte Verfassung hat. Letztlich erwies es sich aber als schwierig, die Interessen der „Godly“, mochten sie sich auch darauf berufen, dass England eine „redeemed nation“ sei, mit denen der Nation insgesamt zur Deckung zu bringen, so sehr ein Mann wie

Oliver Cromwell sich als Lord Protector nach 1653 auch gerade darum bemühte.

Konfessionelle Überzeugungen und politische Loyalität überlagerten sich im Bürgerkrieg auch auf der Seite des Königs. Unter seinen Anhängern dürften viele gewesen sein, die gegen die Politik des Königs in den Jahren vor 1640 durchaus Vorbehalte gehabt hatten, die aber im Angriff des Unterhauses auf die Bischofskirche doch den Versuch sahen, eine Kirchenverfassung durchzusetzen, die rein calvinistisch geprägt war und das zerstörte, was in ihren Augen den eigentlichen Stolz der Church of England ausmachte: die ungebrochene Kontinuität zur vorreformatorischen Kirche bei gleichzeitiger Beseitigung der Missstände dieser Kirche. Dass eine solche Zerstörung der bisher hierarchisch verfassten Kirchen auch als ein Angriff auf die bestehende Sozialordnung verstanden wurde, kam hinzu, denn namentlich die radikalen Sekten, die in den 1640er Jahren, als jedes wirkliche obrigkeitliche Kirchenregiment nach und nach zusammenbrach, an Anhängern gewannen, wurden als potentiell sozialrevolutionär gesehen.

#### VIII.

Nachdem 1660 das Königtum und die Church of England wiederhergestellt worden waren, rangen die Vertreter der unterschiedlichen Positionen miteinander um die Gestalt, die diese Kirche annehmen sollte. Am Ende kam es in der Revolution von 1688 zu einem Kompromiss: Die Church of England blieb als Staatskirche mit einem allerdings weiterhin nicht ganz klaren konfessionellen Profil erhalten, daneben wurde zumindest allen Protestanten, die nicht Anglikaner waren, Glaubensfreiheit gewährt. England war damit das erste bedeutende Land, das seinen Bürgern auch offiziell und auf Dauer eine freilich nicht uneingeschränkte individuelle Gewissensfreiheit als Rechtsanspruch gewährte (das war ein entscheidender Unterschied zur de facto Toleranz in den Niederlanden). Diese individuelle Gewissensfreiheit war gewissermaßen das notwendige Gegengewicht zu dem hochgradig politischen Charakter der Staatskirche, ihrer Bindung an das weltliche Imperium. Als Erbe des radikalen Protestantismus, wie er sich im späten 16. Jahrhundert entwickelt hatte, blieb der Gedanke erhalten, dass der wahre Glaube sich am ehesten außerhalb der offiziellen Strukturen der Staatskirche praktizieren ließ.

Auf der anderen Seite stand die Idee, dass Nation und Kirche eigentlich identisch seien und dass gegen die Gefahren, die von einer übermächtigen geistlichen Gewalt ausging, nur eine weltliche Obrigkeit, die ihrerseits einen Anspruch auf eine religiöse Würde besaß, ein hinreichendes Gegengewicht bilden konnte. „The power of priestcraft“ war das große Feindbild der englischen Reformation gewesen, und auch noch in einer stärker säkularisierten Welt lebte diese Feindbild unter anderen Vorzeichen fort. In diesem Sinne konnte der Presbyterianer Richard Baxter in den 1660er Jahren formulieren: „Nothing can take down popery but restoring princes to the sacred power of bearing the sword as the officer of God and of Jesus Christ in the ministerial exercise of Christ's kingly power by the sword.“

Die Verteidiger der protestantischen Staatskirche im 18. Jahrhundert hätten für dieses Idee eine andere Formulierung gewählt, aber auch für sie war ein Kirchenregiment, das durch den King in Parlament ausgeübt wurde, noch von zentraler Bedeutung für den wahren Glauben. Dies blieb ein Spezifikum der englischen Kirche bis hinein ins 19. Jahrhundert. □

## Süleyman der Prächtige vor Wien 1529. Die osmanische Expansion und die Habsburger, Protestanten und Schiiten in Persien

Hans Georg Majer

### I.

Das Jahr 1517, im christlichen Europa der Beginn der Reformation und damit der Beginn tiefgreifender Veränderungen, sah in der Welt des Islam das Ende des Reiches der Mamluken und damit zugleich einen gewaltigen Machtzuwachs des Osmanischen Reiches. Das Mamlukenreich (1250-1517), eines der merkwürdigsten Staatsgebilde der islamischen Geschichte, umfasste Syrien, Ägypten und Teile der arabischen Halbinsel einschließlich der Heiligen Stätten Mekka und Medina. Sultan der Mamluken konnte nur werden, wer als Nichtmuslim meist kiptschakischer, später tscherkessischer Herkunft geboren, als Sklave in das Haus eines mamlukischen Sultans oder Emirs gekommen, dort eine Ausbildung erhalten hatte, zum Islam konvertiert war und dann freigelassen worden war.

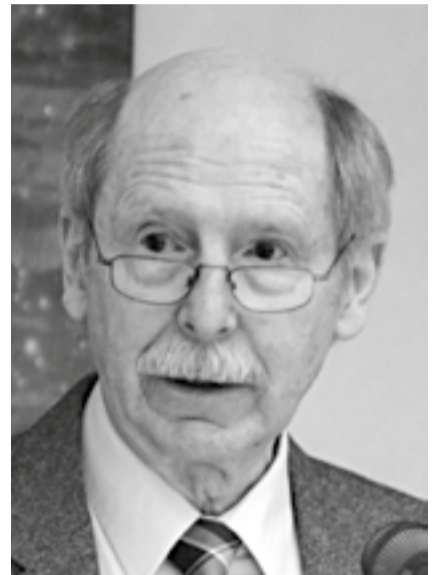
Zum Schicksal für diesen lange Zeit so mächtigen, reichen Staat wurden zwei Entwicklungen im weiteren Umfeld. Im Norden rückten die Osmanen seinen Grenzen näher. Entscheidend aber war, dass im Osten ein dritter, äußerst militanter, islamischer Staat aufgetaucht war, der Staat der Safawiden.

Im Sommer 1499 hatte ein zwölfjähriger Junge seinen Zufluchtsort verlassen mit dem Ziel, ein Reich für sich zu erobern. Im Sommer 1501 marschierte er in Täbris ein, der Hauptstadt des turkmenischen Akkoyunlu-Reiches, wo er Münzen auf seinen Namen prägen, die zwölf Imame im Freitagsgebet nennen und die Zwölferschia als wahre Religion verkünden ließ. Dies war die Geburtsstunde des Reiches der Safawiden in Persien und der Beginn einer religiösen Umwälzung, die den bisher überwiegend sunnitischen Raum Persiens auf Dauer in einen schiitischen Staat umwandelte.

Der Name dieses Knaben war Ismail. Sein Ahn Scheich Safieddin war Namensgeber des Derwischordens der Safawiya, dessen frühe Scheiche sich durch ihr heiligmäßiges Leben großes Ansehen verschafft und zahlreiche Anhänger unter den turkmenischen Stämmen in Anatolien und Aserbaidschan gewonnen hatten. Im Laufe der Zeit radikalisierten sie sich und versuchten, sich ein eigenes Herrschaftsgebiet zu erobern. Uzun Hasan, der Herrscher der Akkoyunlu, des mächtigen Turkmenenreiches vom Weißen Hammel, schätzte sie und verschwägte sich mit ihnen, sodass Ismail durch Mutter und Großmutter mit ihm verwandt war. Dem Sohn Uzun Hasans, Yakub und seinen Nachfolgern waren die Safawiden jedoch wegen ihrer großen und ihnen fanatisch ergebenen Anhängerschaft und ihrer politischen Ambitionen unheimlich geworden, sodass sie Ismail und seine Brüder verfolgen ließen. Als das Reich der Akkoyunlu zu verfallen begann, war Ismail, der als einziger Safawide die Verfolgung überlebt hatte, ausgezogen, um sein eigenes Reich aufzubauen.

### II.

In zahlreichen Feldzügen eroberte Schah Ismail den Raum, den wir heute



Prof. Dr. Hans Georg Majer, Professor für Geschichte und Kultur des Nahen Ostens und Turkologie, LMU München

als Persien kennen, der in islamischer Zeit bis dahin aber nie eine staatliche Einheit gebildet hatte. Widerstand war im Westen zu erwarten, denn ein großer Teil seiner Anhänger lebte auf osmanischem Territorium. Dort wirkten seit langem safawidische Emissäre. Aufstände seiner Anhänger in diesen Gebieten und militärische Aktionen Ismails in Grenznähe ließen bei den Osmanen Alarmglocken schrillen. Das Osmanische Reich befand sich in diesen Jahren in einer Schwächephase. Naturkatastrophen und die krankliche Verwaltung des alten und nachlässigen Sultans lösten angesichts der safawidischen Bedrohung schließlich noch zu Lebzeiten Bayezids II. den Thronstreit aus.

Diese Krisensituation änderte sich erst, als der entschlossenste und rücksichtsloseste der Prinzen, Selim, den Vater vom Thron stieß und selbst als Selim I. die Macht ergriff. Er ließ die aufständischen Anhänger Schah Ismails, dem seine Anhänger inzwischen göttliche Verehrung entgegenbrachten, reichsweit registrieren und in großer Zahl ins Gefängnis werfen oder hinrichten. Selim besiegte den Schah im August 1514 bei Çaldıran, nordöstlich des Vanses, vor allem dank des Einsatzes seiner Feuerwaffen und der Bildung einer Wagenburg. Der Schah floh verwundet. In Täbris, der safawidischen Hauptstadt, plante Selim zu überwinteren, um im Frühling den Feldzug fortzusetzen, doch seine erschöpfte Elitetruppe, die Janitscharen, zwang ihn zur Rückkehr.

Bei dieser Rückkehr führte Selim rund tausend Künstler, Handwerker und reiche Kaufleute aus Täbris mit in die Heimat. Sie sollten die osmanische Kultur anregen und bereichern. Selim schob die osmanische Grenze weit nach Osten vor. Schah Ismail verlor mehr als die reiche territoriale und materielle Beute, die den Osmanen zufiel. Er verlor die Überzeugung, unbesiegbar zu

sein, führte nie wieder ein Heer an und verlor an Prestige bei seinen Anhängern.

Die beunruhigende Konstellation der drei Staaten blieb bestehen, denn die Safawiden waren zwar besiegt, aber keineswegs vernichtet. Wer würde, mit wem verbündet, wen angreifen? Sultan Selim beobachtete Anzeichen einer safawidisch-mamlukischen Koalition im Werden. Sein entschlossener Angriff auf die Mamluken 1516/1517 beseitigte für sein Reich die Gefahr. Was blieb, war die osmanisch-safawidische Rivalität, die durch die Glaubensfrage, den sunnitisch-schiitischen Gegensatz, erheblich an Schärfe gewonnen hatte.

### III.

Für die Feldzüge gegen die muslimischen Nachbarn war es unabdingbar gewesen, dass zur Vermeidung eines Zweifrontenkrieges mit den christlichen Nachbarn in Südosteuropa und im Mittelmeerraum Friede herrschte. Allerdings war auch hier der Friede nicht gefestigt, hatte doch Papst Leo X. eben zu dieser Zeit (1517) eine Denkschrift über

*Was blieb, war die osmanisch-safawidische Rivalität, die durch die Glaubensfrage, den sunnitisch-schiitischen Gegensatz, erheblich an Schärfe gewonnen hatte.*

einen umfassenden christlichen Angriffsplan gegen die Osmanen ausarbeiten lassen, der Konstantinopel zum Ziel haben sollte. Kaiser Maximilian wollte die Osmanen selbst aus Anatolien vertrieben sehen und zeigte sich gewiss, dass man gegen die Hälfte Anatoliens auch den Beistand von Schah Ismail erhalten könne. Derartige Expansionspläne schwirrten immer wieder durch Köpfe und Kanzleien. Auch die Osmanen hatten ihre Eroberungsrhetorik, zeigten oft als Inhaber der gereinigten und letzten Offenbarung Gottes zudem religiöse und durch die Machtstellung des Sultans politische Überlegenheitsgefühle.

Starke osmanische Flottenrüstungen 1519 konnten nur einem christlichen Staat gelten. Doch ehe Sultan Selim noch seine geheim gehaltenen Pläne verwirklichen konnte, starb er überraschend im September 1520. Sein Erbe war der sechszwanzigjährige Prinz Süleyman. Er war nicht ohne Erfahrung, insgesamt eher ein unbeschriebenes Blatt, galt aber als gerecht und friedliebend. Ein Schaf, das auf den Löwen folgte, so meinten manche.

Süleyman war nun Herr eines großen Reiches in Südosteuropa, Kleinasien, Syrien und Ägypten mit einer ethnisch, sprachlich, religiös und kulturell sehr uneinheitlichen Bevölkerung. Dieses Reich, das seine neun Vorfahren in zwei Jahrhunderten errichtet hatten, fühlte er sich verpflichtet zu wahren, zu verteidigen und nach dem Vorbild der Ahnen möglichst auch zu mehren. Die dazu nötigen Mittel, vor allem eine große und kampferprobte Armee standen bereit.

Diese Armee hatte zwei Hauptsäulen: die Pfortentruppen und die belehnten Truppen, die Sipahis. Kern der Pfortentruppen waren die Janitscharen, die als Christenknaben alle paar Jahre nach bestimmten Regeln aus der christlichen Bevölkerung durch die Knabenlese ausgesucht, zum Islam bekehrt und bei türkischen Bauernfamilien erzogen, türkisch gelernt hatten. Je nach Eignung dienten sie danach als Pagen am Hofe und erhielten eine Ausbildung in der

Saray-Schule. Sie konnten zu den höchsten Ämtern des Reiches aufsteigen, selbst zum Großwesir. Die übrigen kamen als Janitscharen in die Kasernen und dienten in erster Linie als Infanteristen. Ein besonderes gegenseitiges Vertrauensverhältnis band sie an den Sultan. Kaserniert, fest besoldet und damit stets verfügbar, bildeten sie eine stehende Heereseinheit, etwas, was es in Europa so noch nicht gab. Die Janitscharen zählten zu dieser Zeit etwa 12.000 Mann. Um sie für einen Feldzug aufzubieten, genügte der Befehl des Sultans.

Das Gros des osmanischen Heeres bildete aber die Lehensreiterei. Diesen Sipahis übertrug der Staat die Einkünfte aus einem oder mehreren Dörfern als Timar und dafür leisteten sie Kriegsdienst. Je nach Höhe ihrer Einkünfte hatten sie gerüstete Knechte mit ins Feld zu führen. Sie waren regional organisiert und ihre militärischen Kommandeure waren gleichzeitig Provinzgouverneure. Diese Truppen standen dem Sultan zur Verfügung, ohne dass er Bargeld aus der Staatskasse für ihre Besoldung oder Ausrüstung aufbringen musste. Begrenzt war ihre Einsatzfähigkeit jedoch durch die Feldzugssaison vom 6. Mai bis zum 9. Oktober, denn ihre Pferde fanden im Winter kaum Futter und sie selbst strebten im Herbst zu ihren Timaren, um ihr Einkommen zu sichern.

Dazu kamen die Akıncıs, oder „Renner und Brenner“ als irreguläre, leichte, bewegliche Reiterei, die von der Kriegsbeute lebte. Sie schwärmten vor und neben dem Heer oft weit ins Land aus, überfielen Gehöfte, Dörfer und kleine Städte und verbreiteten Schrecken weit und breit.

Um sich den Respekt der Armee und Autorität bei Volk und Staat zu erwerben, musste „das Schaf“ seine Truppen auch einsetzen. Unbeschäftigt war die osmanische Armee nicht ohne Tendenz zur Rebellion. Ein ungelöstes Problem gab es im Westen. Um den im Grenzgebiet zwischen Ungarn und dem Osmanischen Reich seit langem herrschenden Kleinkrieg zu beenden, entsandte Süleyman einen Botschafter an König Ludwig II. von Ungarn. Er bot Frieden, forderte den König jedoch auf, ihn als Oberherrn anzuerkennen. Als „Sultan der Sultane des Ostens und des Westens“ verstand er sich auch als „Kronenspende der Erde“. Der König sah das anders und war entrüstet, warf die Gesandtschaft ins Gefängnis und ließ sie töten. Dieser Affront löste den osmanischen Angriff aus. Belgrad, am Zusammenfluss von Donau und Save, wurde 1521 eingenommen. Es war ein Erfolg von hoher Symbolkraft, erzielte doch Sultan Süleyman schon mit seinem ersten Feldzug dort einen Erfolg, wo sein großer Ahn Mehmed II., der Eroberer von Konstantinopel, 1456 noch gescheitert war. Belgrad war strategisch hochbedeutend, denn mit diesem „Schlüssel zu Ungarn“ konnte man einerseits aggressiv das Tor zur ungarischen Tiefebene aufstoßen, andererseits aber auch defensiv das Tor zum osmanischen Südosteuropa versperren.

Im Jahr 1522 nahm Sultan Süleyman ein den Osmanen schon lange lästiges, sowohl strategisches als auch symbolisches Ziel ins Visier. Diesmal unter Einsatz der Flotte. Die Johanniterritter auf Rhodos, ein Überbleibsel der Kreuzzugszeit, betrieben unmittelbar vor der anatolischen Küste Piraterie, brachten osmanische Schiffe auf, überfielen Landschaften, störten den Handel und die Schifffahrt zu den nun osmanischen Häfen in Syrien und Ägypten, konnten vor allem auch Pilgerschiffe auf dem Weg nach Mekka gefährden. Nach fünf Monaten entschlossenem Widerstand kapitulierten die Ritter. Süleyman hatte ihnen freien Abzug gewährt. Und wieder

hatte er gesiegt, wo Mehmed II. gescheitert war.

### IV.

Als 1519 König Karl von Kastilien und Aragon gegen seinen Konkurrenten König Franz I. von Frankreich zum Kaiser gewählt wurde, sah sich König Franz fast lückenlos von der habsburgischen Ländermasse umrahmt und bedrängt. Wie der osmanisch-safawidische Gegensatz den nahen Orient prägte, so sollte der habsburgisch-französische Gegensatz für lange Zeit die Geschicke Europas maßgeblich bestimmen und auch die Osmanen einbeziehen. Hauptschauplatz war Italien.

Martin Luther hatte das verlotterte Renaissancepapsttum angegriffen, und die osmanischen Türken anfänglich als gerechte Strafe Gottes für die Sünden der Christen aufgefasst, sich dann aber auch scharf gegen sie gestellt. Da sich ihm zahlreiche Fürsten des Reiches anschlossen, nicht aber der burgundisch-spanisch geprägte Kaiser, blieb die religiös-politische Konfrontation zwischen Katholiken und Protestanten nicht ohne Auswirkungen auch auf die habsburgisch-französische Rivalität, da das katholische Frankreich sich bemühte, den Kaiser durch Unterstützung der Protestanten und Kontakte zu den Osmanen zu schwächen.

Im Jahre 1525 verschränkten sich die Konfliktpotentiale auf spektakuläre Weise. Im Kampf um Italien verlor der französische König 1525 die Schlacht bei Pavia und fiel Kaiser Karl in die Hände. Seine Lage war verzweifelt. Da wandte sich seine Mutter mit der Bitte um Hilfe an den osmanischen Sultan, später auch er selbst. Dies war keineswegs das erste Hilfsbegehren von Christen gegen Christen an einen osmanischen Sultan. Süleyman nahm die Bitte wohlwollend auf, griff aber nicht, wie gewünscht, den Kaiser in Italien an. Er folgte seiner eigenen Politik und unternahm einen zweiten Feldzug nach Ungarn.

Ungarn hatte den Sultan diplomatisch erneut provoziert, war schwach, und warb vergeblich bei den christlichen Nachbarn um wirksame Hilfe. Auf sich allein gestellt konnte im Jahr 1526 bei Mohacs der ungarische Kriegsrat nur auf die Wucht seiner schwer gepanzerten Reiterei zählen. Ihr mutiger Angriff auf das osmanische Zentrum scheiterte im Feuer der osmanischen Kanonen. Die ungarische Armee war vernichtet, der junge König Ludwig tot. Europa wurde aufgeschreckt. Wer war dieser junge Sultan, der Europa so bedrohlich nahe rückte? Flugblätter und andere Schriften, aber auch ein Profilporträt Sultan Süleymans, das noch 1526 in zahlreichen Drucken und Nachdrucken erschien, antworteten auf das Informationsbedürfnis. Selbst Albrecht Dürer zeichnete eine Version.

Ein Teil des ungarischen Adels wählte nun den siebenbürgischen Wojwoden Johann Zápolya zum ungarischen König. Er hatte sich nach dem Abzug Süleymans der Hauptstadt Buda und Zentralungarns bemächtigt. Doch nach dem Wiener Ehe- und Erbschaftsvertrag von 1515 erbte nach dem Tod König Ludwigs Erzherzog Ferdinand, der Bruder Kaiser Karls V., das Königreich Ungarn. Auch er wurde von einem Teil des ungarischen Adels zum König gewählt, griff König Johann Zápolya an und nahm Buda ein, was den gefährdeten Zápolya unter französischem Einfluss veranlasste, 1527 um ein Bündnis mit dem Sultan nachzusuchen. Der Bündnisvertrag von 1528 hielt fest, dass der Sultan ihm nicht nur das Königreich Ungarn, das durch Eroberung ihm gehöre, anvertraue, sondern dass er ihm auch mit aller Macht gegen Ferdinand beistehen werde. Ferdinands Abgesandte

kamen zu spät. Die Osmanen verlangten von ihnen die Räumung Ungarns als Voraussetzung für Gespräche, begründet mit der osmanischen Auffassung, dass „Alles was der Huf des Pferdes eines Sultans berührt hat, sein Eigentum“ ist. Im Streit um Ungarn standen sich damit fortan zwei Rechtsstandpunkte gegenüber: Eroberung gegen Erbschaft.

Um seinen Vasallen und Verbündeten Zápolya gegen den Habsburger zu unterstützen und um seine eigenen Rechte auf Ungarn zu wahren, war Süleyman schon im Mai 1529 erneut nach Ungarn aufgebrochen. Das geteilte und umkämpfte ungarische Königreich befand sich im Chaos. Süleyman aber strebte geordnete Verhältnisse im Vorfeld seiner Grenzen an. Ein unter osmanischer Oberhoheit stehendes, stabiles Ungarn nach dem Muster der abhängigen Fürstentümer Moldau und Walachei erschien als Lösung. Auf jeden Fall galt es zu verhindern, dass das Königreich Ungarn Österreich verstärkte und Ausgangspunkt sein konnte für schnelle Angriffe auf osmanisches Territorium aus kurzer Distanz.

Anders als Sultan Süleyman konnte König Ferdinand die Aufstellung eines Heeres nicht einfach befehlen. Er musste mit Fürsten, Adligen und Städten direkt und im Reichstag lange, zähe Verhandlungen um Geld und Mannschaften führen. Kompromisse waren zu finden, denn es herrschte Misstrauen, teils aus konfessionellen Gründen teils aus der Unterschiedlichkeit der politischen Ziele. Die Protestanten vor allem ließen sich stets nur gegen Zugeständnisse in der Religionsfrage zu Zusagen von Geld und Mannschaften bewegen. Auf solche Weise trugen die Osmanen allerdings nur indirekt zur Stabilisierung des Protestantismus bei, ohne dabei selbst etwas zu gewinnen.

*Anders als Sultan Süleyman konnte König Ferdinand die Aufstellung eines Heeres nicht einfach befehlen.*

Den Österreichern war erst nach dem Fall von Ofen (Buda) so recht klar geworden, dass der Sultan nun König Ferdinand in seiner Hauptstadt Wien aufsuchen wollte. Einsichtig hatte man sich angesichts des Kräfteverhältnisses entschlossen, sich ganz auf die Verteidigung der Stadt zu konzentrieren. Eine Massenflucht der Bürger setzte ein. Doch 17.000 Mann Truppen sollten sie verteidigen. Am 26. September 1529, also sehr spät im Jahr, bezog der Sultan seine prächtige Zeltburg vor Wien. Der Anmarsch war eine einzige Strapaze für Mensch und Tier gewesen. Fast von Anfang an hatte es geregnet. Der Boden war aufgeweicht, Bäche und Flüsse waren angeschwollen, zahlreiche Brücken mussten geschlagen werden, Kanonen blieben im versumpften Gelände stecken.

Nach islamischem Kriegsrecht forderte der Sultan die Stadt zur Übergabe auf und sicherte ihr Schonung für diesen Fall zu, andernfalls aber werde er sie verwüsten und niemanden schonen. Die Verteidiger trafen letzte Maßnahmen, verstärkten die veralteten Mauern aus dem 13. Jahrhundert und postierten die Geschütze auf den Dachböden der abgedeckten Häuser oder auf Holzplattformen an der Mauerinnenseite. Die rund hundert Geschütze der Verteidiger erwiesen sich qualitativ und quantitativ der osmanischen Belagerungsartillerie annähernd gleichwertig, war doch die Masse der osmanischen Artillerie beim Anmarsch liegengelassen. So entschloss



*Auch diese Turnierszene aus dem „Theuerdank“ ist von Leonhard Beck und zeigt sehr deutlich das Lebensgefühl Kaiser Maximilians I. als „letzten Ritter“.*

sich der Divan zum Minenkrieg. Die Verteidiger erfuhren davon und legten Gegenminen. Trotz der Abwehr aller Anstürme der Osmanen wurde die Lage der Verteidiger kritisch: „Wien lag tatsächlich in den letzten Zügen“ schreibt ein österreichischer Historiker.

### *Ein früher Wintereinbruch überraschte die Osmanen schon auf der ersten Station des schwierigen und verlustreichen Rückmarsches in dem von ihnen selbst verwüsteten Land.*

Auch die Lage der Belagerer hatte sich verschlechtert. Militärisch war man nicht zum Ziel gekommen, Proviantmangel machte sich bemerkbar, die Truppen wurden unwillig und die Jahreszeit schritt mit unfreundlichem Wetter unaufhaltsam voran. So beschloss ein Kriegsrat für den 14. Oktober einen allerletzten Sturmangriff. Doch wieder hielten die Verteidiger stand. Noch am Abend beschloss der großherrliche Divan den Rückzug. Ein früher Wintereinbruch überraschte die Osmanen schon auf der ersten Station des schwierigen und verlustreichen Rückmarsches in dem von ihnen selbst verwüsteten Land.

Die Osmanen werteten den Feldzug trotz allem insgesamt als Erfolg, denn das Heer war unbesiegt und Ungarn war nun vollständig gewonnen. Groß war die Erleichterung in Wien. Eine Flut von Flugblättern und anderen Druckschriften mit Nachrichten aus Wien, nicht selten illustriert, durchmischt mit Gräuelpopaganda, die einerseits empören und Furcht auslösen sollte, andererseits den Abwehrwillen stärken, berichtete über das Geschehen vor Wien.

#### V.

Innerhalb der Regierungszeit Sultan Süleymans heben sich die Jahre 1523 bis 1536 als besondere Epoche hervor. Es war die Zeit des Großwesirates Ibrahim Paschas, eines aus der Knabenlese hervorgegangenen Pagen griechischer Herkunft. Er war ein enger Jugendgefährte Süleymans, den der Sultan gegen allen Brauch zum Großwesir und Armeeführer erhoben hatte. Selbst die Schwester hatte er ihm zur Frau gegeben und ihm nahe beim Sultanspalast einen Palast errichtet. Ihn hatte der Sultan nach Ägypten geschickt, um das Land nach einem Aufstand zu befrieden und ihm eine gesetzliche Ordnung zu geben. Als Serdar hatte er die Feldzüge gegen Wien 1529 und dann 1532 tief hinein in die österreichischen Erblande organisiert und befehligt. Die Bitte seines „Bruders“ Ferdinand um Frieden hat er im Namen von Süleyman, dem „Vater“ Ferdinands, im Jahre 1533 erfüllt. Beide ungarischen Könige, Ferdinand und auch Zápolya, waren damit Vasallen Sultan Süleymans.

Ibrahim Pascha verhandelte mit den Botschaftern der europäischen Staaten und zeigte sich bestens über Europa und die europäische Politik informiert. So machte er den Versuch durch Übernahme europäischer Symbole, die Macht des Sultans und die osmanische Herrschaft den Europäern verständlicher und akzeptabler zu machen. In Venedig ließ er für Süleyman eine kostbare Krone herstellen. Ebenso ungewohnt waren den Osmanen die antikisierenden Triumphbögen und prächtigen, vor Gold und Juwelen strotzenden Umzüge, die

er während des ungarischen Feldzug 1532 vor allem in Belgrad nach dem Muster der Krönung Karls V. in Bologna 1529 für Süleyman inszenierte, um Süleymans Weltherrschaftsanspruch gegen den Karls V. zu unterstreichen.

Den religiös-sozialen Aufstand des Kalender in Anatolien schlug Ibrahim Pascha im Jahre 1527 nieder. Solange aber die Grenze nahe war und notfalls ein schneller Abzug Richtung Persien möglich war, waren die Turkmenen nicht zur Ruhe zu bringen. Der Friede mit König Ferdinand 1533 machte den Rücken frei für einen Feldzug gegen Schah Tahmasp, den Sohn Schah Ismails, dessen Strategie es war, der osmanischen Armee auszuweichen, sich ihr nie zu stellen. So konnte er nicht besiegt werden und die Osmanen besetzten fast kampflos die Hauptstadt Täbris, Bagdad und weite Landstriche dazwischen. Süleyman sandte ein Siegeschreiben an König Ferdinand, in dem er Ibrahim Pascha wegen seiner hervorragenden Leistung hohes Lob spendet. Kurze Zeit nach der Rückkehr in die Hauptstadt ließ Süleyman aber seinen so vertrauten, fast allmächtigen Großwesir unverhofft nachts im Bett erdrosseln. Ibrahim Pascha, war, so die wahrscheinlichste Erklärung, dem Sultan zu selbstherrlich und anmaßend geworden. Damit endete auch die Verwendung europäisierender Symbolik in Süleymans Politik.

#### VI.

Im Jahre 1519 hatte sich der türkische Pirat Hayreddin Barbarossa, der sich eine eigene Herrschaft in Nordafrika geschaffen hatte, als Vasall dem osmanischen Sultan Selim I. unterstellt. Damit griff das osmanische Territorium im südlichen Mittelmeer bis weit nach Westen aus. Von Ungarn bis Nordafrika erstreckte sich damit auch der Raum der osmanisch-habsburgischen Konfrontation. Sie äußerte sich als Seekrieg zwischen wechselnden Bündnissen im nordafrikanischen Raum, wobei es auch zu muslimisch-christlichen Koalitionen kam. Karl V. hatte 1528 den Genuesen Andrea Doria, einen hervorragenden Seemann, zum Admiral ernannt. Die Osmanen forcierten ebenfalls den Flottenbau und da ihnen ein tüchtiger Admiral fehlte, wurde Hayreddin Barbarossa nach Istanbul eingeladen und 1533 zum Großadmiral der osmanischen Flotte ernannt.

Ein mögliches antihabsburgisches Zusammenspiel zwischen dem König von Frankreich und dem osmanischen Sultan hatte sich schon 1525 im Hilferuf Franz I. angedeutet. Neue Kontakte führten zum Plan eines gemeinsamen Angriffs. Franz I. sollte 1537 die Lombardei angreifen, Süleyman von Albanien aus das Königreich Neapel zu Land und zu See. Dabei sollte eine französische Flotte Hayreddin Barbarossa unterstützen. Doch der König griff Mailand nicht an und seine Flotte erschien zu spät. Süleyman brach den Angriff auf Neapel ab. Zu großem Ruhm kam Hayreddin Barbarossa dann durch den Sieg über eine päpstlich, habsburgisch, venezianische Flotte unter Andrea Doria im September 1538 bei Preveza. Für mehr als dreißig Jahre sicherte sich die osmanische Flotte damit die Vorherrschaft im Mittelmeer. Eine aufsehenerregende, koordinierte Flottenoperation der französisch-osmanischen Allianz erfolgte im Jahre 1543: Hayreddin Barbarossa belagerte Nizza und überwinterte mit seiner Flotte als Gast des französischen Königs in Toulon. Aber so gering der Erfolg der Unternehmung auch war, diese Allianz bot den Habsburgern die Möglichkeit, religiöse Empörung zu demonstrieren und eine heftige Propaganda gegen Frankreich auszulösen. Dabei

hatte man selbst dem Sultan weitgehende Angebote gemacht und außerdem Kontakte zu einem anderen „Glaubensfeind“, dem nicht weniger muslimischen Safawidenschah geknüpft.

In Ungarn hielten unterdessen die Kämpfe zwischen König Ferdinand und König Johann Zápolya an, 1541 griff Süleyman ein und nahm den zentralen Teil Ungarns mit der Hauptstadt Buda trotz der hohen Kosten, die damit langfristig verbunden waren, unter direkte osmanische Verwaltung. Den Sohn Zápolyas belehnte er mit Siebenbürgen und östlichen Teilen Ungarns, Ferdinand blieb der Norden und Westen. Weitere zermürbende Kämpfe folgten, ehe dann Verhandlungen begannen, die über mehrere Waffenstillstandsvereinbarungen 1547 zu einem Frieden führten, der den Status quo festschrieb, darüber hinaus aber König Ferdinand einen jährlichen Tribut von 30.000 Gulden für sein ungarisches „Königreich“ auferlegte, der österreichische Terminus dafür war „Türkenverehrung“.

Friede im christlichen Westen bedeutete nun wieder freie Hand gegen den schiitischen Osten. Die Flucht eines safawidischen Prinzen nach Istanbul im Jahre 1548 und safawidische Angriffe auf osmanisches Territorium im Jahre 1554 führte zu weiteren Feldzügen. Der Schah blieb bei seiner erprobten Strategie des Zurückweichens und war nicht zu fassen, stieß aber nach dem Abmarsch der Osmanen seinerseits vor, sodass viel zerstört wurde, aber wenig gewonnen. So folgte dem osmanisch-habsburgischen Frieden von 1547 im Mai 1555 der Friedensschluss von Amasya zwischen Sultan und Schah und im gleichen Jahr 1555 auch der Augsburger Religionsfrieden zwischen

### *Doch die Scharia regelte nicht alle Bereiche des Lebens.*

Protestanten und Katholiken. So wichtig diese Friedensschlüsse auch waren, Endpunkte waren sie nicht, dafür sorgte schon die sunnitisch-schiitische Polemik, die katholisch-protestantische Polemik, die christlich-muslimische Polemik und die habsburgisch-französische Polemik. Auf einem letzten ungarischen Feldzug starb der kranke, alte Süleyman im Jahre 1566.

#### VII.

Die osmanische Expansion ist in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts schon weitgehend an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gestoßen. Was sein Vater Selim in einem Schwung erobert hatte, musste Süleyman sichern und bewahren. Ebenso die eigenen zäheren Eroberungen. Je weiter die Grenzen vorgeschoben wurden, desto schwieriger wurden Kommunikation und Verwaltung, desto aufwendiger wurden Sicherung und Verteidigung, desto weiter und beschwerlicher wurden die Anmarschwege der Feldzüge. Die Safawiden blieben ein schwieriger, kaum fassbarer, letztlich unbesiegter Gegner. Die Habsburger blieben ein unbequemer Gegner, gegen den Ungarn zwar gehalten werden konnte, der aber wie auch die Safawiden eine osmanische Grenzsicherung erzwingen, die im Kern aus zahlreichen Festungen bestand, dazu aus einer teuren Flotte. Das bedeutete hohe Kosten für Mannschaften, Sold und die Instandhaltung.

Dreizehn Feldzüge und einige Eroberungen können allein nicht begründen, warum die 46 Jahre der Regierung Süleymans als die Blütezeit des Osmanischen

Reiches gelten, wenn seine Jahre auch nicht ohne Probleme blieben. Die Osmanen, insbesondere auch Sultan Süleyman hatten eine alte orientalische Staatsweisheit verinnerlicht: „Keine Macht ohne Truppen, keine Truppen ohne Geld, kein Wohlstand ohne Wohlstand, kein Wohlstand ohne Gerechtigkeit und gute Verwaltung“. Gerechtigkeit und eine gute Verwaltung suchte Sultan Süleyman zu verwirklichen. Dass ihm dies gelang, zeigt die Tatsache, dass die osmanische Verwaltung die Finanzen aufbringen konnte, die seine starke Armee für all die Feldzüge und die Grenzsicherung benötigte, und dass man ihn mit dem Ehrentitel „Kanuni“, der Gesetzgeber, in Erinnerung behielt.

Gewiss, im Reich galt die Scharia, das von Gott gegebene Gesetz, das die Kadis im reichsumfassenden Netz der Gerichtssprengel vertraten. Doch die Scharia regelte nicht alle Bereiche des Lebens. Diese Lücke füllte der Kanun, ein staatlich erlassenes Recht, das auf dem Willen des Sultans beruhte. Es gab Kanunnames mit reichsweiter Geltung und es gab zahlreiche Kanunnames für einzelne Provinzen und staatliche Einrichtungen. Der Tenor der Provinzkanunnames war es, das rechtliche, soziale und finanzielle Verhältnis zwischen Bauern und Timarinhabern klar zu regeln und die Bauern gegen Willkür und Ausbeutung durch Amtsträger zu schützen. Dabei wurde Rücksicht auf örtliche Verhältnisse genommen, nicht selten griff man dabei auf Regelungen früherer Herrscher zurück, an die das Volk gewöhnt war, was bei frisch eroberten Provinzen das Einleben erleichtern sollte. Süleyman wurde zum großen Kanun-Gesetzgeber der Osmanen. An wichtiger öffentlicher Stelle, in der Bauinschrift seiner Istanbul Moschee nennt er sich einen Ländereroberer und den Verbreiter der Kanune. Gerechtigkeit nach Scharia und Kanun war ihm so wichtig, dass er selbst zwei seiner Söhne hinrichten ließ, als sie des Aufruhrs beschuldigt wurden.

Die Europäer nannten ihn „den Prächtigen“ und dieser Beiname wirft Licht auf die unvergleichliche Pracht seiner Hofhaltung und damit auch auf seine Rolle als Förderer der Kultur und der Künste. Er dichtete selbst und unterstützte Dichter und Geschichtsschreiber. Er beschäftigte zahlreiche Künstler und Kunsthandwerker, die auch die Geschichte seiner Regierungszeit in einem prächtigen Band mit Miniaturen illustrierten.

Seine bedeutendste kulturelle Rolle fand er aber als Bauherr, als Auftraggeber für den bedeutendsten Architekten der Osmanen, Mimar Sinan. Er wirkte von 1539 bis 1588 als Reichsoberarchitekt und baute Moscheen, Medresen, Brücken, Hane, Krankenhäuser, Hammams, Verteidigungsanlagen in vielen Städten des Reiches. Besonders aber setzte er für Sultan Süleyman in der Hauptstadt mit den Moscheen für seine Tochter, seinen verstorbenen Sohn Mehmed und seine eigene Süleymaniye mit Medresen, Knabenschule, Krankenhaus, Grabbauten und Geschäften Akzente in die Stadtlandschaft, durch die Sultan Süleyman dem Beinamen „der Prchtige“ auch durch seine Bauten vollauf gerecht wird. Mit bedeutenden Helfern prägte der ernste, fromme, seiner Verantwortung bewusste Mann das Goldene Zeitalter der mit Europa so vielfach verflochtenen osmanischen Nachbarkultur. □

# Machiavelli. Die Provokation der Moralphilosophie

Herfried Münkler

Beim Thema „Machiavelli“ wird mir bis heute immer ein wenig Angst und Bange. Vor ungefähr 40 Jahren, als ich 1977 ein Promotionsthema zu suchen begann, bin ich eher zufällig bei Machiavelli gelandet, zufällig auch deshalb, weil damals relativ viel über die politische Ideengeschichte und ihre Repräsentanten gearbeitet wurde. Mein akademischer Lehrer Iring Fetscher hatte über Rousseau und Marx, andere in seinem Umfeld haben über Hegel, wieder andere über Locke oder Hobbes geschrieben. Infolgedessen war nicht mehr viel übrig. Aber an Niccolò Machiavelli hatte sich so recht keiner herangetraut, denn er war einer der verfeimten Autoren; wer sich mit ihm beschäftigte, musste aufpassen, dass er nicht in den Verdacht geriet, ein Machiavellist zu sein.

Sich mit Machiavelli zu beschäftigen war nicht bloß eine intellektuelle, sondern auch eine politische Herausforderung, denn die letzten großen Arbeiten zu ihm stammten damals aus der Nazi-Zeit: auf der einen Seite Hans Freyers Buch über Machiavelli, das in rechtskonservativ klirrendem Schritt daherkam; auf der anderen Seite das in der Schweiz verfasste Buch von René König, für den Machiavelli ein politischer Romantiker war, der intellektuelle Seifenblasen produzierte und sich an ihnen erfreute. Das war eine Kritik an den Rechtsintellektuellen in Deutschland, die König als Steigbügelhalter Hitlers gesehen hat.

Diese beiden Bücher waren damals die letzten, die im deutschsprachigen Raum über Machiavelli publiziert worden waren. Seitdem ich dieses Thema mit der Dissertation abgeschlossen hatte, die 1981 eingereicht und 1982 publiziert wurde, und die man, zu meiner Freude, auch heute noch als Fischer-Taschenbuch bekommen kann, hat es mich nie wieder losgelassen – auch darum, weil ich immer wieder darauf angesprochen werde oder zu politischen Ereignissen etwas sagen soll. Dann heißt es: Aber Sie haben sich doch mit Machiavelli beschäftigt, was würde denn Machiavelli dazu sagen, oder was sagen Sie als Machiavellist dazu? Nun, ich bin aber gar keiner. Also werde ich nachfolgend versuchen, Machiavelli als einen Begründer der Politikwissenschaft vorzuführen. An ein paar Punkten werde ich deutlich machen, wie er das Nachdenken über Politik aus dem Corpus der praktischen Philosophie zu emanzipieren versuchte.

## I.

Bevor ich das tue, stelle ich ein paar Überlegungen zu Machiavellis Leben an. Denn ich glaube, dass man die Gedankengänge aus dem „Principe“ und den „Discorsi“ nicht verstehen kann, ohne Machiavellis Tätigkeit als Sicherheitsberater der Florentiner Republik über 14 Jahre zu kennen. Zu allererst indes ein paar Bemerkungen zum frühen 16. Jahrhundert.

Die Veranstaltung heißt ja „Jenseits der Reformation“. Aber so ganz aus dem Reformationskontext kommt man bei Machiavelli nicht heraus, obwohl sich bei ihm keine Bemerkung zu Luther findet. Die findet sich hingegen bei seinem Freund, Kollegen und Kontrahenten



Prof. Dr. Herfried Münkler, Professor für Theorie der Politik, Humboldt-Universität zu Berlin

Francesco Guicciardini. Dieser stand im Dienste der beiden Medici-Päpste Leo X. und Clemens VII., war als Gouverneur päpstlicher Gebiete tätig und schrieb gleichwohl, er liebe Luther mehr als jeden anderen. Diese Renaissanceintellektuellen nahmen also durchaus wahr, was bei den Hinterweltlern im Nordosten Deutschlands, die, wie einige Italiener meinten, nicht einmal richtig Latein konnten, vor sich ging.

Machiavelli indes hatte einen ganz anderen Blick auf die Renaissancepäpste als Luther und seine Anhänger. Er war der Auffassung, die Sünden Italiens seien keine religiösen, sondern politische Sünden. Dazu will ich später noch etwas sagen. Aber wenn wir auf diese Epoche blicken, sehen wir eine ausgesprochen fruchtbare Zeit des politischen Denkens. Da ist Erasmus von Rotterdam, der in dieser Zeit veröffentlicht: „Querela Pacis“, also die Klage des Friedens, oder die „Institutio principis christiani“, die Erziehung des christlichen Fürsten – ein Buch, das er im weiteren Sinne für Karl V. geschrieben hat, als dieser Kaiser geworden ist. Oder da ist Thomas Morus' „Utopia“, also der Entwurf einer ganz anderen sozialen Welt. Es ist in vieler Hinsicht reizvoll, Morus und Machiavelli miteinander zu vergleichen, deren Bücher etwa zu derselben Zeit entstanden sind. Und da ist natürlich auch Martin Luther mit den zwei politischen Schriften: „An den christlichen Adel deutscher Nation“ und vor allen Dingen „Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei“. Wenn man diese drei Personen – Erasmus, Morus, Luther, genannt hat, dann ist Machiavelli als der vierte sicherlich der politisch provokanteste Autor, vor allen Dingen mit dem Buch „Il Principe“, aber auch mit den „Discorsi“, den Betrachtungen zur römischen Geschichte des Titus Livius.

Verglichen mit dieser intellektuell ungenügend fruchtbaren Zeit ist die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts eher ruhig geblieben. Es gibt ein paar Autoren, vor allem jesuitischer Provenienz, die versucht haben, die Gedanken Machiavellis,

die inzwischen auf dem Index stehen, wieder ins Gespräch zu bringen. Giovanni Botero gehört zu ihnen, oder auch der Beichtvater Herzog Maximilians von Bayern, Adam Contzen, ist einer davon. Beide haben versucht, Machiavelli und bestimmte moralphilosophische Fragen wieder zusammenzubringen, was Machiavelli strikt getrennt hatte.

Warum diese Produktivität in der ersten Hälfte des Jahrhunderts? Ich glaube, weil es eine Zeit dramatischer politischer und gesellschaftlicher Veränderungen war. Diese begannen 1494 mit dem Einmarsch des französischen Königs Karl VIII. in Italien. Das war der Auftakt zu einem halben Jahrhundert Krieg um Italien, der bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts hinein dauerte und den Arthur Schopenhauer treffend in der Karl V. zugeschriebenen Formel zusammengefasst hat: Was mein Bruder Franz (Franz I., König von Frankreich) will, will ich auch – sozusagen der Einklang der Herzen – dann kommt ein Doppelpunkt und dahinter steht: Mailand. Somit ist klar, es ist eine Konstellation des Krieges, um die es geht, des europäischen Krieges, an dem nicht nur Spanier und Franzosen beteiligt sind, sondern auch deutsche Landsknechte; diese sind es auch, die 1527 Rom stürmen und den berüchtigten Sacco di Roma veranstalten.

Das also ist Machiavellis Fragestellung: Wie konnte es dazu kommen, dass Italien zum Schauplatz der Kämpfe um die europäische Hegemonie geworden ist? Er sagt, es sind die Sünden Italiens, die dazu führten. Er meint das jedoch nicht religiös oder theologisch, sondern er meint damit politische Fehler: Wir Italiener des frühen 16. Jahrhunderts müssen jetzt die politischen Fehler ausbaden, die andere vorher gemacht haben. Das ist sein Impuls. Es ist kein wesentlich theoretisches Interesse, sondern ein praktisches Problem, das ihn dazu bringt, in die Theorie zu gehen, um für die Praxis Antworten geben zu können. Das ist das Eine. Das Andere sind die sozioökonomischen Umwälzungen der Zeit: Etwa der Bauernkrieg in Deutschland von 1524 bis 1526, der Aufstieg des Geldes, eine Reduzierung der Bedeutung von Naturalwirtschaft, die Erfahrung von Verarmung einerseits und von Bereicherung andererseits, die unteren Gesellschaftsschichten, die zunehmend in Bewegung kommen, der neue geistige Austausch durch den Buchdruck. All das spielt eine Rolle und erklärt, warum die vier Genannten – Erasmus, Morus, Luther und Machiavelli – Texte geschrieben haben, die heute noch für uns von Interesse und von Bedeutung sind.

## II.

Machiavelli ist, entgegen der Vermutung, die entstehen kann, wenn man nur den „Principe“ liest, ein Repräsentant des „governo largo“, einer Regierungsform in Florenz, in der auch die bürgerlichen und insbesondere die kleinbürgerlichen Schichten in der Politik etwas zu bestellen haben. Politik ist für ihn nicht eine Angelegenheit der großen und feinen Familien ist, wie etwa der Medici, der Strozzi und ein paar anderer. Das heißt, wir sollten den „Principe“ und die „Discorsi“ als einen Versuch verstehen, auf eine doppelte Krise zu antworten: die Krise der internationalen Politik und die Krise der innergesellschaftlichen Verhältnisse.

Deswegen jetzt ein paar Bemerkungen zu Machiavellis Leben: Sein Geburtsjahr ist 1469. Wir wissen nicht viel über seine Jugend; er hat offensichtlich einen ordentlichen Lateinunterricht bekommen. Sein Vater war ein Bücherrat, aus seinem Verzeichnis des Haus-

haltes wissen wir, dass er sehr viel Geld für den Ankauf von Büchern ausgegeben hat, und der junge Niccolò dürfte in diesen Büchern fleißig gelesen haben. Das hat mit Florenz zu tun, auch mit dem Mäzenatentum der Medici, die eine Bibliothek eingerichtet haben, aus der man Bücher auch ausleihen konnte. Das wäre in anderen Gefilden Europas in der Form nicht möglich gewesen. Deswegen kommt es nicht von ungefähr, dass wir es hier mit einem Florentiner zu tun haben. Jedenfalls hat er so gut Latein gelernt, dass der Chef der Regierungskanzlei in Florenz sagt: Ich brauche einen, der für mich als Sekretär der zweiten Kanzlei den Briefverkehr erledigt, der muss gut Latein können, das soll Niccolò Machiavelli machen. Und so tritt dieser im Jahre 1498 seine Karriere in der Florentiner Politik an.

Aber vorher passiert noch etwas Aufregendes: Im Jahr 1494 kommt Karl VIII. mit seinen Truppen auf dem Weg nach Neapel an Florenz vorbei, und dabei bricht die Medici-Herrschaft zusammen, die das gesamte 15. Jahrhundert in Florenz bestimmt hat. Die Herrschaft der Medici fällt wie ein Kartenhaus zusammen. Es kommt zu einer Volksbewegung der in hohem Maße religiös motivierten Massen unter Anführung des Dominikanermönchs Girolamo Savonarola. Über vier Jahre regiert Savonarola mit seinen Predigten Florenz. Sein Charisma resultiert daraus, dass er den Einmarsch Karls VIII. nach Italien und den Sturz der Medici in Florenz vorausgesagt hat, als man davon noch gar nichts gehört hatte. Jetzt glauben ihm die Leute, sie gehen immer wieder zu seinen Predigten.

Auch Savonarola sieht in den Sünden die Ursache für den Zusammenbruch, aber er versteht unter Sünde etwas ganz anders als Machiavelli: Savonarola meint Sodom und Gomorra im Leben von Florenz. Infolge seiner Predigten werden die „Eitelkeiten“ verbrannt, und auch Botticelli verbrennt ein paar Bilder, auf denen er unbekleidete Frauen gemalt hat, in der Regel natürlich Göttinnen der Antike. Botticelli ist von Savonarola ebenfalls zutiefst beeindruckt. Aber wie das so ist – Savonarola kann sich nicht halten. Er wird, vermutlich auf Geheiß aus Rom, von einem Franziskaner zur Feuerprobe herausgefordert, entzieht sich dieser Feuerprobe und schon ist das Charisma aufgelöst.

Warum auf Geheiß aus Rom? Weil Savonarola gegen den Papst polemisiert. Er nennt ihn einen „Wolf im Schafspelz“ und ähnliches mehr, das hört man in Rom natürlich nicht gerne. Savonarola möchte den Gebrauch des Religiösen zu politischen Zwecken in Florenz ausdehnen, dadurch gerät er mit dem Renaissancepapst Alexander VI. frontal aneinander. Alexander VI., ein Borgia-Papst, ist übrigens der erste, der den Mut hat, seine Kinder auch seine Kinder zu nennen und nicht mehr zu behaupten, es handele sich um seine Neffen. Er sagt: Das sind meine Kinder, schau an, wie prächtig sie sind: Lucrezia Borgia, Cesare Borgia.

Mit Savonarolas Sturz kommt die Stunde Machiavellis. Er tritt zu diesem Zeitpunkt in die zweite Kanzlei ein und wird bald der Vertraute des neuen Staatsoberhauptes der Florentiner Republik, sein Sicherheitsberater, könnte man sagen. Außerdem dient er der Republik als Gesandter. Denn offiziell reist als Botschafter immer ein Adliger, der von einem Fachmann begleitet wird, schließlich muss einer dabei sein, der von der internationalen Lage etwas versteht und der die regelmäßigen Berichte schreibt. Das ist Niccolò Machiavelli. So kommt er weit herum. Er besucht den Süden des damaligen Deutschland, die Schweiz und Tirol, beurteilt La Magna, die Große, wie er Deutschland

nennt, nach diesen Ländern. Er kommt nach Frankreich, hat mit den damals Mächtigen der Welt Kontakt. Und er macht sich einen Spaß daraus, an die Regierung in Florenz Briefe zu schreiben, in denen er sagt: Die Mächtigen werden dieses und jenes tun, ich habe mit ihnen gesprochen und schätze sie so sein. So sagt er über Maximilian I., selbst wenn in Deutschland alle Bäume Golddukatn tragen, würde dieser Kaiser ständig an Geldnot leiden. Er bietet in seinen Berichten eine Mischung aus spaßhaften Bemerkungen und tiefgründigen Analysen. Kurzum, er übt das Schreiben politischer Texte.

Gleichzeitig macht er politische Reformvorschläge. Denn Florenz betreibt eine Verteidigungspolitik, bei der man Soldaten in den Dienst nimmt, die einen militärischen Auftrag erfüllen sollen: die Condottieri. Sie haben aber kein großes Interesse daran, diese Aufgabe schnell und effektiv zu erfüllen, sondern wollen das Geld einstreichen und die Zeit verstreichen lassen. Florenz muss immer wieder neue Finanzmittel aufbringen, um die Condottieri, die eingestellt werden und trotzdem nicht das leisten, was sie leisten sollen, bezahlen zu können. Also baut Machiavelli eine Volksmiliz, eine Bürgerwehr auf, die an die Stelle der Söldnersoldaten tritt und mit der es ihm 1509 tatsächlich gelingt, Pisa, das 1494 von Florenz abgefallen war, zurückzuerobern.

Das ist der Höhepunkt in Machiavellis politischer Karriere. Er ist derjenige, der das Problem Pisa löst, an dem die Republik über zehn Jahre lang laboriert hat. Nie hat die Eroberung geklappt. Er aber hat es hinbekommen. Drei Jahre später jedoch die Katastrophe: Bei der Verteidigung von Prato versagt seine Bürgermiliz in dem Augenblick, als sie es mit spanischen Berufssoldaten zu tun bekommt. Diese gehen die Sache ganz anders an, als die in der Toskana rekrutierten Bauern, die Miliz fällt auseinander und die Medici, die diese spanischen Soldaten in ihren Dienst genommen haben, kehren mit Waffengewalt nach Florenz zurück.

Das republikanische Staatsoberhaupt muss sofort ins Exil. Und auch Machiavelli – erstaunlicherweise als einziger aus der Administration – wird umgehend entlassen; er gilt als der klügste und überzeugendste Kopf der Republikaner. Die Entlassung ist für ihn schon frustrierend genug, aber dann kommt noch hinzu, dass ein paar Wochen später einem jungen Mann ein Zettel aus der Tasche fällt, auf dem ein Verschwörungsplan skizziert ist. Unter den Namen, die dort als Unterstützer stehen, findet sich auch der von Niccolò Machiavelli. Also wird Machiavelli verhaftet, verhört, gefoltert. Es kommt nichts dabei heraus. Vermutlich war er in diese Verschwörung gar nicht eingeweiht. Sie war auch erst am Anfang und offenbar schlecht organisiert, also eine Dilettanten-Veranstaltung. Machiavelli sitzt jetzt im Gefängnis und hat Glück. 1513 wird Giovanni de' Medici als Leo X. zum Papst gewählt, und da ist es üblich, dass man eine Amnestie erlässt. Machiavelli wird amnestiert, allerdings mit der Auflage, dass er nicht in Florenz bleibt, sondern auf sein Landgut in der Nähe von San Casciano muss – in Florenz hat er nichts mehr zu suchen.

### III.

Das ist für jemanden, der so lange Politik gemacht hat und eigentlich in den politischen Stiefeln sterben möchte, eine Katastrophe. Was macht Machiavelli jetzt? Er kümmert sich um die Bewirtschaftung seines Gutes, aber das füllt auch nicht den ganzen Tag aus. Er fängt an zu lesen, er studiert systematisch die antiken Historiker. Er beschreibt das in

einem eindrucksvollen Brief an Francesco Vettori. Dort kann man nachlesen, wie er seinen Tag zubringt, wie er sich schmutzig macht, wenn er die Landarbeiter beaufsichtigt, wie er mit den Fuhrleuten gegenüber seinem Haus Tricktrack spielt – aber eigentlich schämt er sich für all das. Denn am Abend zieht er vornehme Kleider an und liest die römischen Historiker. Dann kommt dieser wunderbare Satz: „Und ich frage sie und ihre Menschlichkeit macht, dass sie mir antworten.“

Machiavelli beschreibt seine Lektüre, vor allem die des Titus Livius, als einen Vorgang des Gesprächs. Er spricht mit den Verfassern und sie antworten ihm. Und aus diesem Gespräch entsteht sein erster politischer Text, die „Discorsi sopra la prima deca di Tito Livio“, also die Abhandlungen über die ersten zehn Bücher der römischen Geschichte des Titus Livius. Was schreibt er jetzt? Er schreibt über Fragen, die ihn beschäftigen, über Italien in seiner Zeit. Was haben die Republikaner in Florenz falsch gemacht, so dass die Medici zurückkehren konnten? Was erfahre ich, wenn ich den fernen Spiegel, die römische Geschichte des Livius, aufstelle und hineinschaue? So sind die „Discorsi“ entstanden, mit dem einem Auge auf Rom gerichtet und mit anderen auf seine eigene Gegenwart – eine Doppellektüre sozusagen.

### *Im Prinzip finanziert der Kirchenstaat Cesares Truppen. Aber Cesare hat das Problem, auf Truppen angewiesen zu sein, die sich als Söldner verstehen.*

Und dann unterbricht er die Arbeit, wir können heute sagen, Erstes Buch, 18. Kapitel, und wendet sich einem ganz anderen Thema und der Frage zu: Wie lässt sich eine neu erworbene Herrschaft stabilisieren? Das ist kein Problem der römischen Geschichte, die irgendwie anfängt und sich entwickelt. Aber wenn ein Herrscher durch Glück und Zufall ein Staatsgebiet erworben hat, wie kann er das auf Dauer behaupten? Das ist eine Frage, mit der Machiavelli sich plötzlich beschäftigt. Er bricht die Arbeit an den „Discorsi“ ab und schreibt diesen Text, von dem er Vettori berichtet, es sei ein kleines Büchlein „de principatibus“, also über Fürstenherrschaften, was dann später unter dem Titel „Il principe“, der Fürst, veröffentlicht wird.

Was Machiavelli darin macht, ist etwas ungeheuer Aufregendes. Er verwirft die politischen Kategorien des Aristoteles, also des Neoaristotelismus der Universitäten des 15. und 16. Jahrhunderts. Er verwirft die Aristoteles-Adaption des Thomas von Aquin, auch deren zentrale Schematisierung politischer Ordnung. Dabei wird deutlich, wie Machiavelli versucht, die Reflexion über Politik aus dem Corpus der Philosophie herauszunehmen, hier insbesondere aus der praktischen Philosophie, zu der Ethik, Ökonomie und Politik gehören. Er will die Wissenschaft von der Politik als eine eigene Form des Denkens etablieren, bei der die Philosophen und insbesondere die vorangestellte Ethik nichts zu melden haben.

Aristoteles hat in seiner „Politik“ ein Sechser-Schema von Staatsformen entwickelt. Er stellt die Frage: Wie viele Personen üben die Herrschaft aus – einer, einige oder viele? Es gibt also drei mögliche Verfassungen. Dann unterscheidet er diese drei noch einmal anhand der Frage: Üben sie die Herrschaft in ihrem eigenen Interesse aus oder üben

sie die Herrschaft aus im Interesse des Gemeinwohls? So kommt er auf sechs Verfassungsformen. Diese werden dann ausgefüllt: Die Herrschaft eines Einzelnen im Interesse des Gemeinwohls heißt Monarchie, im eigenen Interesse dieses Einzelnen ist es eine Tyrannis; die Herrschaft Einiger im Interesse des Gemeinwohls heißt Aristokratie, im eigenen Interesse der Wenigen ist es eine Oligarchie; die Herrschaft vieler in Orientierung am Gemeinwohl nennt Aristoteles Politie, jene im Eigeninteresse des Volkes Demokratie.

Aristoteles begreift als Demokratie als die, wenn sie so wollen, Parteidiktatur des Demos, nicht als die Herrschaft aller, sondern als die Herrschaft einer bestimmten, wenn auch großen Gruppe, die ihr Interesse durchsetzt. Später, nach Aristoteles, wird das etwas verschoben, da wechselt die Demokratie an die Stelle der Politie, und dort, wo Demokratie stand, steht Ochlokratie, also die Herrschaft des Pöbels. In dieser Sechserordnung mit ihren qualitativen und quantitativen Dimensionen arbeiten und denken wir im Prinzip bis heute. Es ist ein wunderbares Schema, das Aristoteles zusammengedacht hat, nachdem er seine Schüler ausgeschickt hat, überall Verfassungen aufzuschreiben und zu protokollieren. Machiavelli verwirft all das.

Das kann man im ersten Kapitel des „Principe“ nachlesen. Dort sagt er, es gibt Alleinherrschaften und es gibt Freistaaten, also Republiken. Freistaaten interessieren mich jetzt nicht mehr, die habe ich in den „Discorsi“ abgewickelt, die sind jetzt nicht mein Thema. Von den Alleinherrschaften gibt es welche, die ererbt sind, und solche, die neu erworben sind. Ererbte, hereditäre Alleinherrschaften interessieren mich jetzt nicht mehr, mich interessieren nur noch neu erworbene. Da gibt es ein paar Zwischenmodelle: Ist das Volk gewohnt, in Freiheit zu leben, oder hat nur ein Wechsel des Alleinherrschers stattgefunden? Dann aber kommt er zum entscheidenden Punkt: Es gibt neu erworbene Alleinherrschaften, die sind erworben worden durch virtü, durch Tapferkeit, Tüchtigkeit, Männlichkeit, und es gibt welche, die sind erworben worden durch Fortuna, also durch die Gunst des Glücks.

Ich habe ganz bewusst den italienischen Begriff virtü verwendet und nicht das deutsche Wort, das üblicherweise genommen wird, nämlich Tugend, weil bei uns Tugend einen anderen Bedeutungskranz hat als virtü. Tugend ist aus dem 19. Jahrhundert heraus über weite Strecken hin eigentlich eine weibliche Eigenschaft, während in virtü nicht nur der lateinische Begriff virtus, sondern auch vir/der Mann steckt. Es geht um Männlichkeit und Durchsetzungsvermögen. Das ist wichtig, um die Polarität zu Fortuna als dem Inbegriff des Unbeständigen und Launenhafte, der weiblicher Zickigkeit, bei der man gar nicht genau weiß, woran man ist, deutlich zu machen. Und damit ist Machiavelli bei seinem Thema, denn er will sich jetzt im Weiteren damit beschäftigen, wie man eine Herrschaft stabilisieren kann, die durch glückliche Umstände erworben worden ist, und wie sie derjenige, dem sie zuteil geworden ist, auf Dauer so ausüben kann, als sei sie durch eigene Tüchtigkeit, virtü, erworben.

Das ist die Frage. Das schränkt natürlich auch die Geltungsbedingung aller weiteren Aussagen des „Principe“ ein. Das vergisst Machiavelli manchmal. Dann tut er so, als würde er ganz allgemeine Politikregeln formulieren. Aber die Eingangüberlegungen im ersten und zweiten Kapitel des „Principe“ begrenzen das, worüber er nachdenkt, darauf, wie sich der Leser des Textes, also ein Herrscher, dem durch Glück eine solche

Herrschaft zugefallen ist, verhalten solle. Das Sechser-Schema des Aristoteles wird quasi ersetzt durch ein in ganz anderer Weise auf Handlung angelegtes Schema, vor dem man nicht als Intellektueller, als Philosoph, als Theoretiker steht und seine Ordnung hat, sondern bei dem man permanent in dieser binären Kodierung Entscheidungen treffen muss: Hereditär oder neu erworben? – Neu erworben – Mit eigenen Waffen oder durch Glück? Und so weiter. Dann ist man am Punkt: Machiavelli sagt zum Herrscher: Das ist deine Situation, und wir reden jetzt darüber, wie du dich verhalten musst. Natürlich hat er da einen im Auge, der ihn fasziniert und über den er sich auch sehr lobend äußert, was ihm bei späteren Lesern viel Ärger eingebracht hat: Das ist der besagte Papstsohn Cesare Borgia.

### IV.

Die launenhafte Frau Fortuna hat diesem dadurch in die Hände gespielt, dass sein Vater Papst ist und eine Koalition mit den Franzosen eingegangen ist. Er überredet die Franzosen, seinem Sohn militärische Einheiten zur Verfügung zu stellen, mit denen Cesare sich ein Herzogtum in der Romagna erobert. Vermutlich hat er vor, noch viel weiter auszugreifen, das Gebiet von Florenz zu attackieren und ein mittelitalienisches Herzogtum zu etablieren, unmittelbar angrenzend an den Kirchenstaat.

Im Prinzip finanziert der Kirchenstaat Cesares Truppen. Aber Cesare hat das Problem, auf Truppen angewiesen zu sein, die sich als Söldner verstehen. Seine Obristen, seine Condottieri, fragen sich, warum eigentlich dieser Cesare, dieser eingebilddete Papstsohn, den ganzen Gewinn abgreifen soll, das können sie doch auch selber. Sie haben doch die Macht. Also meutern oder rebellieren Cesares Obristen gegen ihn, und in dieser Situation ist Machiavelli als Florentiner Gesandter im Lager Cesares. In Florenz hat man nämlich Angst, dass er demnächst mit seinen Truppen Florenz angreifen und erobern wird. Also schicken sie ihren schlauesten Mann zu ihm, um herauszufinden, was Cesare vorhat. Machiavelli agiert also als eine Mischung aus Diplomat, Spion und politischem Verhandlungsführer. Er beschreibt in seinen Berichten, noch bevor irgendetwas passiert ist, die Lage Cesares und sagt: Ich glaube, er wird die meuternden Obristen umbringen. Der Brief ist in Florenz gerade eingetroffen, da vertritt sich Cesare plötzlich mit seinen Obristen, man trifft sich im Örtchen Sinigaglia, die Obristen kommen allein, ohne militärische Bedeckung. Kaum sind sie in der Stadt, ist Cesares Militärpolizei da und erdrosselt sie.

Machiavelli erzählt diese Geschichte nicht mit Abscheu: grauenhaft, so etwas zu machen, das ist Verrat. Vielmehr berichtet er in dem Gestus, dass man so seine Probleme löst. Und ich, so Machiavelli – natürlich spielt dabei auch Eitelkeit eine Rolle, wir bewegen uns ja in der Politik – und ich habe es vorausgesagt. Das siebte und achte Kapitel des „Principe“, die positiv über Cesare und diese Aktion handeln, sind eigentlich das Gelenkstück des Buchs. An diesem Punkt weiß der Leser, ich bewege mich hier nicht mehr in einem Text der Moralphilosophie. Das hat entscheidend zum schlechten Ruf Machiavellis beigetragen.

Über Caterina de' Medici, die einen französischen König geheiratet hat, unter deren Regentschaft die Bartholomäusnacht im August 1572 stattfindet, schreiben die Hugenotten danach: Klar, sie hat Machiavelli gelesen, bei ihm ist eine solche Aktion beschrieben; dass Admiral Coligny und alle anderen Hugenotten in Paris umgebracht worden sind, das ist auf den teuflischen Finger-

zeig des Florentiners zurückzuführen. Das ist eine Linie, die sich eigentlich bis in das Jahr 1934 hier in Bayern, in Wiessee hinzieht. Es gibt einen Text von Dolf Sternberger, der heißt „Sinigaglia und Wiessee“. Wenn ich meine Studenten quälen will, dann sage ich zu ihnen: Dolf Sternberger hat einen Text geschrieben, Sinigaglia und Bad Wiessee, über den sogenannten Röhmputsch, die Ermordung der SA-Führung und des linken Flügels der NSDAP durch die SS. Hitler habe angeblich den „Principe“ gelesen, stimmt zwar nicht, aber er habe gesehen: Ich habe Schwierigkeiten, weil Röhm und seine Leute die zweite Revolution machen wollen; ich muss ein Bündnis mit den konservativen Eliten schließen, was nur gelingt, wenn ich die SA ausschalte; also beseitige ich sie und bin dann aus der Zwickmühle heraus. In mancher Hinsicht ist die Konstellation ähnlich, doch die Behauptung, Hitler sei auf diese Idee gekommen, weil er Machiavellis „Principe“ gelesen habe, ist, soweit wir die Lektüre Hitlers kennen, falsch.

Machiavelli geht in seinem „Principe“ noch etwas weiter, bis zu dem Punkt, an dem er den Katalog der Kardinaltugenden aufgreift, nämlich Gerechtigkeit, Tapferkeit, Klugheit und Mäßigung, iustitia, fortitudo, prudentia und modestas, also den moralphilosophischen Kern der politisch-theoretischen Abhandlungen bis dahin. In der Sala della Pace im Palazzo Pubblico in Siena ist ein wunderbares Bild von Ambrogio Lorenzetti zu sehen, in dem die Segnungen dieser Tugenden dargestellt werden; nur wenn sie herrschen, Gerechtigkeit, Klugheit, Tapferkeit und Mäßigung, dann ist der Staat in Ordnung. Machiavelli nimmt diese Tugenden unter die ideologiekritische Lupe. Dabei kommt heraus, dass Gerechtigkeit ganz wichtig ist; aber es kommt für den Fürsten nicht darauf an, dass er gerecht ist, sondern dass er bei seinen Untertanen im Anschein der Gerechtigkeit steht. Wenn er gerecht ist, hat er nämlich sehr viel weniger Handlungsoptionen, als er bräuchte. Aber wenn sein Volk glaubt, er sei ungerecht, ist das schlecht. Also soll er den Anschein der Gerechtigkeit erwecken, aber keineswegs bei jeder Gelegenheit gerecht sein. Ich glaube, dass Machiavelli an dieser Stelle etwas ausgesprochen hat, was für jeden erfolgreichen Politiker ganz selbstverständlich ist. Heute nimmt man solche Worte indes nicht mehr in den Mund, sondern spricht von Imagepflege.

Hier sieht man auch die Differenz zu jemandem wie Erasmus von Rotterdam. Dieser beschreibt in seiner „Institutio principis christiani“ sehr ausführlich, wie der junge Kaiser Karl V. ein gerechter Mann werden soll. Dieses Werk gehört zu Texten, von denen Machiavelli sagt, sie nähmen die Welt so, wie sie sein soll, und die glaubten dann, sie sei tatsächlich so. Wer mit dieser Sicht in die politische Welt gehe, werde in ihr scheitern. Es komme vielmehr darauf an, die Welt zu beschreiben, wie sie ist, und gleichzeitig aus der Tugendpredigt eine politische Strategie zu machen.

Tapferkeit übersetzt Machiavelli anschließend dahingehend: Es kommt darauf an, dass der Herrscher eigene Truppen hat und nicht von irgendwelchen Condottieri abhängig ist. Oder Klugheit und Weisheit: Es kommt darauf an, dass der Herrscher, wenn er glaubt, er sei ein Löwe, möglichst viele Füchse um sich versammelt, also Leute wie ihn, Niccolò Machiavelli; die Löwen können die Wölfe schrecken, weil sie so groß und mächtig sind. Aber sie tragen den Kopf immer hoch und können deshalb die Fallen und Gruben nicht wittern, die im Boden sind. Dazu brauchen sie die Füchse. Also Klugheit ist etwas, was sich der Herrscher über Vertrauenspersonen ver-



Venedig, Biblioteca Nazionale Marciana, Ms. Lat. 1 99  
Das Monatsbild März aus dem *Breviarium Grimani*. Der Name des Künstlers ist unbekannt, die Entstehungszeit liegt zwischen 1510 und 1520, als Entstehungsort wird Flandern angenommen.

schaffen muss. Machiavellis Füchse, das sind heute die Spin-Doctors, die Fährtenleser und Fährtenleger.

Mäßigung, ja das ist ganz gut: Du, Herrscher, sollst dich unter Kontrolle haben. Du sollst deine Vorstellungen, alles gehöre dir, weil du ein großer Mann bist, nicht hemmungslos ausleben. Lass die Finger davon, in die Vermögensverhältnisse deiner Untertanen einzugreifen. Dann kommt im „Principe“ dieser große Satz: Denn die Menschen vergessen eher den Tod ihres Vaters als die Wegnahme des väterlichen Erbes. Das

ist Machiavellis böser Blick auf die Menschen, denen er alles zutraut. Davon muss ein Herrscher, der sich auf Dauer halten will, ausgehen. Und natürlich: Lass die Finger von den Frauen der Untertanen, denn das bringt die gehörnten Ehemänner in Rage und sie denken dann darüber nach, dich umzubringen. Mäßigung ist für Machiavelli eine Form der Herrschaftsstabilisierung – und nicht der Tugend.

Man sieht: Machiavelli ist ein großer „Umwerter der Werte“. Er nimmt ihnen ihre Großartigkeit und er führt sie auf

das zurück, was ihr funktionaler Wert im Hinblick auf die Vorgabe politischer Selbsterhaltung ist. Er sagt das Wort, das wir heute dafür haben, nur wenige Male: *Ragione di stato*. *Stato* ist bei ihm noch gar nicht so sehr der moderne Begriff des Staates als eher der des Status, der Herrschaft, die gerade besteht. Aber aus diesem Selbsterhaltungsinteresse heraus sollte der Herrscher die Tugenden evaluieren, sich nicht als Untertan der Tugenden betrachten, die vorgegeben sind, denn dann wird er scheitern, sondern mit den Tugenden spielerisch

umgehen, nach den Vorgaben der *ragione di stato*.

Solche Überlegungen sind ein Skandal, vor allen Dingen seit Beginn der Gegenreformation. Zunächst einmal, nach Machiavellis Tod 1527, erschien der „Principe“ in der päpstlichen Druckerei. Damit hat man anscheinend keine Probleme. Diese beginnen aber in den späten 1530er, frühen 1540er Jahren. Der englische Kardinal Reginald Pole (1500-1558) bemerkt: Ich habe diese Nacht dieses kleine Büchlein gelesen und ich habe gefunden, es ist mit dem Finger des Teufels geschrieben. Danach kommt das Buch auf den Index.

## V.

Abschließend möchte ich noch ein paar kurze Bemerkungen darüber machen, was eigentlich der Beginn von Wissenschaftlichkeit bei Machiavelli ist. Natürlich kann man auch sagen, der „Principe“ ist eine Betrachtung sehr kühler Art, frei von den Vorgaben der Moralphilosophie. Aber das ist im strengen Sinn eigentlich nicht wissenschaftlich, sondern Beratung eines aktiven Politikers in einer konkreten Situation, nämlich im Umgang mit einem Glücksfall, bei dem er nicht weiß, ob diese Bedingungen perpetuierbar sind, und bei der er auch nicht weiß, ob er sie jederzeit wiederherstellen kann. Das ist auch das Pech Cesare Borgias. Denn als sein Vater 1503 plötzlich stirbt, ist er selber, der die spanischen Kardinäle in der Hand hat, totkrank. Die spanischen Kardinäle wählen zunächst einen Papst im Sinne Cesares. Aber Pius III. lebt nicht lange, nach ein paar Wochen ist er tot. Dann müssen sie wieder wählen, und jetzt macht Cesare einen Fehler, denn er lässt zu, dass sie Giuliano della Rovere wählen, Papst Julius II., der ein entschiedener Gegner der Spanier, also auch Cesare Borgias, ist. Julius II. nimmt Cesare dieses und jenes weg, dann lässt er ihn einkerern und Cesares Karriere ist vorbei. Das System, die Glückssträhne zu perpetuieren, scheitert also. Im Übrigen ist Machiavelli auch bei diesen Papstwahlen wieder in Rom, die er beobachten muss, denn es ist ja nicht unwichtig, mit wem als zukünftigen Papst es Florenz zu tun haben wird. Und er analysiert die Situation abermals. Das Ganze gipfelt dann in der Überlegung des 25. Kapitels, das im ursprünglichen Werk das letzte war: in der Aufforderung, Fortuna zu schlagen und zu stoßen. Hier finden sich dann die Formulierungen, die allen Feministinnen ein Gräuel sind: Fortuna ist ein Weib und liebt, wie alle Weiber, die jungen Männer, also die, die sie schlagen und stoßen. Und denen gibt sie ihr Füllhorn. Das kann man feministisch lesen: Das ist ein typischer Machotext. Als Beleg dafür kann man Briefe Machiavellis anführen, in denen er beschreibt, wie er mit Prostituierten ein Verhältnis hat. Damit hat man für das Verständnis seiner politischen Ratschläge aber nicht sehr viel gewonnen.

Wenn man sich dagegen das Gemälde Andrea Mantegnas anschaut, das im Palazzo Ducale in Mantua zu sehen ist, lernt man mehr. Im Vordergrund steht ein sehr junger Mann, neben ihm jemand, von dem man sagen könnte, es ist sein Privatlehrer; sie betrachten eine eigentümliche Figur, die auf einer Kugel daherkommt, also eine Art Fortuna, in diesem Fall heißt sie Occasione, die Gelegenheit. Sie hat eine riesige Locke, die ihr in das Gesicht hängt, am Hinterkopf dagegen ist sie kahl rasiert. Der junge Mann will hin zu Occasione und die Gelegenheit am Schopfe ergreifen. Machiavelli hat auch ein Gedicht darüber geschrieben mit dem Titel „Capitolo della occasione“, also Kapitel über die Gelegenheit; darin beschreibt er, wenn Occasione auf einen zukommt, erkennt

man nicht, wer es ist, weil sie diese unordentliche Frisur hat. Aber wenn sie vorbei ist, sieht man: Ah, das war die Gelegenheit, doch dann kann man sie nicht mehr am Schopfe ergreifen, weil sie hinten kahl geschoren ist. Dieses Bild, das offenbar im Italien der Renaissance eine zentrale Rolle spielt, wird von Mantegna in einem neostoischen Sinne interpretiert: Der Lehrer hält den jungen Mann zurück, der sozusagen bei jeder Gelegenheit aufspringen will, aber, weil er keine Erfahrung hat, nicht weiß, dass viele solcher Gelegenheiten täuschend sind. Die Predigt Mantegnas – und Mantegna steht hier stellvertretend für die neostoische Schule – heißt: Halte dich zurück, beobachte! Schau genau hin, wenn du meinst, es sei die Gelegenheit zum Erfolg, die du siehst. Es könnte auch die zum Scheitern sein. Machiavelli würde jetzt nicht grundsätzlich sagen: Das ist Unsinn, also losmarschieren, es wird schon alles gut werden. Er würde vielmehr sagen: Beobachte genau; aber wenn du deine Herrschaft mit Gunst der Fortuna errungen hat, dann kannst du es dir nicht leisten, zuzuwarten, zu zögern und die Occasion vorbeiziehen zu lassen, sondern dann musst du energisch zupacken.

Das 25. Kapitel bezieht sich also zurück auf die Ausgangssituation: Du hast deine Alleinherrschaft nicht geerbt, sondern neu erobert, und du hast es mit der Gunst der Fortuna getan; dann hast du nicht die Möglichkeit, neostoisch zu agieren, sondern dann musst du entschlossen und entschieden auftreten. Hier zeigt sich also doch wieder etwas wie die konditionierende Eingrenzung bestimmter Vorschläge, die Machiavelli eigentlich immer im Verfahren des Vergleichs herausdestilliert. In den „Discorsi“ nämlich ersetzt er die Herangehensweise der Moralphilosophie durch eine Systematik des Vergleichs. Er bildet darin etwas aus, was heutigen Politikwissenschaftlern das Herz höher schlagen lässt, nämlich ein sogenanntes Vierfelderschema, der „kleine Hausaltar“ methodisch argumentierender Politikwissenschaft. Und zwar stellt er bei einem Beispiel aus der Antike für den *governo largo*, also die breite Beteiligung des Volkes, und den *governo stretto*, die geringe Beteiligung des Volkes, ein ebenso doppeltes Beispiel aus seiner Zeit gegenüber, so dass er vier Positionen hat. Diese lauten bei ihm in der Regel: Rom, antik und breite Beteiligung des Volkes – Sparta, antik und geringe Beteiligung des Volkes; Florenz, Gegenwart, breite Beteiligung des Volkes – Venedig, Gegenwart, geringe Beteiligung des Volkes. Durch diese Gegenüberstellungen glaubt Machiavelli, Aussagen über politische Stabilität machen zu können, die empirisch belastbar sind.

Daraus gewinnt er die Fragestellung, die ihn seit langem umtreibt und auf die er nach einer Antwort sucht: Warum verlief die Florentiner Geschichte im Hinblick auf eine umfassende Machtentfaltung so schlecht, während sie in Rom so gut verlaufen ist? Das heißt: Er benutzt sein Vierfelderschema, um Antworten auf eine Frage zu bekommen, die er in dieser Form zum ersten Mal stellt. Darin ist er ein typischer Theoretiker der Renaissance, also einer Zeit, die das Bewusstsein davon hat, dass sie nicht mehr in der Kontinuität der Antike steht. Machiavelli stellt Rom und Florenz einander gegenüber und beobachtet Differenzen. Die Beobachtung der Differenzen zwischen den beiden, die von der Struktur her Ähnlichkeiten aufweisen müssten, ist für ihn der Beginn einer wissenschaftlichen Analyse dessen, warum das Eine gut läuft und das Andere schlecht. Das ist der Anfang einer wissenschaftlichen Beobachtung von Politik. □

## Portugiesen in Afrika und Asien. Die Herausbildung eines globalen Kulturraums um 1500

Benjamin Steiner

### I. Ein Rückblick aus der Vergangenheit

Wirft man einmal einen Blick in die historischen Überblickswerke, die im frühneuzeitlichen Schulunterricht Verwendung fanden, so erfährt man, dass das Jahr 1517, in dem Luther seine Thesen veröffentlichte, schon hundert Jahre nach dem Ereignis durchaus als Zeitenwende gelten kann. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts sollte der Schüler – ungeachtet seiner Konfession – jedoch auch darüber unterrichtet werden, was sich außerdem in diesem Zeitraum ereignete. Auch für einen überzeugten Lutheraner wie Christoph Helwig, der als Professor für alte Sprachen an der neu gegründeten Landesuniversität der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt in Gießen unterrichtete, war der Synchronismus ein wesentlicher Bestandteil des Geschichtsunterrichts, der im Rahmen des Studiums der Freien Künste (*artes liberales*) an deutschen Universitäten erteilt wurde. In seinem 1609 erstmals erschienen tabellarisch gefasstes Werk „*Theatrum historicum*“ markiert sein Drucker das Ereignis „*Martinus Lutherus scribit contra Indulgentias, anno 1517*“ anhand eines großen Ornaments, das den Epochenbruch graphisch deutlich hervorhebt.

Was noch geschah, ist bei Helwig sozusagen auf einen Blick ersichtlich. Ebenfalls typographisch hervorgehoben fällt die beinahe Gleichzeitigkeit mit Kaiser Karl V. auf. Schaut man genauer hin, so erfährt man von der Belagerung Wiens durch die Türken 1529, den Kriegen zwischen dem Reich und Frankreich und etwas früher, 1454 von der Eroberung Konstantinopels, in den Augen Helwigs ein Umbruchsereignis, da „genau hier das östliche Imperium auf die Türken übergeht“. Auch *Ars Typographica* findet für das Jahr 1440 Erwähnung; leicht kapitalisiert markiert diese Erfindung ein bedeutendes Ereignis in der Spalte für *Academia*. Bemerkenswert ist Helwigs Bemerkung über den außereuropäischen Entstehungsort dieser Schlüsselerfindung der Neuzeit, die „schon seit langer Zeit in China bekannt ist und dort auch entwickelt wurde“.

Doch was ist mit der iberischen Expansion, die um 1500 aus heutiger Sicht als das epochemachende Ereignis in keinem historischen Übersichtslehrbuch fehlen darf? Was ist mit der Fahrt des Christoph Columbus nach Westen, mit Vasco da Gamas Indienreise oder Fernão de Magalhães Weltumsegelung? Sie alle finden im „*Theatrum historicum*“ keinen Platz. Selbst die Entdeckung einer Neuen Welt scheint nicht geeignet in dieser Synopse unterzukommen. Auch bis zur Gegenwart des Autors zu Beginn des 17. Jahrhunderts wird das außereuropäische Geschehen komplett ignoriert. Tatsächlich findet sich erst in der vierten erweiterten Auflage des Werks, besorgt durch Helwigs Schwiegersohn und den Barockautor Johann Balthasar Schupp im Jahr 1638, ein einziger Eintrag in der Spalte der spanischen Dynastie über einen Aufstand in Mexiko für das Jahr 1624. Danach bleibt die Spalte für Spanien ganz frei. Das Reformationsjubiläum von 1617, an



PD Dr. Benjamin Steiner, Fellow am Kulturwissenschaftlichen Kollege in Konstanz

dem sich die Publikation der Lutherischen Thesen zum hundertsten Mal jährte, markiert indes die eindeutige Präferenz dieser konfessionellen Historiographie.

Das Schweigen beziehungsweise die Unkenntnis hinsichtlich der Geschichte der portugiesischen und spanischen Reisen nach Asien, Afrika und Amerika im Rahmen dieser synchronistischen Geschichtswerke darf zwar nicht repräsentativ für den historiographischen Kenntnisstand im 17. Jahrhundert im Allgemeinen gelten. Allerdings steht die außereuropäische Geschichte im Rahmen der Geschichtsvermittlung im Schulunterricht, wo solche Tabellenwerke meistens Verwendung fanden, eher im Hintergrund. Das gilt für viele mitteleuropäische, meist protestantische Autoren, wie Christoph Schraders chronologische Tafeln, die weite Verbreitung genossen, die aber auch keine Informationen zur Begegnung mit außereuropäischen Gesellschaften enthalten.

Bei katholischen Autoren von historischen Tabellenwerken im 16. und 17. Jahrhundert ist das etwas anders. Zwar steht auch bei diesen die Geschichte der Begegnung, ihrer Rückwirkungen auf Europa keineswegs im Vordergrund ihrer kompilatorischen Strategie. Allerdings war die Erwähnung der Tätigkeiten der Portugiesen in Afrika und Asien eine Möglichkeit, der lutherischen Erzählung des Epochenbruchs eine ähnlich gewichtige Darstellung entgegenzusetzen. Der französische Bischof und Historiker Gilbert Génébrard, der sich als besonders kämpferischer katholischer Lige im Umfeld der französischen Religionskriege im späten 16. Jahrhundert radikalisierte, verfolgte diese Strategie in einem vor Helwigs „*Theatrum*“ veröffentlichten Werk mit dem Titel „*Chronographia libri quatuor*“. Schlagen wir sein massives Kompendium zum Jahr 1517 auf, entdecken wir im „*spatium historicum*“ – so nennt man die Spalte für die historischen Darstellung in Tabellenwerken – die Darstellung des



Streits zwischen Luther, dem Kurfürsten von Mainz (Albrecht von Magdeburg), dem Dominikanermönch Johann Tetzel, dem Kurfürst von Sachsen und so weiter. Der daraus hervorgehende Lutheranismus habe sich daraufhin weiterverbreitet und ganz Europa entzündet. Für Générard stellt der Reformator Luther eine Erscheinung des Antichristen dar, den er darüber hinaus auch mit dem Islam als wahres regnum Antichristi in einen engen Zusammenhang.

Anders als Helwig setzt Générard den Thesenanschlag in einen Zusammenhang mit dem gleichzeitig stattfindenden Geschehen der türkischen aber auch der iberischen Expansion: Die endgültige Befreiung des Königreichs Granada für die Christenheit ist ihm ebenso wichtig zu erwähnen wie auch die Bekehrung des Reichs des Manikongo in Afrika (im heutigen Angola) zum Christentum. Das Thema des portugiesischen Reiches interessiert Générard aber auch in der gesamten historischen Darstellung um das Jahr 1500. Er berichtet für das Jahr 1520 von der Entdeckung Äthiopiens, das er, dem Wissen der Zeit entsprechend, für das Reich des christlichen Priesterkönigs Johannes hält. Jener sei, so schreibt der Bischof, trotz seiner 150 Jahre noch immer körperlich und geistig sehr aktiv. König Manuel von Portugal wird als christlicher König gelobt, der außerdem die Verbindung zu Indien unterhält. Über mehrere Seiten beginnt der Textteil bei Générard mit der Erwähnung des Königs von Portugal und der jeweiligen Fortschritte in der Entdeckung neuer Länder: Die Umschiffung des Kap der Guten Hoffnung, die Ausdehnung des Krieges gegen die Muslime auf Ungläubigen in den Neuen Welten, die Teilung der Welt zwischen Portugal und Kastilien, die Benennung Amerikas nach Amerigo Vespucci, Pedro Cabrals Fahrt nach Brasilien oder die Begegnung mit Christen in Indien, die noch von der ersten Mission des Heiligen Thomas abstammen.

Historiker also, die etwa ein Jahrhundert nach der Zeitenwende schrieben, setzten sich im konfessionellen Disput unterschiedlich mit dem Synchronismus um 1500 auseinander. Während Helwig und andere lutherische Autoren selbst die kastilische beziehungsweise spanische Expansion ignorierten, war der größere Zusammenhang einer gewissen Globalisierung der europäischen Geschichte für katholische Autoren wie Générard durchaus ein wesentlicher Teil des Arguments seiner Topographie historischer Gleichzeitigkeit.

## II. Europa und die Welt um 1500: Portugal als Bindeglied?

Was wir von dieser konfessionell aufgeladenen Historiographie um 1600 lernen können ist, wie wir uns heute dem Zusammenhang der portugiesischen Expansion und dem Geschehen auf dem europäischen Kontinent annähern können. War überhaupt ein sachlicher Zusammenhang neben der zeitlichen Koinzidenz der Ereignisse zu erkennen? Welche Rolle spielt die von Générard aufgerufene Gleichzeitigkeit der Begegnung zwischen Portugiesen und Gesellschaften in Asien und Afrika im historischen Zusammenhang mit der um 1500 beginnenden politischen, wirtschaftlichen und konfessionellen Umwälzung in Europa? Ich denke, dass wir aus der Wahrnehmung der Zeitgenossen auf einige Zusammenhänge schließen können, die uns bislang fremd oder schwer nachvollziehbar waren. Denn die moderne Historiographie zum frühen portugiesischen Kolonialreich hat bis vor kurzem einige wenige Narrative einer zunächst erfolgreichen Expansions-



Venedig, Biblioteca Nazionale Marciana, Ms. Lat. 1 99  
Das Monatsbild, das im *Breviarium* den Juli symbolisiert.

geschichte, dann aber gescheiterten Kolonialreichsbildung erzählt.

Die national- und kolonialhistorische Hagiographie des 19. und 20. Jahrhunderts in Portugal, die einige männliche Heroen in der Expansionsgeschichte hervorhebt, kontrastiert dagegen scharf mit einer strengen Kritik an der mangelnden Fähigkeit der Portugiesen, koloniale Herrschaft ohne Gewalt- und Ausbeutungspraktiken aufrechtzuerhalten. Eine Variante der spanischen „leyenda negra“ ist auch, wenn auch in abgeschwächter Form, für das portugiesische

Kolonialreich auszumachen. Portugiesen seien demnach schon von Beginn an ihrer Fahrten nach Afrika und Asien mit außerordentlich brutalen Eroberungs- und Unterwerfungsvorstellungen in die den Europäern bislang fremden Kulturräume vorgedrungen. Während sie in Afrika und Asien zunächst kaum über die Etablierung eines Netzwerks von litoralen Stützpunkten und Festungen hinaus kamen, gelang ihnen im Südatlantik indes der Aufbau des nachhaltigsten (und wahrscheinlich profitabelsten) Wirtschaftssystems. Letzteres

basierte jedoch in erster Linie auf einer Sklavenökonomie, die recht unabhängig vom Mutterland zwischen der Niederlassung an der Kongo-Mündung in Afrika und den Siedlung und Plantagen in Brasilien unterhalten wurde.

In letzter Zeit hat sich zu den politischen, wirtschaftlichen und konfessionellen Fragestellungen der Historiker des portugiesischen Kolonialreichs ein neues Thema hinzugesellt. Dabei handelt es sich um die Bedeutung bestimmter kultureller Praktiken, die Portugiesen gemeinsam mit nicht-europäischen

Akteuren auszubilden, um innerhalb eines globalen Handlungsraums zusammenzuleben, und dabei den Austausch von Menschen, materiellen Gütern und letztlich auch Ideen zu betreiben. Das Spannende an der diesbezüglichen Forschung ist, dass die Vorstellung eines portugiesischen Kolonialvorhabens, das über einen klaren Plan der Expansion verfügte, immer weniger plausibel erscheint. Es scheinen sich vielmehr durch die frühe portugiesische Expansion nach Afrika, Asien und Amerika vielmehr Möglichkeiten für europäische und nicht-europäische Akteure ergeben zu haben, einen globalen Kulturraum zu schaffen, der bestimmten Dynamiken der Verflechtung, Ähnlichkeiten der gegenseitigen Wahrnehmung und der Verfolgung gemeinsamer Interessen gedient hat.

Man spricht in den Geschichtswissenschaften heute von einer geteilten, verbundenen oder verflochtenen Geschichte zwischen den verschiedenen Akteuren, die sich im portugiesischen Kolonialreich begegneten. Die neue Geschichtsschreibung stellt sich gegen einseitige Erzählungen, die sich auf wirtschaftliche, politische oder missionarische Motive der Portugiesen verengen, und dabei die Gegenseite der Begegnungsgeschichte außer Acht lässt.

Aus Zeitgründen werde ich diese komplexe Geschichte gegenseitiger Wahrnehmungen, Praktiken und Ideen aus globaler Perspektive kaum für einen derart ausgedehnten Raum wie dem portugiesischen Kolonialreich selbst im Groben Überblick darstellen können. Ich werde daher der Praxis der frühneuezeitlichen Tabellenwerkautoren folgen und einen bestimmten synchronen Ereigniszusammenhang herausgreifen. Im Zentrum steht daher das Jahr 1500. Um diese Zeit erfuhr die damals schon alte portugiesische maritime Reisetätigkeit eine bedeutende Zäsur, die mit der Ankunft Vasco da Gamas in Calicut an der indischen Malabarküste 1498 eingeleitet wurde und mit der Eroberung einiger bedeutender Hafenzentren in Asien innerhalb weniger Jahre zur Errichtung des Estado da Índia, des „Staats von Indien“ führte. Im Jahre 1517 waren die Portugiesen daher nicht nur in der Lage den Gewürzhandel mit Asien über den Seeweg zu kontrollieren, sondern auch die katholische Mission als eine der maßgeblichen Aufgaben des christlichen Europas zu inszenieren.

Das hatte insbesondere mit der Begegnung in zwei Orten zu tun, die ich gerne zum Anlass für eine genauere Betrachtung nehmen möchte: Das Benin-Reich in Westafrika und die Stadt Goa an der indischen Malabarküste. Hier zeigen sich einige der Wechselwirkungen, die sich zwischen Portugiesen und Gesellschaften außerhalb Europas vollzogen. Es lohnt sich also einmal ein Schlaglicht auf diese Orte zu werfen, wo konfessionelle, politische und wirtschaftliche Faktoren ein komplexes Gemengelage ergaben.

### III. Luso-afrikanische Beziehungen in Benin

Wann genau die Portugiesen das Königreich Benin mit seiner Hauptstadt Benin-Stadt im Landesinneren und seinem Emporium in Ughoton das erste Mal besuchten, ist aufgrund schlechter Quellenlage nicht genau überliefert. Bekanntlich rückten portugiesische Schiffe mit jeder Reise im 15. Jahrhundert unter der Patronage des Prinzen Heinrich des Seefahrers immer weiter an der Küste Westafrikas vor. Die berühmten Portolankarten zeigen das Vorrücken deutlich, wie etwa die Cantino-Karte von 1502, auf der Flaggen an den topographischen Punkten zu sehen sind, wo sogenannte „padrões“ aufgestellt wur-

den. Solche steinernen Säulen mit einem Kreuz und einer Inschrift der jeweiligen Expedition, kennzeichnen das expansive Raumpfinden der Portugiesen anschaulich. Die Kanaren waren schon im 14. Jahrhundert entdeckt, Kap Bojador von Gil Eannes 1434 erfolgreich umschifft, den Senegal-Fluss erreichte man ein paar Jahre später, der Venezianer Cà da Mosto erforschte die Region des Gambia-Flusses sowie die Kapverdischen Inseln und Fernão Gomes erkundete zusammen mit einer Gruppe von Kapitänen, die dicht besiedelte Küste von Guinea und die vorgelagerten Inseln nach dem Tod Heinrichs im Jahre 1469 (São Tomé 1471). Diogo Cão setzte die Reisen fort, erreichte 1482 den Kongo und schließlich 1485/86 Cape Cross in Namibia, das gleichzeitig den vorläufigen Endpunkt dieses afrikanischen Flügels der Expansion darstellte. 1488 gelang es Bartolomeu Dias, das Kap der Guten Hoffnung zu umrunden, was gleichzeitig die ptolemäische Annahme einer dortigen Landbrücke zwischen Afrika und eines australischen Kontinents widerlegte. Der Seeweg nach Asien war damit frei.

Die Frage, was eigentlich die Fahrten der Portugiesen motivierte, warum sie hartnäckig an der Westküste Afrikas entlangfuhren, obwohl dieses Unterfangen als ausgesprochen gefährlich galt, hat viele Antworten erhalten. So lange der Seeweg nach Asien jedoch als verschlossen galt, war Afrika selbst Ziel der iberischen Expeditionen gewesen. Denn Afrika war nicht nur durch die Geographie des Ptolemäus und die arabische Kartographie im Mittelmeerraum relativ gut bekannt. Es galt darüber hinaus als ein Land des Reichtums, wo insbesondere Gold vermutet wurde, das die an Edelmetall arme portugiesische Wirtschaft dringend bedurfte und begehrte. Außerdem hielt sich eine hartnäckige Vermutung von der Existenz eines christlichen Königreichs, jenseits des muslimischen Einflussbereichs, das man südlich der Sahara vermutete.

Ausdruck der Hoffnung, den Goldhandel in Nordafrika zu umgehen, indem man einen Zugang im Süden suchte, war der Bau von São Jorge da Mina im Jahre 1482. Die Goldminen waren den Portugiesen allerdings selbst nicht zugänglich und auch hier bemühten sie sich von Anfang an, mit den lokalen Händlern und Herrschern ein gutes Kooperationsverhältnis aufzubauen. Der Zusammenhang von Markt und Herrschaft war in dieser Region Afrikas meist nicht besonders ausgebildet, das heißt es gab wenig zentralisierte Kontrolle über Handelsbeziehungen zwischen Portugiesen und Afrikanern. Der Bau einer Festung bedeutete zwar, dass den Europäern ein befestigter Ort zugestanden wurde, doch blieben die guten Beziehungen zu lokalen Akteuren die wichtigste Bedingung portugiesischer Existenz in Afrika.

Das war im Königreich Benin jedoch etwas anders. Dort erschienen Portugiesen erstmals um 1485 im Zuge einer allgemeinen Erforschung des Landesinneren von Westafrika. Man fuhr zunächst den Senegal-Fluss 60 Seemeilen hinauf, um die großen Handelsstädte am Niger zu erreichen: Das Mali-Reich entdeckte man 1488 und 1489 wurde eine Expedition zu einem König im Senegal entsandt; Pedro da Evora erreichte schließlich Timbuktu im Jahr 1490. João Afonso de Aveiro, Gesandter des Königs João II. machte seinen ersten Besuch im Benin-Reich bereits 1484 und wurde dort vom König in Benin-Stadt freundlich empfangen. Auf der Rückreise Aveiros wurde er von einem Diplomaten des Oba, dem Gouverneur der Hafenzentrum Ughoton, an den Hof in Lissabon begleitet. In den nächsten Jahren entwickelte sich Beziehungen zwischen

den Portugiesen und dem straff geordneten afrikanischen Königreich, das nicht nur über klare Hierarchien zwischen Hofbeamten und Händlern an der Küste, sondern auch über eine große Hauptstadt mit ausgedehnter Palastanlage verfügte. In Ughoton errichteten die Portugiesen eine Faktorei, wo insbesondere Siedlern von der Insel São Tomé ein Handelsprivileg erteilt wurde. Allerdings entwickelte sich der Handel in Benin für die Portugiesen nur sehr schleppend. Sklavenhandel mit den Europäern handhabte der Oba sehr restriktiv, der Benin-Pfeffer spielte zwar anfänglich eine große Rolle, doch mussten die Portugiesen dafür große Mengen von Manillas (Armringe) aus Kupfer, Bronze oder Messing einführen (jährlich etwa 25 bis 49 Tonnen). Mit dem Aufkommen des Handels mit asiatischem Pfeffer wurde die Faktorei in Ughoton schließlich aufgegeben.

Den Kupferimporten nach Benin verdanken wir jedoch ein seltenes Zeugnis afrikanischer Wahrnehmung der Portugiesen um 1500. Außerordentliche Arbeiten aus Bronze, Platten, Armbänder und Masken, die zum Teil noch heute erhalten sind, stellen Portugiesen und Gesichter anderer Europäer dar und geben uns eine Vorstellung davon, wie präsent diese in dem westafrikanischen Staat waren. Die rechteckigen Platten zierte die Fassade des Palasts des Oba und waren bis zur militärischen Eroberung durch britische Truppen im Jahr 1897 an diesem Ort. Heute kann man einige von diesen Darstellungen im British Museum betrachten. Auffällig sind die Kleider und Hüte der Portugiesen, die aber oft in Gruppendarstellungen zusammen mit afrikanischen Würdenträgern, Krieger und Hofbeamten zu sehen sind. Das lässt darauf schließen, dass Portugiesen sich nicht nur für kurze Zeit im Königreich aufhielten. Tatsächlich nimmt man an, dass afro-portugiesische Siedler auf São Tomé bereits um 1500 in Benin aktiv waren und wohl auch dem Oba als Söldner dienten.

Indes zerschlugen sich die Hoffnungen der Portugiesen, diesen Herrscher zum Christentum zu bekehren. Denn anders als der Manikongo, dessen Reich man später zumindest für hunderte Jahre erfolgreich christianisierte, ließ sich der König von Benin nicht von den spirituellen Vorteilen des Christentums überzeugen. Die Erwartungshaltung, den Oba für das Christentum zu gewinnen, erklärt sich mithin aus der imaginären Vorstellung des Priesterkönigs, den man immer wieder in solchen afrikanischen Herrscherfiguren zu erkennen glaubte. Das Ziel, einen christlichen Alliierten gegen die auch in dieser Region operierenden muslimischen Händler und deren politischen Einflüsse zu gewinnen, war dabei die Strategie, die die Portugiesen während des gesamten 16. Jahrhunderts verfolgten.

Doch scheint es, dass der Oba eigene Interessen in den Vordergrund stellte und auch sonst nicht zum Christentum neigte. 1516 berichtet der Händler Duarte Pires, der am Hof des Oba weilte, in einem Brief (20. Oktober 1516) an König Manuel, dass portugiesische Missionare den Oba über ein Jahr bei einem Feldzug begleitet hätten. Dabei muss den Portugiesen klar geworden sein, dass dessen Bedarf an Feuerwaffen ein Motiv für die Annäherung an die Portugiesen gewesen sein mag. Da ihm solche als nicht-christlicher Herrscher aufgrund eines päpstlichen Verbots nicht geliefert werden durften, sah er im Christentum ein Mittel zum Zweck, um seine eigenen strategischen Ambitionen zu erfüllen.

Die Episode der portugiesischen Präsenz in Benin stellt jedoch eine Ausnahme in der luso-afrikanischen Geschichte dar. Denn Benin war, anders als andere

Küstengesellschaften in Westafrika, in der Lage eine regelrecht protektionistische Handelspolitik zu verfolgen, die eine zu starke Einflussnahme der Portugiesen verhinderte. Das war anderswo nicht der Fall. In Orten wie São Tomé, die Küste Senegambiens, Elmina oder andere Festungen und Faktoreien, so erfährt man aus späteren europäischen Berichten, dass Portugiesen beinahe überall präsent waren und meist mit den afrikanischen Gesellschaften zusammenlebten, Heirateten mit Afrikanerinnen eingingen, die portugiesische Sprache als lingua franca etablierten, wobei sich einige kreolische Varianten herausbildeten. Anderen Europäern musste die westafrikanische Küstengesellschaft einerseits bekannt, andererseits aber auch fremd erscheinen. Tatsächlich war man als Franzose oder Niederländer froh, sich auf Portugiesisch zu verständigen, wenn man den Angehörigen dieser lusoafrikanischen Kultur begegnete.

### IV. Goa – „Schlüssel zu ganz Indien“

Die Öffnung des Seewegs nach Asien veränderte das Wissen der Portugiesen von der Welt in vielerlei Hinsicht. Die Erkundung der Küste Ostafrikas brachte die aus Sicht der Portugiesen enttäuschende Erkenntnis, dass die Gewässer und auch die Landwege bereits von zahlreichen muslimischen Herrschern und Händlern vereinnahmt und kontrolliert wurden. Von Sofala in Mozambique über Malindi bis Kochi begegnete man nicht dem erhofften Priesterkönig, sondern ganz verschiedenen muslimischen Gruppierungen. Pedro Alvarés Cabral, der die zweite Flotte nach Vasco da Gama im Jahre 1500 nach Indien führte, musste lernen, dass es sowohl Anhänger der Schia als auch Sunniten gab, die der Vorstellung eines homogenen Islam widersprachen. Die Jahre nach diesen ersten beiden Expeditionen waren denn aber vor allem von Auseinandersetzungen mit den Mamelucken geprägt, die bislang den Seehandel über das Rote Meer mit Indien kontrollierten. Die komplizierten Routen über Land und Meer, die den Gewürzhandel aus dem Osten über Indien, Persien, Syrien und schließlich bis nach Venedig führten, waren den Portugiesen nicht vollkommen verständlich. Trotzdem fürchteten venezianische Beobachter, dass die Entdeckung der Kap-Route den Anfang vom Ende ihres Wohlstandes bedeuten würde.

Dass die Portugiesen zu diesem Zeitpunkt bereits einen Plan hatten, wie der lukrative Markt mit den kostbaren Gütern aus Asien in ihre Hände zu bringen sei, kann bezweifelt werden. So waren es denn auch nicht die portugiesischen Flotten, die für Engpässe des Handels im Jahr 1502 von den besorgten Venezianern verantwortlich gemacht wurden, sondern Streitigkeiten unter arabischen Herrschern am Roten Meer (die Scherifen von Mekka). Während sich der erste Vizekönig des Estado da Índia Francisco de Almeida ab 1505 zunächst in Kochi in Calicut einrichtete, erreichte die mamelukische Flotte unter dem Emir Husain al-Kurdi Bash al-Askar nach der Befriedung der Konflikte im Roten Meer den Indischen Ozean. Husain verbündete sich dann mit dem Gouverneur von Diu, Malik Ayaz, um die Portugiesen in einer Seeschlacht entscheidend zu schlagen. Der Malik aber wechselt die Seiten und die Mameluken unterlagen in diesem Aufeinandertreffen. Von diesen Ereignissen erschütterter, nicht zuletzt durch den Tod seines Sohnes, entschied sich Almeida 1508 dafür, die Expansion nach Osten zu stoppen und stattdessen Kochi als Handelszentrum auszubauen. Almeidas „minimalistische Strategie“ ging davon aus, dass der



Berlin, Deutsches Historisches Museum  
*In den Augsburger Monatsbildern von Jörg Breu d. Ä. wird hier der Zeitraum von April bis Juni dargestellt.*

Zugang zu Ressourcen – Holz für Schiffsbau, Metall für Artillerie und hervorragenden Handwerker in Indien – entscheidend für den Verbleib der Portugiesen in der Region sei. Diese Ressourcen gäbe es insbesondere im Sultanat von Diu, weshalb man die Verbindung dorthin kontrollieren und sie den Venezianern und Mameluken verwehren sollte.

Eine neue Phase begann indes mit der Ankunft des zweiten entsandten Vizekönigs, Afonso de Albuquerque, der eine aggressivere Strategie im Sinn hatte und weitere Eroberungen vorsah. Aus einem Streit zwischen Almeida und Albuquerque ging letzterer siegreich hervor und Albuquerque begann 1510 mit der Einnahme von Goa, die dieser im nächsten Jahr als Hauptstadt des Estado da Índia auszubauen begann. Goa – „a chave de toda a Índia“, „der Schlüssel zu ganz Indien“ – erhielt im Laufe der Jahre monumentale Bauwerke, welche die Stadt im portugiesischen Stil prägen sollte. Unterdessen verfolgte Albuquerque weitere Feldzüge. In schneller Abfolge gelang es den Portugiesen, unter Ausnutzung von Rivalitäten zwischen Muslimen und Hindus, zunächst 1511 das Handelszentrum Malakka auf der malayischen Halbinsel und Tor zu den bis dahin unbekanntem Gewürzinseln (Molukken) zu erobern. Es folgten Sumatra, Flores auf Java, Timor, die Banda-Inseln, Ambon und die Inselultanate auf Ternate und Tidore. 1514 wurde Ormuz an der Meerenge zum Persischen Golf erobert und mit einer

Burg befestigt. Die Kontrolle des Roten Meers hingegen wurde als nicht mehr entscheidend angesehen und nicht weiter verfolgt. Nach 1515 war demnach die dauerhafte Existenz eines portugiesischen Estado da Índia nicht mehr rückgängig zu machen.

Während das wirtschaftliche Ziel, den Gewürzhandel in portugiesische Hand zu bringen, teilweise erfüllt wurde – ein bedeutender Teil des Handels fand lange noch über den Landweg statt –, war das konfessionspolitische Ziel des Kampfes gegen den Islam in weite Ferne gerückt. Stattdessen schienen sich die Portugiesen mit der neu wahrgenommenen Lage des religiösen Pluralismus in Asien zu arrangieren. Später, in den 1580er Jahren, berichtete der holländische Kaufmann Jan Huygen van Linschoten über das Leben in Goa, dass „dort alle möglichen Nationen wie Indier, Heiden, Mohren, Juden, Armenier, Gujaratis, Banyaner, Brahmanen und aller indischen Nationen und Völker seien, die hier leben und Handel treiben“. Es gelte außerdem Gewissensfreiheit, gesetzt den Fall sie praktizierten ihre Rituale hinter verschlossenen Türen. Die indische Sozialordnung des Kastensystems, die Linschoten hier zu beschreiben scheint, wurde in Goa von den Portugiesen nicht unangetastet gelassen. Es ergeben sich Hinweise darauf, dass die portugiesische Kolonialmacht begonnen hatte, „in die lokale Ordnung einzugreifen und die bestehende Gleichgewichte neu zu justieren begann“.

Allerdings gelang es den Portugiesen auch nicht, eine ganz eigene administrative Herrschaftsordnung zu etablieren. Im Gegenteil: Es ist eine gegenseitige Abhängigkeit in der Herausbildung neuer Herrschafts- und Sozialstrukturen im Estado da Índia wahrzunehmen. „Alte Verzeichnisse“, Berichte von „Büchern“ der „Schreiber“ und von „ihren Archiven“, die vor Ankunft der Portugiesen entstanden sind, zeigen das auch islamische und hinduistische Machthaber politische Praktiken des (administrativen) Wissens anwendeten, die den portugiesischen Land- und Eigentumsregistern in Goa (Forais und Tombos) nicht unähnlich waren, wenn nicht gegenseitig beeinflussten. Ähnliches gilt auch für die architektonische Neugestaltung Goas unter den Portugiesen: Albuquerque Pläne zur Neugestaltung der Stadt sahen zwar die Errichtung eines Vizekönigspalasts vor, aber dieser ging doch in seinen Ursprüngen auf die Zeit der islamischen Herrschaft zurück. Die Befestigungsanlagen der Stadt und das Straßennetz blieb bestehen. Einzig die Kathedrale von Goa oder der Bogen der Vizekönige (Arco dos Vice-Reis) waren eindeutige Akzente der portugiesischen Präsenz.

#### V. Ein geteilter globaler Kulturraum

In dieser gegenseitigen Verflechtung von portugiesischen und indigenen Elementen der Herrschaft, des Wissens, der Materialität entspricht Goa als Stadt

auch der immer wieder wahrnehmbaren Verschmelzung von agency und den vermeintlich genuin europäischen Voraussetzungen der portugiesischen Expansion. Viele ihrer „Entdeckungsfahrten“ wären ohne navigatorische Kenntnisse nicht-europäischer Lotsen nicht möglich gewesen. Arabische Seeleute halfen den Portugiesen bei ihren Fahrten durch den Indischen Ozean; Araber, Gujaratis, Javaner und Malayen bei den Reisen von den Häfen an der Malabar-Küste nach Ceylon, Malakka, den Sunda Inseln, Java, den Molukken, Sumatra und Siam; und später Chinesen bei der Navigation des Seewegs von Malakka über Macao nach Japan. Portugiesen waren außerdem angewiesen auf indigene Expertisen, Wissen, Fähigkeiten und Ressourcen. Ohne das nautische Wissen des Lotsen aus Gujarati, den Vasco da Gama in Malindi mit an Bord nahm, hätte er nicht den Ozean von Afrika nach Indien queren können. Afonso de Albuquerque war bei der Eroberung Malakkas auf den Beistand der hinduistischen Händler von der Coromandalküste angewiesen.

Auch der Schiffsbau, der Bau der großen Karacken verlagerte sich nach Indien, wo man sich auf die Qualität des tropischen Teak-Holzes ebenso verlassen konnte, wie das im Atlantik für das brasilianische Hartholz galt. Ebenso verließen sich Portugiesen gänzlich auf nicht-europäische Technologien: Nach der Eroberung Malakkas charterte Afonso de Albuquerque eine chinesische

Dschunke, um Waren und Handelsgüter in die Molukken zu überführen – eine Praxis, die sich weiter bewähren sollte. Dabei blieb auch der portugiesische Handel mit Gewürzen auf den asiatischen Raum beschränkt. Viele Portugiesen kehrten nicht mehr aus dem Osten in die Heimat nach Portugal zurück, sondern blieben vor Ort sesshaft, um dort ihren Geschäften nachzugehen.

Ähnliches gilt zwar nicht für Afrika in dem Maße wie für Asien, auch wenn ein Bericht von 1528 noch davon spricht, dass im Landesinneren von Ostafrika „hunderte“ Portugiesen leben würden, Familien hätten, mal Mineralien abbauten oder sich dort als Söldner für indigene Fürsten darbieten würden. Im Südatlantik hingegen entwickelte sich zwischen Afrika und Brasilien ein Wirtschaftsraum fast ohne Rückbindung an Europa. Und in Westafrika betrieben die indigenen Gesellschaften neben dem transatlantischen Handel einen intensiven Küstenhandel, der vor der Ankunft der Portugiesen nicht existierte.

## VI. Resümee

Wie schließen wir also den Kreis dieser Darstellung, den wir mit einigen Einblicken in synchronistische Tableaus um 1600 begonnen haben? Die Frage nach dem historischen Zusammenhang, die sich entweder angesichts der Auslassung oder der Hervorhebung der portugiesischen Expansion im Kontext von konfessionell aufgeladener Historiographie ergibt, kann hier zwar nicht abschließend aufgelöst werden. Doch erhellt der Vergleich der unterschiedlichen historischen Wahrnehmungen von der portugiesischen Expansion den langsam verlaufenden Ablösungsprozess europäischer Geschichte und der gleichzeitig damit verlaufenden Herausbildung eines globalen Kulturraums. Für Helwig spielte das, was außerhalb der christlichen Heilsgeschichte stattfand, keine Rolle; Génébrard, wir erinnern uns, stellt die portugiesische Expansion als Katholik zurück in den Rahmen dieser Eschatologie. Beide Perspektiven heben so entweder negativ oder positiv einen gewissen Zusammenhang der globalen und europäischen Geschichte her.

Allerdings hat diese Sicht zu einer allmählichen Loslösung der europäischen Geschichte von der Geschichte der globalen Verflechtungen geführt. Wenn die neueren Studien zum portugiesischen Kolonialreich recht haben und dieses Reich weniger europäisch war als man das bislang glaubte, dann müssen wir die Frage nach den historischen Zusammenhängen vielleicht neu stellen. Dann macht es auch wenig Sinn, sich an einer Epochenschwelle der europäischen Geschichte abzuarbeiten, wenn man nicht wirklich weiß, welche Zäsuren in einem globalen Zusammenhang gelten können. 1517 mag aber Anlass dafür sein, konfessionelles Zeitalter und die globale Verflechtung ganz anders zu verbinden: So könnte man tatsächlich fragen, welche Einflüsse der indische Religionspluralismus auf die Glaubensspaltung in Europa hatte. Nicht nur das Wissen über die Existenz anderer „heidnischer“ Glaubenssysteme, sondern auch das Wissen um die Möglichkeit der Koexistenz solcher Glaubenssysteme, war eine wertvolle Lehre für die Portugiesen aus Afrika und Asien. Dass diese sich fruchtbar für die Teilnahme der Portugiesen am neu entdeckten Kulturraum erwies, zeigt sich sehr wohl schon um 1500 in vielen Praktiken der Übernahme, Übersetzung und Anpassung. Ob aber diese Lehre auch in Europa insgesamt aufgegriffen und ebenso pragmatisch umgesetzt wurde, bleibt mehr als fraglich. □

# Der Aufstieg einer neuen Macht im Osten Europas. Das Großfürstentum Moskau und seine Nachbarn an der Schwelle zur Neuzeit

Maike Sach

Ursprünglich war Moskau ein eher unbedeutendes Fürstentum unter vielen, die während des Niedergangs der Kiever Ruß entstanden waren. Sein allmählicher Aufstieg zur vorherrschenden Macht im östlichen Europa, deren schließlich imperialer Anspruch ihren Ausdruck in der Krönung Iwans IV. zum ersten Zaren (1547) finden sollte, war keineswegs zwangsläufig und von vielen Faktoren abhängig gewesen, von denen einige hier kurz skizziert werden sollen.

## I.

Im Kampf um die Vorherrschaft in der Ruß hatte sich Moskau anfangs gegen das Fürstentum Tvef, den einzigen ernsthaften Konkurrenten, durchzusetzen. Gegenstand des erbitterten Ringens war die prestigeträchtige, aber kaum mit einer Steigerung realer Macht verbundene Würde des Großfürsten von Vladimir. Dieser Kampf, der erstmals im frühen 14. Jahrhundert ausbrach, verlief äußerst wechselvoll, wurde mit allen erdenklichen Mitteln geführt und in seinem Gang maßgeblich durch die besonderen Bedingungen der mongolisch-tatarischen Oberherrschaft beeinflusst.

Nach der Eroberung der Ruß in den Jahren 1237-1242 hatten die Tataren die lokalen Herrschaftsstrukturen nicht zerstört, vielmehr nutzten sie sie nach der Etablierung ihrer Oberherrschaft für ihre politischen Zwecke. Einfluss auf die Machtverhältnisse konnten die Tataren unter anderem durch das Ein- und Absetzen von Fürsten nehmen. In vielen Fällen ließen sie sich zwar durch die „starina“, das alte Herkommen, leiten, trachteten dabei aber vor allem danach, keine Gefahr für die eigene Oberherrschaft entstehen zu lassen. Denn diese brachte den Tataren hohe Tributzahlungen ein, von denen nur die Geistlichkeit sowie die kirchlichen Bediensteten ausgenommen waren. An dieser Privilegierung der Kirche änderte sich auch nichts, als zu Beginn des 14. Jahrhunderts der Islam vorherrschende Religion in der Goldenen Horde wurde.

Das Bestreben der Khane der Goldenen Horde, die Machtverhältnisse in der Ruß auszubalancieren, zeigte sich in allen Phasen des Kampfes zwischen Tvef und Moskau. Ausschlaggebend für den Moskauer Erfolg sollte das besondere Geschick seiner Fürsten werden, sich auf die Spielregeln der tatarischen Oberherren einzustellen und ihnen zu vermitteln, dass eine Unterstützung Moskaus in ihrem ureigenen Interesse läge. Daneben gelang es den Moskauer Fürsten in entscheidenden Situationen immer wieder, russische Fürsten auf ihre Seite zu ziehen, die sich von Tvefer Ansprüchen auf Vorherrschaft bedroht sahen. Moskau gewann schließlich auch die Unterstützung des Metropoliten der russischen Kirche – der einzigen Institution, die als einzige mit ihrer Organisation die gesamte Ruß umfasste.

## II.

Das Ausbalancieren der Machtverhältnisse in der Ruß wurde für die Tataren durch die Expansion Litauens aller-



Dr. Maike Sach, Wiss. Mitarbeiterin am Historischen Seminar, Arbeitsbereich osteuropäische Geschichte, Mainz

dings zusehends komplizierter: Das litauische Vordringen nach Osten hatte schon vor der tatarischen Eroberung eingesetzt, wurde durch die damit verbundene Schwächung der Fürstentümer in der westlichen Ruß sogar noch gefördert und setzte sich im zweiten Drittel des 14. Jahrhunderts fort. Dabei verstanden es die Litauer geschickt, sowohl die Rivalität zwischen Moskau und Tvef als auch Zwistigkeiten zwischen Pskov und Novgorod mit dem Deutschen Orden in Livland sowie Fehden innerhalb der Goldenen Horde auszunutzen. Der litauische Erfolg war dabei durch eine Reihe weiterer Faktoren bedingt: Das litauische Ausgreifen in die Ruß hatte sich nicht allein militärisch, sondern auch auf dem Wege einer allmählichen Verstärkung litauischen Einflusses vollzogen, was die Litauer für die Tataren zu einem wenig greifbaren Feind gemacht hatte. Erste Zerfallserscheinungen in der Goldenen Horde nutzte Litauen in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts für eine neue Welle der Expansion in östlicher und südöstlicher Richtung: So verlief zum Zeitpunkt der größten Ausdehnung Litauens seine östliche Grenze auf dem halben Wege zwischen Smolensk und Moskau, Kiev befand sich ebenfalls unter litauischer Herrschaft.

Wie die Tataren tasteten die Litauer die politischen Strukturen in den russischen Fürstentümern nicht an und respektierten – selbst meist noch ihrer eigenen Religion anhängend – die orthodoxe Kirche und Kultur ihrer ostslawischen Untertanen. Diese bildeten den größten Teil der Gesamtbevölkerung des Großfürstentums Litauen und übten ihrerseits kulturellen Einfluss auf die neuen Herren aus. Vergleichsweise erträglich wurde die litauische Oberherrschaft dadurch, dass nun keine Tataren mehr Tribute eintrieben. Eine Verringerung der Abgaben, nun von Litauen erhoben, bedeutete dies gleichwohl nicht.

Der litauische Einbruch in ihren Herrschaftsbereich konnte den Tataren nicht gleichgültig bleiben, gleiches galt für Moskau, dessen Anspruch auf Hegemonie in der Ruß damit in Frage gestellt wurde. Und auch wenn die Tataren Moskau innerhalb der Ruß keinesfalls zu stark werden lassen wollten, so unterstützten sie die Moskauer Fürsten bei allen Aktionen, die geeignet schienen, Litauen zurückzudrängen.

Doch zunächst lag die Offensive weiterhin auf litauischer Seite, die Anspruch auf Herrschaft in der Ruß erhob. Bereits Mitte des 14. Jahrhunderts schlug sich dieser unter anderem in der Titulatur einiger litauischer Großfürsten nieder. Jogaila, polnisch Jagiello, der für die später nicht nur in Polen-Litauen, sondern auch in Böhmen und Ungarn herrschende Dynastie der Jagiellonen namensgebend werden sollte, bezeichnete sich 1385 im Vertrag von Kriava/Krewo über die Bedingungen der polnisch-litauischen Union als „Großfürst der Litauer und Herr und natürlicher Erbe der Ruß“. Die Entscheidung für eine Union mit Polen – und damit verbunden für den Katholizismus – bedeutete allerdings in letzter Konsequenz, dass sich Litauens Interesse nach Westen zu verlagern begann und damit auf eine mögliche orthodoxe litauisch-ostslawische Reichsbildung verzichtet wurde. Davon musste mittelfristig Moskau als alternativer Ausgangspunkt für eine Vereinigung der russischen Fürstentümer profitieren.

## III.

Zunächst durchlebte Moskau allerdings eine gefährliche Schwächeperiode bedingt durch den Großen Dynastischen Krieg, der nach dem Tode des Großfürsten Vasilij I. (1425) zwischen seinem Sohn, Vasilij II., und den ebenfalls Erbansprüche erhebenden Fürsten von Galič, einer Moskauer Seitenlinie, geführt wurde. Der militärische Konflikt erschütterte das Großfürstentum Moskau aufs Schwerste und endete erst 1453.

Während dieses Krieges bahnte sich zudem die Loslösung der russischen Kirche vom Patriarchat in Konstantinopel an. Der Anstoß kam von außen: Schon seit Längerem war Byzanz Ziel osmanischer Expansion, derer es sich kaum noch erwehren konnte. Für militärische Hilfe, um die der byzantinische Kaiser dringend bat, machte man an den westeuropäischen Höfen und an der Kurie eine Vereinigung der beiden getrennten Kirchen zur Vorbedingung. Angesichts seiner Notlage war der byzantinische Kaiser dazu bereit, konnte aber eine solche Neigung in der übrigen orthodoxen Welt angesichts seit Langem gepflegter antilateinischer Traditionen keineswegs voraussetzen. Eine Sedisvakanz in der russischen Metropole nutzte Johannes VIII. Palaiologos nun dazu, über den Patriarchen den unionsfreundlichen Griechen Isidor in Moskau als Metropolitan einzusetzen. Den Erwartungen, die man in ihn gesetzt hatte, wurde Isidor anfangs auch gerecht: Großfürst Vasilij II. stimmte zu, ihn an der Spitze einer Gesandtschaft zu einem allgemeinen Konzil nach Italien zu schicken, wo in Florenz 1439 tatsächlich eine Union der griechischen und lateinischen Kirche beschlossen wurde.

Die Umsetzung des Unionsdekrets erwies sich jedoch als unmöglich: Im Frühjahr 1441 kehrte Isidor als Kardinal und päpstlicher Legat a latere zurück. In Moskau traf er in allen Kreisen der Bevölkerung auf vehemente Ablehnung der Union. Der Großfürst ließ den Metropolitan im Čudov-Kloster gefangen setzen. Isidor gelang es allerdings bald zu fliehen, wobei er, wie ein Chronist ausdrücklich vermerkte, nicht verfolgt wurde.



Berlin, Deutsches Historisches Museum  
*Juli bis September sind die Monate, die in diesem Bild von Jörg Breu dargestellt werden.*

Isidors Flucht befreite Vasilij von dem als häretisch betrachteten Metropolit, brachte ihn und die russischen Hierarchen aber in eine Zwickmühle: Seit der Christianisierung war die russische Kirche ideell und jurisdiktionell an das Patriarchat in Konstantinopel gebunden, welches aber aus russischer Perspektive durch die Florentiner Union der „lateinischen Häresie“ anheimgefallen war. Bei der anstehenden Neuubesetzung stand man also vor der Wahl, entweder durch die Einsetzung eines neuen Metropoliten im unierten Konstantinopel erneut einen Unionsanhänger als Leiter der russischen Kirche zu erhalten oder aber mit den Traditionen zu brechen, die bisher als bindend betrachtet wurden. Eine Lösung des Problems konnte sein, vom Patriarchen die Erlaubnis zu erbitten, den Metropolit durch die russischen Bischöfe wählen zu lassen.

Dieser Weg wurde allerdings nur zögerlich und nicht sofort beschritten, denn Vasilij II. war 1446 von seinen Gegnern gefangengesetzt und geblendet worden. Erst als er wieder an die Macht gekommen war und zur Festigung seiner Position die Unterstützung einer geeinten Kirche brauchte, wählten die russischen Bischöfe Iona von Rjazań Ende 1448 zu ihrem Metropolit.

Mit der Erhebung Ionas hatten die russischen Bischöfe den politischen Notwendigkeiten entsprochen. Für ihre eigenmächtige Entscheidung gab es aber keinen Präzedenzfall, sie stieß gleichfalls nicht auf ungeteilte Zustimmung beim Klerus und den einflussreichen Laien. So bemühte man sich, auch gegenüber dem Patriarchen, die eigenmächtige Wahl nachträglich zu rechtfertigen.

Eine völlig neue Situation ergab sich, als im Mai 1453 Konstantinopel von den Osmanen erobert worden war: Der Fall der Stadt wurde in Moskau als göttliches Strafgericht interpretiert, welches die Byzantiner durch die Union mit der lateinischen Kirche – nach Moskauer Lesart ein Verrat an der Rechtgläubigkeit – auf sich gezogen hätten. Nach dem Untergang des Byzantinischen Reiches hatte der Patriarch zwar die Kirchenunion mit Rom aufgekündigt, war aber in die Abhängigkeit des Sultans geraten, was seiner Autorität gegenüber der Ruß und ihrem orthodoxen Herrscher nur abträglich sein konnte. Die veränderten politischen Rahmenbedingungen zwangen den Patriarchen nach ersten Protesten, die Umwandlung einer seiner Kirchenprovinzen in eine autokephale Kirche hinzunehmen, eine Entwicklung, die das Prestige der Ruß, das heißt insbesondere Moskaus, erhöhte. Allerdings geriet die Kirche selbst nun sehr viel stärker in die Abhängigkeit des Moskauer Großfürsten, als sie es zuvor gewesen war.

Die letzten Regierungsjahre Vasilijs II. verliefen nach dem Ende des Dynastischen Krieges in ruhigeren Bahnen. Es gelang ihm, die Moskauer Herrschaft nach innen und außen zu konsolidieren sowie die großfürstliche Position zu stärken. So hatte er mehrere Moskauer Teilfürstentümer eingezogen und sie den großfürstlichen Besitzungen zugeschlagen. Das Recht des Adels auf freien Abzug und Eintritt in die Dienste eines anderen Fürsten, welches ursprünglich in allen Fürstentümern der Ruß Geltung besessen hatte, war schon vor seiner Regierung eingeschränkt worden,

wurde aber – während sich gleichzeitig immer weniger eine Alternative zum Dienst in Moskau bot – noch weiter beschnitten.

#### IV.

Nach dem Tod seines Vaters konnte Ivan III. 1462 ein gesichertes und gefestigtes Erbe antreten, welches eine solide Basis für die Veränderungen darstellte, die sich unter seiner Herrschaft vollziehen sollten. So fand das schon von seinen Vorgängern eifrig betriebene so genannte „Sammeln der Länder der Ruß“ unter seiner Regierung einen vorläufigen Abschluss: In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts war die Position des Moskauer Großfürsten gegenüber den noch selbstständigen Fürsten nahezu erdrückend geworden. Die Fürsten von Jaroslavl' und Rostov übertrugen mehr oder minder freiwillig ihre Hoheitsrechte an den Moskauer Herrscher. Novgorod versuchte sich noch zur Wehr zu setzen. Die Beziehungen der reichen Handelsstadt waren bereits zu Zeiten von Vasilij II. beträchtlichen Spannungen ausgesetzt gewesen, was sich unter seinem Sohn Ivan III. nicht ändern sollte. Da Hilfe von den letzten selbstständigen russischen Fürsten nicht mehr zu erwarten war, versuchte Novgorod sein politisches Überleben durch Anlehnung insbesondere an Litauen zu sichern. Doch gerade dies bot dem Moskauer Großfürsten Anlass zu einem Eingreifen in Novgorod: Im Sommer 1471 schickte Ivan III. seine Truppen gegen Novgorod, das vergeblich auf litauische Hilfe wartete und eine verheerende Niederlage erlitt. Novgorod musste hohe Kontributionszahlungen leisten,

die Reste seiner früheren Autonomie, die mit dem Moskauer Herrschaftsanspruch schon vom Grundsatz her nicht in Einklang zu bringen war, wurden 1478 endgültig beseitigt. Einige Jahre später annektierte Ivan III. Vereja-Beloozero und den ehemaligen Moskauer Rivalen Tvef. Das Ende der Selbstständigkeit dieser Fürstentümer bedeutete dabei nicht nur eine weitere Vergrößerung des Moskauer Territoriums, sondern wurde auch zum Ausgangspunkt einer sukzessiven Reorganisation und Umgestaltung der Verwaltung sowie der Schaffung eines einheitlichen Rechts.

#### V.

Der Name Ivans III. ist nicht nur mit dem vorläufigen Abschluss des „Sammelns der Länder Ruß“ verknüpft, sondern auch mit der für das russische Geschichtsbewusstsein so wichtigen „Abschüttelung des Tatarenjochs“. Änderungen im Verhältnis zwischen Russen und Tataren begannen sich bereits gegen Ende des 14. Jahrhunderts anzukündigen: Im Jahr 1380 hatte der Moskauer Großfürst Dmitrij Donskoj ein tatarisches Heer erstmals in einer großen Feldschlacht geschlagen und damit den Nimbus tatarischer Unbesiegbarkeit zerstört. Äußerer Zeichen beginnender Erosion tatarischer Macht seit dem Ende des 14. Jahrhunderts war auch die Emigration einzelner tatarischer Fürsten mit ihrem Gefolge nach Litauen oder in russische Fürstentümer, hier vor allem nach Moskau. Dort ließen sie sich taufen, traten in fürstliche Dienste und wurden in den eingesessenen Adel aufgenommen. Entscheidend für die weitere Entwicklung des russisch-tatarischen

Verhältnisse war jedoch, dass die Tataren die zeitweilige politische Destabilisierung Moskaus während des Großen Dynastischen Krieges wegen beinahe permanenter innerer Auseinandersetzungen nicht hatten ausnutzen können, um ihre Oberherrschaft neu zu befestigen. Unvereinbare politische Sonderinteressen der einzelnen Linien der herrschenden Dschingisiden führten während der 1530er und 1540er Jahre zum endgültigen Zerfall der Goldenen Horde. An ihrer Stelle entstanden neue, heftig miteinander rivalisierende Khanate. Für Moskau besonders wichtig waren hier vor allem die Große Horde, die ihr Zentrum in der alten tatarischen Hauptstadt Sarai hatte, das Krimkhanat und das an der Mündung der Kama in die Wolga liegende Khanat von Kazań. Das Verhältnis Moskaus zu jedem einzelnen dieser neuen Machtzentren sollte sich dabei höchst unterschiedlich gestalten.

Die Beziehungen Moskaus zu Kazań waren von gelegentlichen Konflikten gekennzeichnet, die aus Moskauer Versuchen zur Einflussnahme resultierten. Nach dem Tode des Khans Mahmud (1467) sollte es Ivan III. unter Ausnutzung interner Rivalitäten dabei sogar gelingen, zeitweise einen von Moskau abhängigen Kandidaten als Khan von Kazań zu etablieren. In der Politik Moskaus gegenüber Kazań spielten nicht nur machtpolitische, sondern vor allem auch handelspolitische Erwägungen eine Rolle: Kazań nahm eine bedeutende Position im Handel mit sibirischen Pelzen ein, unterhielt Handelskontakte mit europäischen und osmanischen Kaufleuten sowie den Nogai-Tataren und kontrollierte die Verkehrswege über die Wolga nach Astrachan.

Das Verhältnis Moskaus zur Großen Horde und zur Krim wurde während der Regierung Ivans III. nachhaltig durch das jeweilige Verhältnis der beiden miteinander verfeindeten tatarischen Herrschaften zu Polen-Litauen beeinflusst. Polen-Litauen hatte im fraglichen Zeitraum unter regelmäßigen Plünderungszügen der Krimtataren zu leiden, die zur Annäherung an die Große Horde führen sollten. Als es zwischen dem Jagiellonen Kasimir IV. und Ahmed, der 1465 in der Großen Horde an die Macht gelangt war, zu einer Allianz gegen Moskau kam, näherten sich als Reaktion darauf Ivan III. und der Krimkhan Mengli-Girej einander an. Nach einem Überfall Ahmeds im Sommer 1472 auf die Krim, zu dem dieser vom Herrscher von Polen-Litauen unter später nicht eingehaltenen Hilfszusagen angestiftet worden war, schlossen die Herrscher Moskaus und der Krim 1475 ein Bündnis zur Ausschaltung der Großen Horde. Zwar vertrieb Ahmed Mengli-Girej zunächst aus der Krim, letzterer konnte aber das Khanat mit osmanischer Hilfe wieder an sich bringen. Dabei geriet die Krim dauerhaft unter osmanische Oberhoheit, was sie in einen Gegensatz zu Polen-Litauen brachte; diese für das östliche Europa bedeutsame Bündniskonstellation sollte sich schließlich verfestigen.

Die zeitweilige Entmachtung Mengli-Girejs und die damit verbundene Isolierung Ivans III. versuchte Ahmed zur Durchsetzung seiner Herrschafts- und Tributansprüche zu nutzen. So zitierte er den Moskauer Großfürsten, der schon länger keine Zahlungen mehr geleistet hatte, zur Klärung dieser heiklen Frage in seine Hauptstadt. Ivan III. dachte nicht daran, diesem Befehl nachzukommen, sandte allerdings eine Gesandtschaft nach Sarai, um den Khan nicht allzu offen zu brüskieren. Ahmed unternahm zunächst nichts gegen den aus seiner Perspektive unbotmäßigen Großfürsten. Aber er ließ sich nach der Annexion Novgorods durch Ivan III. von Kasimir IV. leicht dafür gewinnen,

im Sommer 1480 erneut gegen Moskau vorzugehen und mit einem Heer an den südlichen Grenzen des Moskauer Großfürstentums zu erscheinen.

Zu einer entscheidenden Schlacht kam es allerdings nicht: Zwar ließ Ivan seine Truppen an der Oka nach Süden vorrücken, erpicht auf einen Kampf war der Großfürst jedoch nicht. Statt auf die Ermahnungen seiner Umgebung und der Bischöfe zu hören, die ihn zur Verteidigung der orthodoxen Christenheit gegen die muslimischen Tataren aufriefen, nahm Ivan III. Verhandlungen mit Ahmed auf. Dieser setzte in der Hoffnung auf die Hilfe seines polnisch-litauischen Verbündeten seinen Feldzug jedoch fort und zog an die Ugra, einen Nebenfluss der Oka. Aber auch dieses Mal wartete er vergeblich und zog es schließlich wie sein Moskauer Gegner vor, seine militärischen Kräfte zu schonen: Als nämlich die Ugra im Spätherbst zugefroren war und die beiden einander seit Wochen am jeweiligen Ufer gegenüberstehenden Heere leicht den Fluss hätten überqueren können, traten sie eiligst den Rückzug an. Auf diese wenig heroische, aber pragmatische Art wurde das so genannte „Stehen an der Ugra“ beendet, mit dem im russischen Geschichtsbewusstsein das Ende der Tatarenherrschaft verbunden ist. Trotzdem blieben die Tataren für die Politik Moskaus weiterhin eine ernstzunehmende politische und militärische Größe.

### *Polen-Litauen hatte im fraglichen Zeitraum unter regelmäßigen Plünderungszügen der Krimtataren zu leiden, die zur Annäherung an die Große Horde führen sollten.*

Gegen Ende des 15. Jahrhunderts rivalisierten Polen-Litauen, Moskau und die von den Osmanen unterstützte Krim nun um das Erbe der zerfallenen Goldenen Horde, das heißt vor allem um die Kontrolle wichtiger Handelswege, die sich von der Ostsee zum Schwarzen und zum Kaspischen Meer sowie nach Zentralasien erstreckten. Das Bündnis zwischen der Krim und Moskau, das lange eine Konstante der Moskauer Außenpolitik gewesen war, löste sich nur wenige Jahre nach der 1502 erfolgten Zerschlagung des gemeinsamen Gegners auf. Nun kam es zu neuen Allianzen, darunter auch die Zusammenarbeit zwischen der Krim und Polen-Litauen gegen Moskau.

#### VI.

Die hier nur kurz skizzierten Entwicklungen hatten die Gewichte im Machtverhältnis zwischen Moskau und Litauen in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts zuungunsten des Letzteren verschoben. Neben außenpolitischen Faktoren spielte hier der konfessionelle Graben eine Rolle, der sich seit der Einführung des Katholizismus zwischen den Litauern und ihren orthodoxen Untertanen aufgetan hatte. Zwar blieb die orthodoxe Kirche, deren Position vorher eine so günstige gewesen war, weiterhin geschützt, doch klar begünstigt wurde nun die Ausbreitung des katholischen Glaubens. Dieser wurde nun Voraussetzung für politischen und sozialen Aufstieg von Adligen, während gleichzeitig der polnische Einfluss zunahm. Dies führte zu Unzufriedenheit, die die ursprünglich positive Haltung der orthodoxen Untertanen Litauens in Frage stellte. Angesichts einer immer aggressiveren Politik Ivans III. und des zunehmenden Übertritts von russischen Fürsten und ihres Anhangs in den

Grenzregionen zum Moskauer Gebiet vermochte es Kasimir nicht, den Status quo zu bewahren. 1492 eskalierten Grenzstreitigkeiten in einen Krieg, der 1494 mit einem Frieden und ein Jahr darauf mit der Heirat Elenas, der Tochter Ivans, und Alexanders, des Nachfolgers Kasimirs, endete.

Die dynastische Verbindung konnte den Frieden jedoch nicht sichern, sie bot im Gegenteil häufig einen Vorwand für Moskauer Einmischung unter konfessionellem Vorzeichen. Litauen war gegenüber Moskau nun in die Defensive geraten, der Moskauer Großfürst und seine Nachfolger forderten von Litauen die ostlavisch besiedelten Gebiete als ihre „votčina“, ihr Vatererbe. Im russisch-litauischen Krieg von 1500-1503 sollte Litauen bereits ein Drittel der umstrittenen Gebiete verlieren.

#### VII.

Hatte sich die auswärtige Politik des Moskauer Staates bis weit in das 15. Jahrhundert hinein im Wesentlichen auf die Beziehungen zu Litauen und den Tataren beschränkt, so begann sich ihr Zuschnitt in der zweiten Jahrhunderthälfte erheblich zu verändern. Die Annexion Novgorods 1478 hatte den Großfürsten zum direkten Nachbarn Schwedens und Livlands gemacht, die sich beide durch die Moskauer Expansion bedroht fühlten. Auf der politischen Tagesordnung standen meist Grenzstreitigkeiten und Fragen rund um den lukrativen Handel, an dem auch die Hanse interessiert war, deren Novgoroder Kontor Ivan III. 1494 schließen ließ. Livland, das unter der Leitung des Ordensmeisters Wolter von Plettenberg 1502 ein Moskauer Aufgebot am Smolina-See vernichtet geschlagen hatte, versuchte durch eine ebenso vorsichtige wie wachsame Politik seine fragile Existenz für einige Jahrzehnte zu sichern. Der Ausbruch des Livländischen Krieges 1558 leitete schließlich das Ende Livlands ein, um dessen Erbmasse in den folgenden Jahrzehnten zwischen Polen-Litauen, Schweden und Moskau erbittert gerungen wurde.

Im ausgehenden 15. und beginnenden 16. Jahrhundert wurden die Beziehungen zu Livland, zur Hanse und zu den skandinavischen Ländern für Ivan III. zu einem Experimentierfeld für einen Titel, den auch Vasilij III. nur gelegentlich gebrauchten und erst Ivan IV. offiziell der Moskauer Titulatur hinzufügen sollte: den Zarentitel. Zwar war der Titel für russische Fürsten schon früher im kirchlichen Bereich verwandt worden und in literarischen Werken aufgetaucht. Doch nun wurde er nach dem Ende der tatarischen Oberherrschaft und vor dem Hintergrund einer allmählichen Ausformung eines neuen Herrschaftsverständnisses, der Moskauer Autokratie, auch in den Beziehungen nach außen genutzt.

Bereits gegen Ende der Regierung Vasilij II. war es unter Vermittlung byzantinischer Emigranten, die auch beim Aufbau des diplomatischen Apparates des Großfürstentums Moskau eine wichtige Rolle spielen sollten, zu Kontakten mit italienischen Handelsstädten gekommen: Der junge Moskauer Staat suchte ausländische Fachleute unter anderem für den repräsentativen Ausbau der Hauptstadt, als Münzmeister oder Geschützgießer. Auf die neue Macht im Osten Europas aufmerksam geworden, hoffte man in den italienischen Republiken und an der Kurie im Moskauer Großfürsten einen möglichen Verbündeten im Kampf gegen das Osmanische Reich zu finden. Diesem Zweck und einer nach wie vor von der Kurie gewünschten Kirchenunion diente auch die Vermittlung der Heirat zwischen dem früh verwitweten Ivan III. und

Zoë, der Nichte des letzten byzantinischen Kaisers, die in Rom katholisch erzogen worden war.

Die prestigeträchtige Ehe mit Zoë, in Moskau Sofija genannt, führte allerdings nicht zu den erhofften Ergebnissen: Sofija passte sich schnell an das Leben im orthodoxen Moskau an, von Kirchenunion war keine Rede und ein Krieg gegen den osmanischen Sultan lag zu dieser Zeit noch nicht im Moskauer Interesse; der erste russisch-türkische Krieg sollte erst 1676 ausbrechen.

Gerüchte um eine etwaige Unionsbereitschaft auf Seiten Ivans III. und seines Sohns und Nachfolgers Vasilij III. kamen allerdings immer wieder auf und sind wohl eher auf eine pragmatische Offenheit zurückzuführen, mit der man am großfürstlichen Hof auf ausländische Fachkräfte und deren Konfession reagierte. Wurde von westlicher Seite gegenüber Ivan III., Vasilij III. oder später Ivan IV. eine Kirchenunion angeregt, so wurde sie stets mit Verweis auf die eigene ungebrochene und rechtgläubige Tradition strikt abgelehnt.

Hatte man in Moskau kein Interesse an der Teilnahme an Kriegen gegen die Osmanen oder an einer Kirchenunion, so sah es mit einer Zusammenarbeit gegen die Jagiellonen völlig anders aus. Auch hier ging die Initiative anfangs von außen aus: 1482 kam es zu ersten Kontakten zwischen Ivan III. und dem ungarischen König Matthias Corvinus, der seine Machtposition in Ostmitteleuropa ausbauen wollte. Ein Bündnis mit Stephan IV. von der Moldau sollte im Süden Polen-Litauens die Allianz gegen die Jagiellonen vervollständigen. Der Hospodar der Moldau hatte sich der polnischen Oberherrschaft gerade erst entledigt und versuchte, indem er zwischen dem Osmanischen Reich und Polen-Litauen lavierte, die Selbstständigkeit seines Fürstentums zu behaupten.

Die gemeinsame Gegnerschaft gegen die Jagiellonen brachte auch die Habsburger 1488 erstmals über den schlesischen Ritter Nikolaus Poppel mit Moskau in Berührung. Offizielle Gesandtschaften und der Abschluss eines Bündnisses im Jahre 1490 folgten, welches aber infolge der räumlichen Distanz, den damit verbundenen Kommunikationsproblemen und nicht zuletzt wegen eines 1491 in Preßburg erzielten Kompromisses zwischen Habsburgern und Jagiellonen in der umstrittenen Frage der Nachfolge in Ungarn nicht wirksam wurde. Während der Regierungszeit Ivans III. wurde dieses Bündnis nicht wiederbelebt. Bemerkenswert sind die frühen Kontakte besonders durch das Schlaglicht, das sie auf das zeitgenössische Moskauer Herrschaftsverständnis werfen: Der habsburgische Gesandte hatte dem Moskauer Großfürsten u. a. die Erhebung zum König durch Kaiser Friedrich III. vorgeschlagen. Dem vermeintlich hochattraktiven Angebot wurde allerdings mit Verweis auf die göttliche Einsetzung der Großfürsten in ihre Herrschaft eine Abfuhr erteilt.

#### VIII.

Nach byzantinischer Zeitrechnung, die auch in der Ruß gebräuchlich war, war für das Jahr 7000 (1492) das jüngste Gericht erwartet worden. Das prognostizierte Ereignis war zwar nicht eingetreten, seine Erwartung hatte aber zu Unruhe in der Gesellschaft, zu gesteigerter Frömmigkeit sowie zur Entstehung der Häresie der sog. Judaisierenden geführt. Diese trat zuerst in Novgorod in Erscheinung und fand auch Anhänger am Moskauer Hof. Ivan III., der sich gegenüber Litauen als strenger Hüter der Orthodoxie inszenierte, sympathisierte dabei zeitweilig mit ihren Anhängern. Seine Neigung mag nicht zuletzt auf die kritische Haltung der

Judaisierenden zum kirchlichen Grundbesitz zurückzuführen sein, um den auch innerhalb der orthodoxen Kirche heftig gestritten wurde: Dort standen Nil Sorskij und seine Schüler, die sich dem mönchischen Ideal eines Lebens in asketischer Armut und Weltabgewandtheit verpflichtet fühlten, den machtkirchlich orientierten Verteidigern kirchlichen Grundbesitzes um Iosif Sanin, Abt von Volokolamsk, gegenüber. Der Großfürst selbst war im Rahmen seines Herrschaftsausbaus an einer Vergrößerung der Landreserven interessiert, aus denen er Dienstgüter an Adlige vergeben konnte.

Es zeigte sich jedoch, dass die machtkirchlich orientierte Richtung um keinen Preis zu Zugeständnissen bereit sein würde. Ivan III. lenkte schließlich ein, so dass sich die Iosifjanen in den Jahren 1503 und 1504 sowohl in der Frage des Kirchenlandes als auch gegenüber den Judaisierenden durchsetzen konnten, letztere wurden verfolgt und als Häretiker ausgelöscht. Ivan III. war der Zugriff auf das Klosterland zwar nun entzogen. Der Großfürst und seine Nachfolger konnten aber fortan auf die volle Unterstützung der machtkirchlichen Richtung zählen, die russische Kirche wirkte an der gedanklichen Ausformung und ideellen Erhöhung der Moskauer Autokratie maßgeblich mit: Als letzter unabhängiger orthodoxer Herrscher hatte der Großfürst die als rechtgläubig erkannten Traditionen unbedingt zu bewahren und damit einen heilsgeschichtlich bedeutsamen Auftrag zu erfüllen.

## IX.

Nach dem Tode Ivans III. im Herbst 1505 bestieg Vasilij III. den Moskauer Thron und führte in vielen Bereichen die Politik seines Vaters fort. So annektierte er Pskov und Rjazan', die formal noch selbstständig gewesen waren, und setzte die Zentralisierungspolitik nach innen fort. In seiner Politik gegenüber den Tataren hatte Vasilij III. jedoch größere Schwierigkeiten als sein Vater: Das Krimkhanat, der einstige Bundesgenosse, hatte sich mit Kazań und Polen-Litauen wiederholt gegen Moskau verbündet und das Großfürstentum mit Raubzügen heimgesucht. 1521 war ein Herr des Krimkhanen bis fast vor Moskau gezogen und trat erst den Rückzug an, als Tributzahlungen versprochen worden waren. Kazań hatte sich fortgesetzter Moskauer Einmischungsversuche in innere Angelegenheiten erwehren können. Vasilij III. begnügte sich schließlich damit, durch den Bau von Festungen die Grenze zum Kazańer Gebiet zu schützen.

Der wichtigste Gegner im Westen blieb Polen-Litauen. In diesem Kontext sollte es erneut zur Kontaktaufnahme mit den Habsburgern kommen: Dabei gelang es 1514 der Moskauer Seite den habsburgischen Gesandten, der ursprünglich nur zur Vorbereitung eines Bündnisses zwischen den Habsburgern, Dänemark und Moskau autorisiert worden war, in Überschreitung seiner Instruktion zum Abschluss einer Allianz zu bewegen und dabei den Kaisertitel für Vasilij III. – und somit die von Moskauer Seite beanspruchte formale Ranggleichheit mit den Habsburgern – einzuführen. Wenn auch das Bündnis von 1514 keine politischen Früchte trug, so wurde gerade dieses Detail des Vertrages wieder relevant, als Peter I. einen Präzedenzfall für den Titel eines Imperators suchte, den er 1721 gegen habsburgischen Protest annahm.

## X.

Als Vasilij III. 1533 starb, war sein Sohn Ivan IV. minderjährig. Die Mit-

glieder der Regentschaft waren untereinander tief zerstritten, wobei es in der ersten Phase der tatkräftigen Mutter des Großfürsten, Elena Glinskaja, gelang, die Moskauer Grenzen zu sichern und eine überfällige Münzreform durchzuführen. Nach ihrem Tod 1538 verstrickten sich die verbliebenen Regentschaftsmitglieder aus einflussreichen Fürstengeschlechtern in Machtkämpfe, in denen keine Seite dauerhaft die Oberhand behielt.

Die Volljährigkeit Ivans IV. und der Beginn seiner selbstständigen Herrschaft im Jahre 1547 sollten einen Neubeginn darstellen, der mit einem neuen imperialen Herrschaftsbewusstsein verbunden wurde. Mit der ersten Krönung eines russischen Herrschers zum Zaren nach byzantinischem Ritus sollte es explizit zum Ausdruck gebracht werden. Anders, als man es bisweilen immer noch in historischen Darstellungen lesen kann, wurde die Legitimität des Vorgangs jedoch keineswegs von der nahen Verwandtschaft mit den Palaiologen abgeleitet, die in historiographischen Werken eher heruntergespielt wurde. Denn es waren aus Moskauer Sicht die Palaiologen gewesen, die durch die Florentiner Union das Ende des Byzantinischen Reiches heraufbeschworen hatten; daher taugten sie schwerlich für eine positive Traditionsbildung. Stattdessen wurden Legenden über Verbindungen zwischen dem Kiever Reich und dem rechtgläubigen Byzanz vor der verabscheuten Union zum Nachweis der Legitimität herangezogen sowie Ansprüche auf Rangerhöhung auf die eigene erfolgreiche Herrschaft zurückgeführt. Daneben wurde sogar eine dynastische Verbindungslinie vom Haus des Augustus zu Rjurik, dem Stammvater der russischen Fürsten, konstruiert, um die Ehrwürdigkeit des Herrscherhauses zu unterstreichen.

Eine Gelegenheit, die religiöse Komponente des neuen imperialen Sendungsbewusstseins in Szene zu setzen, wurde nach der Krönung in den Beziehungen zu Kazań gesehen: Gegenüber Kazań war Moskau bereits im Jahre 1545 wieder in die Offensive gegangen, als dort innere Machtkämpfe ausgebrochen waren. 1546 hatte man mit Sah-Ali einen Khan von Moskaus Gnaden in Kazań installiert, der aber kurz darauf von den Kazañern vertrieben und durch einen Kandidaten von der Krim ersetzt worden war. Erste Feldzüge, die 1549 mit einem ersten Kreuzzugsaufruf des Metropoliten Makarij gegen die „gottlosen Hagarssöhne“ verbunden wurden, mussten wegen ungünstiger Witterungsbedingungen abgebrochen werden. Erst die folgende Kampagne, vorbereitet mit dem Bau einer Festung in Švjažsk, führte schließlich zum Erfolg: Im Herbst 1552 fiel die Stadt, die durch eine anschließende Weihe, den Bau von Kirchen und der Zerstörung von Moscheen symbolisch christianisiert wurde. Es gab ferner einen Befehl zu Zwangstaufen, der erst 1555 wieder zurückgenommen werden sollte. Die letzten Chane von Kazań Utemiš-Girej und Jadygar, mussten sich ebenfalls taufen lassen und am Hof Ivans in Moskau leben, der nun selbst den Titel „Zar von Kazań“ annahm.

In das zeitgenössische russische Geschichtsdnken, in die zeitgenössische Literatur und auch in die Kunst ging die Eroberung Kazañs als Akt der Verteidigung und Ausbreitung des Glaubens ein, vollbracht durch das siegreiche orthodoxe Kaisertum, in das sich der Moskauer Staat aus Sicht seines Herrschers und seiner Kirche mittlerweile verwandelt hatte. □

# Das Ausscheren Schwedens aus der Kalmarer Union und die Entstehung der neuzeitlichen schwedischen Monarchie unter Gustav I. Vasa

Ralph Tuchtenhagen

Am 4. November 1520 herrschte in Stockholm feierliche Stimmung. Christian II., König zu Dänemark und Norwegen, Herzog von Holstein und Schleswig, Herr über Island, die Färöer, Lapp- und (nominell) Grönland, wurde in Stockholm zum König von Schweden gekrönt. Viele Bürger der Stadt, aber auch der schwedische Adel und die schwedische Geistlichkeit waren gekommen, um das Spektakel mitzuerleben. Nach langwierigen und pompösen Krönungszeremonien schloss sich ein dreitägiges Fest an, das den König und seine Untertanen in eine harmonische Atmosphäre tauchen und den Akt der Krönung versüßen sollte.

Kaum allerdings war die Festmusik der vergangenen Tage verklungen, da erschien am 7. November plötzlich der schwedische Erzbischof von Uppsala, Gustav Trolle, und legte eine Anklageschrift vor, in der er die Verurteilung einer Reihe von Vertretern des hohen schwedischen Adels und der hohen Geistlichkeit unter dem Vorwurf der Ketzerei verlangte. Einen Tag später, am 8. November, ließ der Erzbischof ein geistliches Gericht zusammenstellen, das die Hinrichtung der in der Anklageschrift beschuldigten Personen verfügte. Noch am gleichen Tag rollten die ersten Köpfe, nämlich die der schwedischen Bischöfe von Skara und Strängnäs, Vincens Henningsson und Mattias Gregerson (Lillie). In den Tagen darauf folgten rund 80 weitere Hinrichtungen – teils Enthauptungen, teils Verbrennungen auf dem Scheiterhaufen.

## I. Was war geschehen?

Es ist bis heute umstritten, von wem diese Massenhinrichtungen, in der Geschichtsschreibung bekannt geworden als „Stockholmer Blutbad“, tatsächlich angeordnet worden waren. Erwiesen ist, dass sowohl Christian II. als auch Gustav Trolle ein Interesse daran hatten, Teile des schwedischen Adels und der schwedischen Geistlichkeit zu beseitigen. Christian II. lag schon seit seinen Tagen als Kronprinz mit Schweden in Konflikt (Dänisch-Schwedischer Krieg 1501-1512, Dänisch-Lübischer Krieg 1509-1512). Teile der schwedischen politischen Elite hatten Christian II. die Anerkennung als König von Schweden verweigert und stellten die Kalmarer Union, auf die gleich einzugehen sein wird, offen infrage. Insbesondere der schwedische Reichsverweser, das heißt der Repräsentant der Krone im schwedischen Teilreich der Union, Sten Sture der Jüngere, hatte sich durch hartnäckigen Widerstand unbeliebt gemacht und zahlreiche Anhänger um sich geschart, die wie er für einen Austritt Schwedens aus der Union plädierten. Es bedurfte eines jahrzehntelangen militärischen Engagements, bis Christian II. 1520 in der Schlacht bei Bogesund (19. Januar 1520) über die Sture-Partei zu triumphieren schien. Sten Sture wurde in der Schlacht getötet. Er war jedoch nur eines von vielen Häuptern der schwedischen Hydra. Sten Stures Witwe Christina Gyllenstierna konnte die Reste der anti-dänischen Partei sammeln und



Prof. Dr. Ralph Tuchtenhagen, Professor für Skandinavistik/Kulturwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

leistete bis zum Herbst 1520 erbitterten Widerstand. Erst als Christian II. der schwedischen Opposition eine generelle Amnestie versprach und ihr zusicherte, dass Schweden künftig ausschließlich nach schwedischen Traditionsrechten regiert würde, kapitulierte Christina. Damit war der Weg zur Krönung Christians II. frei. Sie bedeutete gleichzeitig den Eintritt in eine Politik der harten Hand. Nicht nur, dass der König den kirchlichen Prozess gegen die Sture-Partei duldete; er führte in Schweden auch die Erbmonarchie ein – und das im Gegensatz zu den Königreichen Dänemark und Norwegen, wo weiterhin das Wahlrecht galt.

Gleichzeitig hatte Erzbischof Gustav Trolle die pro-dänische Partei in Schweden unterstützt, die ihrerseits ebenso zahlreiche Anhänger verzeichnete – auch im hohen schwedischen Adel und in der schwedischen Geistlichkeit. Der schließlich von ihm angestregte Ketzerverfahren im Jahre 1520, der zum Stockholmer Blutbad führen sollte, stützte sich auf ältere Dokumente, vor allem auf jenes Dekret, das zur Absetzung des Erzbischofs im Jahre 1517 – ein Akt der Ketzerei – und in Reaktion darauf zur Invasion königlicher Söldnertruppen in Schweden im Jahre 1519 geführt hatte.

Aus Trolles Perspektive handelte es sich bei den Stockholmer Ereignissen von 1520 also um einen Rechtsakt, der die Privilegien der Kirche wiederherstellen sollte. Dem König wiederum passte dieser Umstand besser als jede andere Begründung zur Bekämpfung der schwedischen Opposition. Da er Amnestie zugesichert hatte, kam ein weltlicher Prozess ja nicht in Frage; gegen einen geistlichen Prozess lag jedoch kein rechtliches Hindernis vor. Damit aber ließ sich gleichzeitig auch die politische Ordnung im Reich wiederherstellen. Aber um welche Art Ordnung handelte es sich eigentlich?

## II. Kalmarer Union (1397-1523)

Damit müssen wir uns kurz der Geschichte der Kalmarer Union zuwenden. 1397 hatte Margareta I., die in den 1380er und 1390er Jahren als selbsternannte Königin die Königreiche Dänemark, Norwegen und Schweden unter eine Krone gebracht hatte, einen ihrer Verwandten, Erich von Pommern, als Unionskönig auf den Thron gehoben. Die damit verbundene „Union zu Kalmar“ konnte damit faktisch gesichert werden, litt jedoch von Anfang an unter einem dänischen Zentralismus und einer dadurch bedingten fiskalischen und militärischen Ausbeutung Norwegens und Schwedens, die vor allem in Schweden, wo es einen starken Adel gab, Oppositionsbewegungen förderte. Der nie ratifizierte Unionsbrief aus dem Jahre 1397 bestimmte, dass jedes Reich seine eigenen Gesetze behalten und nur von solchen „stormän“ (wörtlich „Große Männer“, was die politische Elite meinte) regiert werden sollte, die aus diesem Reich selbst stammten. Vorgesehen war weiter eine gemeinsame Außenpolitik unter einem gemeinsamen Regenten, der zusammen mit beratenden Vertretern aus allen drei Reichen regierte. Das Unionsreich war als Erbreich in männlicher Linie konzipiert. Eine Königswahl war nur vorgesehen, falls eine Dynastie ausstarb – was ständig vorkam.

### *Vorgesehen war weiter eine gemeinsame Außenpolitik unter einem gemeinsamen Regenten, der zusammen mit beratenden Vertretern aus allen drei Reichen regierte.*

Die Funktion der Union war wohl zunächst außenpolitischer Art. Die drei Reiche versuchten, sich gegen den wirtschaftlichen Druck, der von der Hanse ausging, und gegen eine deutsche Expansion im Norden (vor allem in die Territorien des heutigen Schleswig und Holstein) zu behaupten. Die Union wurde dadurch erleichtert, dass in den drei Reichen ähnliche Sprachen gesprochen und die Adelfamilien eng mit einander verschwägert waren beziehungsweise Güter in den jeweils anderen Reichen besaßen. Schon bald zeigte sich jedoch eine Tendenz zur Suprematie der dänischen Krone. Der schwedische Reichsrat wurde entmachtet und eine zentralisierte, von Dänemark dirigierte Verwaltung mit hauptsächlich dänischen und deutschen Vögten aufgebaut. Das Verhältnis zur Hanse verschlechterte sich erheblich, als Erich von Pommern in finanzieller Not 1429 einen den Ostseehandel ausnutzenden „Öresundzoll“ (existierte bis 1857) einführte. Daraufhin verhängte die Hanse eine Handelsblockade gegenüber den Städten der Union. Von dieser Blockade war vor allem der schwedische Bergbau betroffen, dessen Rohstoffe und Produkte nun nicht mehr ins Ausland verkauft werden konnten.

Außerdem trafen im Zusammenhang mit der Kriegsführung eingeführte Steuererhöhungen besonders die schwedischen Bauern. Der Widerstand gegen Erichs Politik wuchs jedoch in allen Teilen der schwedischen Bevölkerung. 1434 rotteten sich die Bergleute in Mittelschweden (Bergslagen) unter dem aus dem niederen Adel stammenden Bergmann Engelbrekt Engelbrektsson zusammen, um gegen die Politik des Königs zu protestieren. Von dort breitete sich der Aufstand schnell aus und wurde

schon bald vom schwedischen Adel unterstützt. Auf einer Reichsversammlung in Arboga im Jahre 1435, der als erster Ständereichstag der Geschichte Schwedens (allerdings ohne den Bauernstand) gilt, versammelten sich die Aufständischen und wählten Engelbrekt zu ihrem militärischen Anführer („rikshövitsman“, wörtlich „Reichshauptmann“). Die Aufständischen gerieten jedoch schon bald in Zwigigkeiten, von denen Erich profitierte. Den ursprünglichen Plan, von Erich ein Dokument zu verlangen, das die Beschränkung seiner monarchischen Macht festschrieb, mussten die Aufständischen schließlich aufgeben. Der Aufstand war damit beendet, die Unzufriedenheit aber blieb.

Auch unter dem neuen Unionskönig, Christopher von Bayern, wehrte sich der schwedische Adel gegen dänische Vormachtansprüche. Streitpunkte waren erneut die rigorose Steuerpolitik, außerdem die Besetzung der schwedischen Güter, der „slottslän“ (Unterhaltsländereien für Burgen) und der Bischofsstühle mit dänischen Adligen. Damit verstieß Christopher gegen eine 1441 dem schwedischen Adel gegebene „königliche Zusicherung“ – was nach seinem Tod zur Wahl eines schwedischen Gegenkönigs, Karl Knutsson, führte, der 1449 sogar König in Norwegen wurde. 1450 beschlossen einige schwedische „stormän“ zwar eine Erneuerung der Union und anerkannten Christian I. als neuen Unionskönig in Dänemark und Norwegen. In Schweden wurde dies wegen einer Spaltung des Adels in Unionsbefürworter und -gegner jedoch zum Anlass für eine militärische Auseinandersetzung, die sich bis 1457 hinzog und erst mit der Niederlage der Unionskritiker dazu führte, dass Christian I. auch in Schweden den Thron bestieg (bis 1463). Die Jahrzehnte nach 1463 erwiesen sich als chaotisch. Die politische Macht in Schweden lag beim Adel, der aber weiter gespalten war. Nur einmal noch, nämlich unter Hans I., gelang die faktische Wiederherstellung der Union von Kalmar. In der übrigen Zeit regierten in Schweden Karl Knutsson als König und verschiedene „Reichsverweser“.

Gleichzeitig machte die wirtschaftliche Bedeutung Schwedens die Wiederherstellung der Union zu einem vorrangigen Ziel der dänischen Außenpolitik. Dänemark erhielt dabei die Unterstützung einer einflussreichen unionsfreundlichen Gruppe im schwedischen Hochadel (unter anderem die Familie Oxenstierna), die vor allem aus wirtschaftlichen Interessen an der Union festhielt. Zahlreiche Adlige besaßen sowohl auf dänischem als auch schwedischem Territorium ausgedehnte Güter. Zudem garantierte das dänische Königtum die finanzielle Unterstützung der Union durch die Hanse. Diese Machtkonstellation konnte die Hanse jedoch auch für eine Verbesserung ihrer eigenen Machtposition oder zur Sicherung ihrer Handelsprivilegien in Dänemark-Norwegen nutzen, indem sie im Konfliktfall mit einer Unterstützung der schwedischen, anti-unionistischen Opposition drohte.

Träger der Selbstständigkeitstendenzen in Schweden waren neben dem Adel – als Opfer der dänischen Steuerpolitik – die Bürgerschaft von Stockholm, die mittelschwedischen Bergleute und Hüttenunternehmer sowie die Bauern von Dalarna. Angeführt vom schwedischen Adel initiierten diese mehrere erfolgreiche Aufstände, die für die Unionskrone mitunter schwerwiegende Folgen hatten – am schlimmsten in der Schlacht am Brunkeberg (10. Januar 1471), als Christian I. gegen Aufständische unter Führung des schwedischen Reichsverwesers Sten Sture d.Ä. eine vernichtende Niederlage hinnehmen musste. Seinen Höhepunkt erreichte

der Konflikt unter dem schwedischen Reichsverweser Sten Sture d.J. mit dem Stockholmer Blutbad.

## III. Die Anfänge der Vasa-Dynastie

Das Stockholmer Blutbad provozierte eine gesamtschwedische Volkserhebung, mit deren Hilfe es der Opposition unter dem neuen Reichsverweser Gustav Eriksson Vasa gelang, die dänische Einmischung in Schweden zu beenden. Mit der Wahl Gustav Erikssons als König Gustav I. Vasa im Jahre 1523 schied Schweden endgültig aus der Kalmarer Union aus. In Nordeuropa entstand ein neues Königreich Schweden, das bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts von der schwedischen Adelsdynastie der Vasa regiert werden sollte.

Das Vasa-Geschlecht ist heute in Deutschland kaum mehr bekannt, weil im Mannesstamm ausgestorben. Ganz im Gegensatz etwa zu den Habsburgern, den Wittelsbachern oder Hohenzollern – alles Namen, deren Träger heute noch gelegentlich in der Öffentlichkeit eine Rolle spielen oder die man zumindest irgendwann einmal im Geschichtsunterricht gehört hat. Assoziationen weckt der Name heute allenfalls beim „Wasa-Knäckebröt“, eventuell hat man von der Stadt Vaasa in Finnland gehört; enthusiastische Wintersportler dürften mit dem „Wasalauft“ im schwedischen Dalarna vertraut sein, und den interessierten Touristen haben Reiseführer vielleicht in das spektakuläre Wasa-Schiffsmuseum in Stockholm gelockt.

All dies hat mit den historischen Vasa zu tun. Wer aber waren sie? Und warum konnten sie sich im frühen 16. Jahrhundert an die Spitze einer antidänischen Aufstandsbewegung setzen? Die Vasa treten ins Licht der Geschichte als schwedisches Adelsgeschlecht, dessen Wurzeln sich mindestens bis in die Mitte des 14. Jahrhunderts zurückverfolgen lassen und das möglicherweise deutschbaltische Wurzeln besaß (Lars-Olof Larsson). Seit dem frühen 16. Jahrhundert stellte es Herrscher der Krone Schwedens und Polen-Litauens, aber auch Vertreter der regierenden Fürstendynastien der Heiligen Römischen Reiches. Die männliche Linie starb Ende des 17. Jahrhunderts aus. Mitglieder der weiblichen Linie leben allerdings bis zum heutigen Tag.

Die Vasa bekleideten seit der Zeit ihrer quellenmäßigen Fassbarkeit durchweg hohe Ämter in der schwedischen Reichsverwaltung und waren bedeutete Grundbesitzer. Entscheidend für unser Thema ist jedoch, dass Gustav Eriksson Vasa, der spätere König von Schweden, 1518 zu einer Gruppe von Geiseln gehörte, die Christian II. sich gegen die Einwilligung, mit der Sture-Partei zu verhandeln, ausbedungen hatte. Ungeachtet seines hochheiligen Versprechens lieferte er die Geiseln aber nach den (ergebnislosen) Verhandlungen nicht an die Sture-Partei aus, sondern verschleppte sie nach Dänemark, wo er versuchte, sie auf die Seite der Unionsregierung zu ziehen. Dies gelang zum Teil; Gustav Eriksson gehörte jedoch zu denjenigen, die sich einer Parteinahme für den König strikt verweigerten. 1519 gelang es ihm, nach Lübeck zu entkommen und nach einem achtmonatigen Aufenthalt in der Hansestadt in seine Heimat zurückzukehren. Was dann bis zum Zeitpunkt des Stockholmer Blutbades geschah, ist aufgrund der schwierigen Quellenlage nicht mehr zu rekonstruieren.

Als er von den Ereignissen in der Hauptstadt erfuhr, hatte er jedenfalls die bittere Wahrheit zu verkraften, dass sowohl Erik Johansson Vasa, Reichsrat unter der Sture-Regierung und Gustav Eriksson Vasas Vater, als auch Joakim Brahe, Gustav Erikssons Schwager und

Anhänger der Sture-Partei, in der Hinrichtungsgorgie des Stockholmer Blutbades getötet worden waren. Außerdem hatte Christian II. mehrere seiner Schwestern und seine Mutter ins Gefängnis werfen lassen. Die Güter der Vasa hatte die Unionskrone samt und sonders einziehen lassen, dänische Häscher suchten Gustav Eriksson im ganzen Land. Der floh nun nach Norden in Richtung Dalarna und norwegische Grenze, wurde dort jedoch von Dal-Bauern eingeholt, ließ sich zum Anführer eines Christian-feindlichen Aufstandes überreden und eroberte im April 1521 die mittelschwedischen Landschaften von den Dänen. Im August desselben Jahres war er Herr über das damalige südliche Schweden (einschließlich Småland). Es sollte jedoch noch zwei weitere Jahre dauern und der Unterstützung der lübischen Flotte bedürfen, bis er auch die von dänischen Truppen besetzten Festungen des Landes in seiner Gewalt hatte. Erst am 6. Juni 1523 – heute schwedischer Nationalfeiertag – wurde er auf dem Reichstag zu Strängnäs von den versammelten Ständen des Reiches zum neuen schwedischen König ausgerufen.

### *Mit der Wahl Gustav Erikssons als König Gustav I. Vasa schied Schweden endgültig aus der Kalmarer Union aus.*

Die schwedische Rebellion gegen den Unionskönig hatte Christian II. in der Zwischenzeit nicht nur den schwedischen Beinamen „tyrann“ eingebracht, sondern in Dänemark und Norwegen zu einer Adelserhebung gegen den König geführt, die ihn 1523 zur Flucht in die Niederlande zwang. Von dort begab er sich nach Wittenberg zu Luther (wohnte dort in Lucas Cranachs Haus und schenkte Luthers Frau, Katharina von Bora, persönlich einen goldenen Ring), konvertierte zum Luthertum und betrieb eine religiös durchtränkte Propaganda gegen seine Feinde im Unionsreich und Schweden. Diese Propaganda, der mit ihr verbundene dänische Revanchismus und die Außenpolitik insgesamt waren die vorrangigen Probleme, die Gustav Vasa als König von Schweden zu lösen hatte. Als kaum weniger problematisch allerdings erwies sich die inner-schwedische Opposition von Kirche, Adel und Bauern. Die wichtigsten Mittel zur Sicherung der neuen Dynastie waren deshalb der Aufbau eines starken Staates mit Hilfe der Reformation, die Schaffung eines loyalen Adels, innenpolitische Reformen und eine um- und vorsichtige Außenpolitik. Innere und äußere Probleme blieben dabei eng verzahnt.

## IV. Reformation und Kirchenpolitik

Zunächst beherrschte die Außenpolitik alle politischen Maßnahmen des schwedischen Königs. Sie war zugleich eng mit der Reformation und der Kirchenpolitik verbunden. Die Außenpolitik bestimmten in den ersten Regierungsjahren wechselnde Allianzen im Mächtedreieck von Schweden, Dänemark und Hanse – eine Konstellation, wie sie die schwedische Rebellion und der sich anschließende Befreiungskrieg vorgegeben hatten. Gustav Vasa hatte zwar in hansischen Kaufleuten in Lübeck, die ihn mit einer Kriegsflotte und einer beträchtlichen Geldsumme versorgt hatten, Allianzpartner gefunden, aber dieses Bündnis war nur aus schwedischer Sicht rein politischer Natur gewesen. Die Lübecker hatten nämlich





Berlin, Deutsches Historisches Museum  
*Das letzte Viertel des Jahres, die Monate Oktober bis Dezember, stellt sich Jörg Breu idealerweise so vor – wie hier auf dem Augsburger Rathausplatz.*

neben antidänischen auch schnöde finanzielle Interessen im Sinn gehabt. Gustav Vasas Befreiungskrieg gegen Dänemark hinterließ dem jungen Reich einen gewaltigen Schuldenberg, der nicht einfach mit den Erträgen aus der Wirtschaftskraft des Landes getilgt werden konnte. Und die Tatsache, dass Gustav Vasa Dänemark 1524 nach hansischer Vermittlung die während der Unionszeit den schwedischen Reichsverwesern unterstellten Landschaften Blekinge und Gotland an Dänemark abtreten musste, machte die Situation kaum erträglicher.

Die einzige Institution in Schweden, die zu dieser Zeit über ein ansehnliches Vermögen an Land und Wertgegenständen verfügte, war die Kirche. Diese ergiebige Quelle gedachte Gustav Vasa anzuzapfen. Mit dem „Reformationsreichstag“ von Västerås 1527 koppelte Gustav I. die Kirche von Rom ab und unterwarf sie in Teilen dem Staat. Damit erhielten schwedische lutherisch gesinnte Geistliche wie Laurentius Andreae und Olaus Petri einen Freibrief, ihre theologischen Überzeugungen ohne Gefahr der Verketzerung offen von der Kanzel herab zu predigen. Doch sah der König den Reformationsreichstag im Kern weniger als theologischen denn als administrativen Akt. Für die Krone entscheidend war, dass sie mit Hilfe einer allgemeinen Säkularisation der Kirchengüter die Verfügungsgewalt über rund zwei Drittel des schwedischen Gutsbesitzes erlangte und damit in einen deutlichen Vorteil gegen-

über dem Adel geriet, der zu dieser Zeit über rund ein Drittel des schwedischen Grundbesitzes gebot. Dieses Vorgehen führte erwartungsgemäß zu massiven Widerständen im Adel, ja zu Volksaufständen in den Landschaften Dalarna (1524-1533) und Småland (1529), und später zum Dacke-Aufstand (1542-1543), die der König jedoch erfolgreich niederschlagen konnte. Mit dem Vermögen und den Einkünften aus seinen neuen königlichen Ländereien war Gustav I. nun in der Lage, seine Schulden zu begleichen. So ließ er beispielsweise 1530 die jeweils größte Glocke in jedem Kirchspiel beschlagnahmen, um seine Verbindlichkeiten gegenüber Lübeck zu tilgen. Diese Maßnahme führte ein Jahr später zum „Glockenaufstand“ in Dalarna.

Im Gegensatz zum materiellen Besitz der Kirche standen Recht und Theologie weniger im Zentrum des königlichen Interesses. Den Privilegienbrief König Sverkers I. über das Kirchenrecht, die Eigengerichtbarkeit und die Steuerfreiheit der Geistlichkeit tastete Gustav I. formal nicht an. Dennoch veränderte die Reformation das Verhältnis zwischen König und Geistlichkeit. Sie verwandelte die Geistlichen in staatliche Funktionsträger, die die Krone zog den Kirchenzehnten ein, reduzierte die Zahl der Geistlichen und vermehrte diejenige der ehemaligen Bischöfe, um zu verdeutlichen, dass diese ihre persönliche Macht und autonome Stellung verloren und sie stattdessen der Gunst des Königs zu

verdanken hatten. Es war der König, der seit dem Reformationsreichstag – außer dem Erzbischof, der die apostolische Sukzession fortführen sollte – die hohen Würdenträger der Kirche ernannte: die Bischöfe, Prälaten, Kanoniker, Präbendäre, seit 1561 auch die Pastoren. Die übrige kirchliche Organisation tastete Gustav I. jedoch nicht an. Die mittelalterliche Stiftsorganisation blieb erhalten und damit eine quasi-föderale Struktur der innerkirchlichen Entscheidungsfindung. Versuche, eine kirchliche Zentralinstitution unter staatlicher Aufsicht, das „Consistorium Generale“, zu schaffen, sollte die Krone erst seit den 1620er Jahren unternehmen. Andererseits ging die kirchliche Gerichtsbarkeit in einem längeren Prozess fast vollständig in der staatlichen Justiz auf, auch wenn dies den geistlichen Privilegien von 1200 widersprach.

Theologisch setzte der König die Reformation über die Besetzung der Bischofsämter mit reformationsfreundlichen Bischöfen durch. 1531 ernannte er Laurentius Petri zum Erzbischof von Uppsala. Dieser übersetzte unter anderem Luthers Katechismen ins Schwedische, gab das erste schwedisch-reformierte Kirchengesangbuch heraus und leitete die Arbeiten an der schwedischen Bibelübersetzung, die 1541 erstmals vollständig im Druck erschien. Sein für die Definition des Verhältnisses von Kirche und Staat zentrales Werk jedoch war die Kirchenordnung von 1571 (gedruckt als „Nova Ordinantia“, 1575),

die eine gemäßigte Reformation propagierte und das kirchliche Leben in Schweden für mehr als hundert Jahre prägen sollte. Sie stand allerdings am Beginn einer neuen, in Teilen gegenreformatorischen Phase der schwedischen Kirchenpolitik, die vom Kirchenprogramm Johans III., dem zweiten Sohn Gustav Vasas, geprägt war. Dieser trat für den kirchlichen Universalismus und eine glanzvolle Liturgie katholischer Prägung ein, bemühte sich um ein gutes Verhältnis zu Rom und arbeitete daran, ein höheres kirchliches Bildungswesen zu etablieren. Er stieß dabei jedoch auf den Widerstand seines jüngeren Bruders Karl. Als Johan III. eine neue Liturgie („Liturgia Suecanae Ecclesiae“ oder „Rotes Buch“, 1576) einführen ließ, entbrannte der Liturgiestreit, den Karl auf einer Kirchensynode zu Uppsala 1593 für sich entscheiden konnte, indem Laurentius Petris Kirchenordnung von 1571 durch die Bischöfe bestätigt wurde. Gleichzeitig bestimmte die Synode nun das Augsburger Bekenntnis von 1530 zur verbindlichen theologischen Grundlage für die schwedisch-lutherische Kirche.

Damit war die Reformation in Schweden im Jahre 1593 endgültig durchgesetzt. In der Regierungsform von 1634, der ersten formellen Verfassung in der Geschichte Schwedens, erschien die Lutherische Kirche nach dem Augsburger Bekenntnis denn auch als schwedische Staatskirche und als definitiver Rahmen dafür, wer nach dem

Grundsatz „cuius regio, eius religio“ als „Schwede“ im Sinne eines Untertanen der schwedischen Krone (also etwa auch Finnen) anzusehen war.

## V. Adelspolitik

Die Loyalität des schwedischen Adels erkaufte sich Gustav Vasa auf dem Reformationsreichstag von 1527, indem er einen Teil des säkularisierten Kirchenlandes an Adelsfamilien vergab. Dadurch gewann er den größeren Teil des schwedischen Adels, aber nicht alle Adligen waren mit einem unabhängigen Schweden unter der Herrschaft der Vasa und einer dänenfeindlichen Außenpolitik einverstanden. Die Opposition sammelte sich während der Herrschaftszeit Gustavs I. immer wieder zu Verschwörungen und Aufständen, von denen der „Aufstand der Västgöther“ von 1529, der von Anhängern des Königs blutig niedergeschlagen wurde, der bekannteste ist. Erst weitere Geschenke Gustavs I. und der wirtschaftliche, rechts-, sozial- und außenpolitische Nachweis, dass ein souveränes Schweden deutliche Vorteile mit sich brachte, bewog auch den oppositionellen Teil des schwedischen Adels dazu, sich hinter die Politik der Vasas und ihren Herrschaftsanspruch zu stellen.

## VI. Außenpolitik

Die schwedische Außenpolitik verhartete während der Regierungszeit Gustav Vasas in dem vom Befreiungskrieg gesteckten Rahmen zwischen Dänemark und der Hanse. Nach dem Tod des dänischen Königs Fredrik I. 1533 wurde Schweden in den dänischen

*Ein Bestandteil der schwedischen Zivilreligion allerdings wurde die Geschichte der frühneuzeitlichen Monarchie, insbesondere die Erzählungen und Anekdoten des schwedischen Aufstandes und des Befreiungskrieges.*

Thronfolgekrieg hineingezogen. Dabei standen sich ein Lübecker (hansisches) Aufgebot unter Graf Christoffer von Oldenburg, einem Enkel des letzten Kalmarer Unionskönigs Christians II., und Truppen Fredriks I. und Gustavs I. gegenüber. Diese in der Geschichtsschreibung als „Grafenfehde“ (1532-1534) bekannt gewordene Auseinandersetzung endete mit einem Sieg der schwedisch-dänischen Allianz und der Einsetzung des antihansisch eingestellten Christian III. zum König von Dänemark. Das für Schweden entscheidende Ergebnis war dabei, dass die schwedischen Ostseehäfen nun von der Hanse unabhängig wurden und die schwedische Feindschaft gegenüber Dänemark einstweilen beendet werden konnte. 1541 schrieb der Vertrag von Brömsebro (1541) sogar eine schwedisch-dänische Allianz fest, die einen 50 Jahre dauernden Frieden brachte. Nach dem Ende des Dacke-Aufstands (1543) herrschte somit in den 1540er und 1550er Jahren weitgehende Ruhe sowohl an der außen- wie innenpolitischen Front. Sie wurde nur 1555-1557 durch einen kleineren und ergebnislosen Konflikt mit Moskau um die Grenzen in Karelien unterbrochen.

## VII. Innere Reformen

Das säkularisierte Vermögen und die Ländereien der Kirche fungierten nicht nur als Entschuldungsmasse und dienten

als Faustpfand für die Adels- und Außenpolitik, sondern ermöglichten auf lange Sicht auch den Aufbau einer königlichen Verwaltung, die Errichtung eines stehenden Heeres und einer Kriegsflotte. In der zweiten Hälfte der Regierungszeit Gustavs I. Vasa schuf die innere und äußere Befriedung Schwedens den Rahmen für eine Reihe rechtlicher und administrativer Reformen, die für die Zukunft des Staates weitreichende Folgen hatte. Mit der Einführung von Grundbüchern, der Einrichtung einer königlichen Kammer, Kanzlei und eines stehenden Heeres sowie dem Auf- und Ausbau der königlichen Burgen unternahm der König erste Schritte zur effektiveren Kontrolle der staatlichen Ressourcen und der inneren und äußeren Sicherheit des Landes.

Die Reichsintegration suchte Gustav Vasa weiter durch die „Erbeinigung von Västerås“ (1544) zu sichern, die festlegte, dass der König und seine Nachkommen als „Erbherren“ von Schweden anzusehen seien. In seinem Testament, der so genannten „Letzten Rede“ von 1560, bestimmte Gustav I. seinen ältesten Sohn Erik (XIV.) zum König. Gleichzeitig ernannte er seine anderen Söhne zu Herzögen mit je eigenen Herrschaftsgebieten („Herzogtümern“) unter Eriks Oberherrschaft: Erik selbst erhielt das Herzogtum Kalmar und Kronobergs län (im Wesentlichen das heutige Småland) mit der Residenz Kalmar; sein jüngerer Bruder Johan wurde Herzog von Finnland mit der Residenz Åbo (Turku); der drittälteste Bruder Karl erhielt das Herzogtum Södermanland mit der Residenz Örebro in Mittelschweden; der jüngste Bruder, Magnus, Östergötland mit der Residenz Vadstena und einige kleinere Territorien. Allerdings zeigten sich bei Magnus schon bald Symptome einer Geisteskrankheit, sodass seine Ländereien vom jeweilig regierenden König mitverwaltet werden mussten.

Erik als Nachfolger Gustavs I. hatte dafür zu sorgen, dass die Brüder sich nicht zerstritten und die Einheit des Reiches nicht durch Zwietracht gefährdet würde. Genau dies geschah aber in den Jahrzehnten nach 1560, befeuert vom katholischen Zweig des Hauses Vasa in Polen-Litauen, das sich Hoffnungen auf ein katholisches schwedisch-polnisch-litauisches Großreich machte. Dass es dazu nicht kam, war ebenso dem Bruderzwist zu verdanken wie schwedischen Gegenprojekten eines schwedisch-russischen Großreiches und dem faktischen Aufstieg Schwedens zu einer nordeuropäischen Großmacht nach 1560, besonders aber in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges.

## VIII. Erinnerungskultur

Welche Bedeutung hat die Periode Gustav Vasas im Gesamtzusammenhang der Reformationszeit und der schwedischen Nationalgeschichte? Es sollte an dieser Stelle noch einmal betont werden, dass es beim Übergang Schwedens zum Luthertum nicht vorrangig um theologische Überlegungen, sondern um Machtpolitik und die mit ihr eng verbundene Finanzpolitik des jungen schwedischen Königreiches ging. In dieser Hinsicht glich die schwedische Reformation mehr dem englischen Übergang zum Anglikanismus als den Reformationen im Heiligen Römischen Reich, ja sogar als der Reformation im Dänischen Unionsreich, das stärker von der Wittenbergischen Theologie und lutherischen Vorstellungen der Kirchenordnung geprägt war. Diese in gewisser Weise halbherzige Einführung der Reformation in Schweden macht sich bis heute einerseits in zahlreichen liturgischen Elementen bemerkbar, die eher dem katholischen als dem reformatorischen Ritus folgen, andererseits aber

auch in der starken Säkularisierung der schwedischen Gesellschaft, in der heftige theologische Auseinandersetzungen und erbitterte Glaubenskämpfe nie eine besondere Rolle gespielt haben, vielleicht auch als eher artifiziell angesehen wurden.

Ein Bestandteil der schwedischen Zivilreligion allerdings wurde die Geschichte der Entstehung der frühzeitlichen Monarchie, insbesondere die Erzählungen und Anekdoten des schwedischen Aufstandes und des Befreiungskrieges. Die schwedische Geschichtskultur fand schon im 16. Jahrhundert ihren Ausdruck im Götizismus, der Vorstellung, dass die neuzeitlichen schwedischen Könige Nachkommen der mythischen Goten seien, die nicht nur zu den ältesten Völkern der Erde gehörten,

*Diese nationale Richtung wurde erst vom sozialen Evangelium des schwedischen Wohlfahrtsstaates seit den 1950er Jahren abgelöst.*

sondern auch den Untergang des Römischen Reiches herbeigeführt und eine alles überragende Kultur entwickelt hätten. Deshalb trug etwa Erik, Gustav Vasas Sohn, die Ordnungszahl XIV. im Titel, deshalb hießen Johan der III. und Karl IX. – sie alle stammten ja angeblich von jenen Eriks, Johans und Karls ab, die als gotische Könige den Norden beherrscht hatten.

Diese götizistische Richtung hatte bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts eine erhebliche Zugkraft, als sie nach und nach von einer nationalstaatlichen Geschichtsschreibung abgelöst wurde, die die Vasa-Zeit als eigentliche Gründungszeit des modernen Schweden betrachtete und die eine vielgestaltige nationale Kultur in der Kunst, Literatur, Folklore, Musik und Sprachwissenschaft hervorbrachte. Die Figur Gustav Vasas als Nationalheld stand in all diesen kulturellen Richtungen thematisch im Zentrum. Genannt seien hier nur das Mitte des 18. Jahrhunderts eröffnete Vasamuseum „Örnesstuga“ in Örnes/Dalarna – das erste öffentliche Museum Schwedens überhaupt –, die von Johann Gustav Naumann für König Gustav III. geschriebene Oper „Gustav Vasa“ (1786), die jahrzehntelang als schwedische Nationaloper galt, die Vasa-Gemälde Carl Larssons im Stockholmer Nationalmuseum (1894), August Strindbergs Drama „Gustav Vasa“ (1899) und nicht zuletzt die 1914 unter dem Titel „Gustav Vasas äventyr i Dalarna“ („Gustav Vasas Erlebnisse/Abenteurer in Dalarna“) von Anna Maria Roos herausgegebene Sammlung von Geschichten und Anekdoten um Gustav Vasa in den Jahren 1520 und 1521, die jahrzehntelang Teil des Unterrichts an schwedischen Volksschulen war.

Diese nationale Richtung wurde erst vom sozialen Evangelium des schwedischen Wohlfahrtsstaates seit den 1950er Jahren abgelöst. Moderne Manifestationen des Vasa-Mythos waren die Gründung von Carl Edvard Lundströms „Wasa“-Knäcke-Bäckerei in Filipstad 1919 und der Vasa-Skilanglauf (seit 1922), eine Art Erinnerungslauf, der die Strecke, die Dalbauern 1521 auf Skiern gefahren, um Gustav Vasa zurückzurufen und ihn zum Anführer des zunächst von den Dalbauern getragenen Aufstands gegen Dänemark zu machen. Auch die ältere Geschichtsschreibung selbst, die weitgehend der politischen Propaganda des Königs folgte und ihn gerne als „Landesvater“ und „Staatengründer“ gesehen hat, gehört inzwi-

schen zur Erinnerungskultur des 19. und frühen 20. Jahrhunderts.

Heute ist es um den Begründer des neuzeitlichen schwedischen Staates ruhig geworden. Der seit 1982 stattfindende Celler „Wasa-Lauf“ (Knäcke) dürfte zumindest deutschen Joggern bekannter sein als sein Namensgeber. Zurecht stellte der schwedische Historiker Olle Larsson 2008 in einem Artikel der schwedischen historischen Zeitschrift „Populär Historia“ (Heft 2008/8) die ernst gemeinte Frage, ob Gustav Vasa immer noch „der wichtigste Schwede der Geschichte“ sei. Das Avancement Gustav Vasas zum Popstar im Rahmen eines schwedischen Animationsfilms von 2014 jedenfalls legt eine einigermaßen ambivalente Beantwortung der Frage nahe. □

*Weiterführende Literatur in deutscher und englischer Sprache: Die folgenden, thematisch recht heterogenen und unter dem Gesichtspunkt wissenschaftlicher Qualität sehr unterschiedlichen Monographien, Aufsätze und Lexikonartikel vermitteln einen kleinen Einblick in die dargestellte Periode der Geschichte Schwedens.*

Alf Åberg: *Gustav Vasa: 500 år 1496-1996. Stora jubileumsboken = The official anniversary book of the great Swedish king Gustav Vasa 500 years 1496-1996, Stockholm 1996.*

Jörg-Peter Findeisen: *Die schwedische Monarchie. Von den Vikerherren zu den modernen Monarchen, Band 1: 950-1611, Kiel 2010.*

Jan Glete: *War and the state in early modern Europe: Spain, the Dutch Republic and Sweden as fiscal-military states, 1500-1600, London 2002.*

Gustav I. Vasa, king of Sweden (1998), in: *Encyclopedia Britannica*. <https://www.britannica.com/biography/Gustav-I-Vasa> (zuletzt abgerufen: 24.4.2017).

Sven Lundkvist: *The European powers and Sweden in the reign of Gustav Vasa, in: Politics and society in Reformation Europe. Essays for Sir Geoffrey Elton on his sixty-fifth birthday* (hg.v. E.I. Kouri, Tom Scott), London 1987, S.502-515.

Markus Nyman: *Geschichte der Verlierer: Katholisches Leben in Schweden und Finnland von König Gustav Vasa bis Königin Christina, St. Ottilien 2016.*

Gary Dean Peterson: *Warrior kings of Sweden: the rise of an empire in the sixteenth and seventeenth centuries*, Jefferson, N.C., 2007.

Sven Christian Puissant: *Gustav I., in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon (BBKL), Bd.17, Herzberg 2000, Sp.547-550.*

Michael Roberts: *The early Vasas. A history of Sweden, 1523-1611, Cambridge 1968.*

August Strindberg: *Gustav Vasa, Erik XIV., in: Ders.: Dramen in drei Bänden. Bd 2: Nach Damaskus und drei andere Dramen, Zürich 1989.*

Ralph Tuchtenhagen: *Kleine Geschichte Schwedens, München 2008.*

Susan Richter: *Gustav I. Vasa von Schweden, in: Herrschaft und Glaubenswechsel. Die Fürstenreformation im Reich und in Europa in 28 Biographien* (hg.v. Susan Richter, Armin Kohnle), Heidelberg 2016, S.391-402.

# Die Entstehung des spanischen Imperiums in der Neuen Welt unter Kaiser Karl V.

Friedrich Edelmayer

## I. Vorbemerkungen

Um das spanische Imperium in den Americas unter Karl I./V. verstehen zu können, muss auf Christoph Kolumbus zurückgegriffen werden, der die Inselwelt zwischen Nord- und Südamerika als erster bekannter Europäer befuhr. Dieser entdeckte im Oktober 1492 die Insel Guanahani im Archipel der Bahamas und erkundete auf dieser und drei weiteren Reisen den gesamten karibischen Raum. Er war bis zu seinem Tod überzeugt, Inseln in Indien erforscht zu haben – noch heute tragen die Eilande den Namen „Westindische Inseln“.

Kolumbus erreichte am 4. März 1493 wieder Europa, konferierte in Lissabon mit dem portugiesischen König, kam am 15. März 1493 zu seinem Ausgangshafen Palos in Andalusien und traf im April 1493 Ferdinand II. von Aragón und dessen Ehefrau Isabella I. von Kastilien in Barcelona. Die Daten sind wichtig, weil sie zeigen, wie rasch die beiden Monarchen auf die Neuigkeiten aus „Indien“ reagierten. Denn um die in ihrem Namen gemachten Entdeckungen vor allem vor den Portugiesen, aber auch vor eventuellen anderen europäischen Konkurrenten abzusichern, veranlassten Ferdinand II. und Isabella I. den erst 1492 zum Papst gewählten Alexander VI. bereits am 3. und 4. Mai 1493 zwei Bullen, beide bekannt unter dem Namen „Inter Caetera“, zu publizieren. Mit diesen wurden all jene Länder an Kastilien übertragen, die zu Weihnachten 1492 nicht unter der Herrschaft eines christlichen Fürsten gestanden hatten und die westlich einer Nord-Süd-Linie lagen, die rund 480 Kilometer westlich der Azoren und der Kapverdischen Inseln gezogen werden sollte.

König João II. von Portugal protestierte sofort und erreichte Verhandlungen mit den Kastiliern im Frühling 1494 in Tordesillas in der Nähe von Valladolid. Am 7. Juni wurde dort der gleichnamige Vertrag unterzeichnet, der die Nord-Süd-Trennungslinie weiter nach Westen verschob, nämlich auf rund 1770 Kilometer westlich der Kapverdischen Inseln. Papst Julius II. bestätigte den Vertrag 1506. Portugal und Kastilien hatten sich damit den atlantischen Raum aufgeteilt, ohne auf eventuelle Ansprüche anderer see-fahrender Mächte Rücksicht zu nehmen.

## II. Die Begegnung mit dem Fremden

Die Begründung der amerikanischen Reiche setzte zuerst einmal die genaue Kenntnis der geographischen Gegebenheiten voraus. Diese stellten im neuentdeckten Kontinent eine immerwährende Quelle der Überraschungen dar. Folgt man dem Bordbuch der ersten Reise des Kolumbus, mussten seine königlichen Auftraggeber denken, dass sich in der Neuen Welt das irdische Paradies befände. Denn das geographische Verständnis des Kolumbus war nicht nur durch Phantastereien verfremdet, sondern vor allem geprägt von seiner Lektüre.

Dazu ein Beispiel: Im Werk *Imago Mundi* des Pierre d'Ailly hatte er gelesen, dass sich das irdische Paradies in einer Zone milden Klimas in Äquatornähe befände. Weil er nicht endgültig sicher war, nun das Paradies wirklich entdeckt zu haben, stellte er ganz einfach fest, dass, da die antiken und mittelalterlichen



Prof. Dr. Friedrich Edelmayer, Professor für neuere Geschichte, Wien

Theologen und Philosophen das irdische Paradies im Fernen Osten lokalisiert hätten und das Klima der neuentdeckten Länder sehr mild sei, er sich nun im Fernen Osten befände. Während seiner dritten Reise gewann Kolumbus noch größere Gewissheit, das irdische Paradies gefunden zu haben, musste dafür allerdings die Erkenntnisse, die er sich aufgrund seiner Lektüre angeeignet hatte, modifizieren, damit die Angaben der alten Autoren mit seinen eigenen Beobachtungen synchronisiert werden konnten. Das klingt dann so: „die Erde ist nicht rund in der Form, wie es beschrieben wird. Vielmehr hat sie die Form einer sehr runden Birne mit Ausnahme der Stelle, wo die Birne ihren Stiel hat. Denn dort ist sie viel höher. Man könnte auch sagen, die Erde ist wie ein sehr runder Ball, und an einer Stelle sieht sie aus wie die Brust einer Frau, und der Teil der Brustwarze ist der höchste Teil, der dem Himmel am nächsten ist, und dieser Teil wäre demnach unterhalb der Äquinoktiallinie und in diesem Meer am Ende des Orients.“

Kolumbus mag mit diesem Glauben gestorben sein, doch spätestens jenen Spaniern, die nach ihm in die Neue Welt kamen, wurde bald klar, dass dem nicht so war. Viel länger umstritten blieb ein anderes Problem, nämlich die Frage, ob die Einwohner der Neuen Welt überhaupt Menschen seien. Dieses Problem begegnet uns zumindest während des gesamten 16. Jahrhunderts, obwohl Papst Paul III. 1537 mit seiner Bulle „*Sublimis Deus*“ die Menschlichkeit der Indios zweifelsfrei bestätigt hatte.

Die Unfähigkeit oder der Unwillen der Europäer, fremde Kulturen zu begreifen, führte nicht nur häufig zu deren mehr oder minder gewaltsamen Ausrottung oder zumindest Unterdrückung, sondern trieb zuweilen auch kuriose Blüten. So berichtete Hernán Cortés, der Eroberer Mexikos, mit besonderer Abscheu von den Menschenopfern, die er bei den Azteken beobachtet hatte, und davon, dass bei den religiösen Zeremonien das Fleisch der Opfer gegessen werde.

Karl V. und seine Räte führten dies nicht auf religiöse Notwendigkeiten im Rahmen des aztekischen Glaubensgebäudes zurück, sondern auf den Mangel an für Menschen essbarem Fleisch. 1523 ordnete der König daher an, dass ausreichende Mengen an Vieh nach Mexiko gebracht werden sollten, damit die Bewohner genug Fleisch zu essen hätten und umso schneller mit der Menschenfresserei aufhörten.

Begegnet uns hier das pure Unverständnis gegenüber anderen Kulturen, muss auf der anderen Seite festgehalten werden, dass die Krone nach jeder Eroberung danach trachtete, möglichst genaue geographische Informationen über die neuen Territorien zu erhalten. Zu inkludieren waren im Rahmen dieser Informationen auch exakte Angaben über die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der autochthonen Ethnien, über ihre Religionen und Gebräuche, über ihre Steuerformen, ihre Gesetze und auch die Erbrechte des einheimischen Adels. Die Triebfeder für dieses detaillierte Interesse ist in der Notwendigkeit zu suchen, amerikanische Strukturen auf ihre Verwendbarkeit im Rahmen der neu aufzubauenden kastilischen Verwaltung zu überprüfen. Eine Neubegründung eines überseeischen Verwaltungsgebietes nach kastilischem Recht und kastilischen Gesetzen war nur dann mit einem vernünftig kalkulierbaren Aufwand realisierbar, wenn die einheimische, amerikanische Bevölkerung, und hier besonders die einheimischen Führungsschichten, zu einer wie immer gearteten Kooperation mit den Spaniern gewonnen werden konnten. Neubegründung heißt in diesem Zusammenhang, dass zumindest Teile der Rechtssysteme der Indios in das Gebäude der kastilischen Gesetze übernommen und dass auch die von den Europäern vorgefundenen politischen Konstellationen nicht völlig verändert wurden. Denn die europäische Bevölkerung in der Neuen Welt war viel zu gering an Zahl, als dass man auf die Kooperation des einheimischen Adels hätte verzichten können.

Die kastilische Krone war also daran interessiert, das rechtliche Herkommen und auch die Gebräuche der indigenen Bevölkerung zu schützen und zumindest Teile ihrer Strukturen zu erhalten, solange nicht dadurch die Christianisierung oder die Ausbeutung der Ressourcen behindert wurde.

Weiter machte sich die Krone auch den prähispanischen Verwaltungsapparat zunutze. Beispielsweise wurde 1530 von Karl V. verlangt, sämtliche „Male-reien der Tribute“, also die mexikanischen Codices samt ihren Kommentaren über die Tribute in Náhuatl, zu sammeln, um aufbauend auf dem alten Abgabensystem nun die neuen, kastilischen Abgaben festzuschreiben. Auf diese Art und Weise wurden auch die Strukturen der einheimischen Gesellschaften im System der Kolonialverwaltung integriert. Sichtbar sind so bis heute diverse prähispanische Grenzen in Hispanoamerika, die eben zu Grenzen zwischen einzelnen Provinzen verschiedener Staaten oder auch zu Staatsgrenzen wurden. Sichtbar ist die Fortführung präspanischer Traditionen auch im religiösen Bereich. So manches katholische Gotteshaus findet sich an der Stelle eines indianischen Tempels.

## III. Die Conquistadoren

Die Hispanisierung großer Teile der Neuen Welt wäre wohl nie in dieser raschen Art und Weise abgelaufen, wäre sie nicht in den ersten hundert Jahren von einer Gruppe von Menschen getragen worden, die als so genuin kastilisch-spanisch betrachtet, dass sie auch außerhalb des spanischen Sprachbereichs mit einem kastilisch-spanischen Wort

bezeichnet wird. Gemeint sind die Conquistadores, die innerhalb kürzester Zeit durch die Conquista weite Teile der Neuen Welt der kastilischen Krone unterwarfen. Die Conquistadoren wurden bei ihren Unternehmungen insofern durch die Krone unterstützt, als diese deren Funktionen im Rahmen der Expeditionen festlegte und auch den geographischen Raum umschrieb, innerhalb dessen die Aktionen stattfinden hatten. Die geringe oder nicht vorhandene Kenntnis der geographischen Gegebenheiten provozierte allerdings zahlreiche Konflikte zwischen den Conquistadoren, die vor Ort feststellen mussten, dass sich das ihnen zugestandene Gebiet mit jenem eines Konkurrenten überschneidet.

Je nach dem Zeitabschnitt, den wir betrachten, stammte ein Drittel bis 40 Prozent der Conquistadoren aus Andalusien, 18 Prozent waren aus Altkastilien, 14 bis 16 Prozent aus der Extremadura. Dieses Moment der Dominanz des iberischen Südens wirkte sich auf den speziellen Geist der Conquista aus. In Andalusien, im dauernden Kleinkrieg gegen die Mauren, war der Kreuzzuggedanke besonders stark, nicht zuletzt in den weiten Domänen der Militärorden. Schon vor dem militärischen Sieg über das letzte maurische Königreich in Granada 1492 war dieser Kreuzzuggedanke über das Meer auf die Kanarischen Inseln übertragen worden, die von der kastilischen Krone ab dem 14. Jahrhundert erobert worden waren. Hier traf man erstmalig auf eine heidnische Bevölkerung, was dazu führte, dass der Kreuzzuggedanke langsam durch den Missionsgedanken ersetzt wurde. Und diese Idee diente neben der Gier nach Reichtum als Motor und als Entschuldigung im Rahmen aller Unternehmungen der Conquista.

## IV. Das Drama der Bevölkerungsveränderungen

Die Ankunft der Europäer bedeutete für die amerikanischen Gesellschaften in jedem Fall gravierende Veränderungen. Es waren nicht so sehr die kriegerischen Auseinandersetzungen, die die indigene Bevölkerung massiv reduzierten, sondern vor allem Krankheiten aus der Alten Welt, also Eurasien und Afrika, die die Amerikaner massenhaft töteten. Während die Menschen der Alten Welt seit Jahrtausenden miteinander in Kontakt standen und somit einen Pool an Antikörpern entwickeln konnten, lebten die Amerikaner so isoliert, dass sie keine Immunität gegen die neuen Krankheiten hatten. So kam es zu Prozessen, die sich Ende des 18. Jahrhunderts im ebenfalls isolierten Australien wiederholen sollten. Virale Krankheiten wie Pocken, Masern, Mumps, Grippe und Gelbfieber rafften in manchen Regionen Amerikas zwischen 90 und 100 Prozent der Bevölkerung hinweg. So lebten beispielsweise auf der Insel La Española, somit dem Gebiet der heutigen Staaten Haiti und Santo Domingo, im Jahre 1492 ein bis drei Millionen Menschen, um 1520 gab es dort gerade noch 16.000 Indigene, um die Mitte des 16. Jahrhunderts war die Urbevölkerung verschwunden. Dramatisch war auch der Bevölkerungsrückgang in Mexiko, das 1519, dem Jahr, in dem Hernán Cortés das Land betrat, von ungefähr 25 Millionen Menschen bewohnt war. 1532 gab es noch knapp 17 Millionen, 1548 sechs Millionen, 1605 eine Million und 1620 circa 730.000 Indigene. Nicht ganz so katastrophal scheint der Bevölkerungsverlust in Peru gewesen zu sein, wobei hier das Zahlenmaterial etwas unsicherer ist. Angaben über die dortige vorspanische Bevölkerung schwanken zwischen drei und dreißig Millionen Menschen, die Forschung geht von einem Bevölkerungsverlust zwischen 50 und 65 Prozent aus.

Dass die Bevölkerung im heutigen Lateinamerika nicht gänzlich europäisiert wurde, hängt damit zusammen, dass relativ wenige Europäer einwanderten, unter denen es außerdem einen bedeutenden Überschuss an Männern gab. Somit kam es ab dem Beginn der spanischen Herrschaft zu sexuellen Kontakten zwischen Indigenen und Europäern. Dies führte zu einer Besonderheit in Amerika, die man „Mestizaje“, Vermischung, nennt. Dieses Phänomen wurde noch weitaus komplexer durch die massive und erzwungene Ankunft afrikanischer Sklaven, die als billige Arbeitskräfte die häufig völlig ausgerottete indigene Bevölkerung ersetzen mussten. Die Afrikaner hatten meist in der entstehenden Plantagenwirtschaft, vor allem in der Karibik, sowie im Bergbau zu arbeiten. Doch auch sie hatten sexuellen Kontakt mit der sich langsam vermischenden euro-amerikanischen Bevölkerung. Bis zum 18. Jahrhundert führte das im spanischen Machtbereich zu einer Klassifizierung der Bevölkerung, die nicht nur Wörter für Menschen afrikanischer, amerikanischer und europäischer Abstammung hatte, sondern auch für alle Formen der Vermischung. Diese wurden auch bildlich dargestellt.

### *Der erste Vizekönig von Neu-Spanien (Mexiko und Mittelamerika) wurde 1535 eingesetzt, sein Amtsbereich umfasste auch Venezuela, jener von Peru trat sein Amt im Jahre 1542 an. Zu Peru gehörte ganz Südamerika samt Panama.*

Die europäische Einwanderung in die spanischen Gebiete war streng geregelt und durch die Casa de la Contratación in Sevilla kontrolliert. Wer nach Amerika wollte, benötigte zuerst einmal eine Lizenz, die normalerweise vom König auszustellen war, in Ausnahmefällen auch vom Präsidenten oder einem Richter der Casa de la Contratación. Außerdem waren die Lizenzen, um Missbräuche zu vermeiden, nur zwei Jahre gültig. In der Lizenz standen nicht nur der Name des Auswanderers, sondern auch eine genaue Personenbeschreibung und das Ziel seiner Reise. Weiter war für die Ausreise eine Información notwendig, das heißt, die Justizbehörden des Herkunftsortes mussten den sozialen Stand, die Familienbeziehungen, die Reinheit des Blutes, die Christlichkeit, das Alter, besondere Merkmale und den Zivilstand des Petenten bestätigen. Auf diese Art und Weise sollte verhindert werden, dass Juden, Mauren, Konversen oder Lutheraner in die Neue Welt gelangten. Die Lizenz und die Information wurden dann genau in der Casa de la Contratación geprüft, erst dann durfte sich der Auswanderer in der Flotte einschiffen.

Die Passagiere, die nach Amerika gingen, wurden in Katalogbüchern eingetragen, sodass wir relativ genaue Zahlen über die Emigration haben. Natürlich kam es auch vor, dass Leute ohne eine Lizenz in die Neue Welt gelangten und erst nachträglich ihre Situation zu legalisieren trachteten, indem sie eine gewisse Geldsumme zahlten. So mancher Kapitän nahm noch nach dem Auslaufen aus Sevilla vor der Küste Passagiere auf oder versteckte sie schon in Sevilla vor den Kontrolleuren der Casa de la Contratación. In manchen Jahren war es so bis zu einem Drittel der Einwanderer gelungen, illegal in die Neue Welt zu gelangen. Wir können davon ausgehen,

dass in den ersten hundert Jahren ungefähr 300.000 Personen nach Amerika gelangten, von denen an die 40 Prozent aus Andalusien stammten, circa 33 Prozent aus Kastilien und ungefähr 15 Prozent aus der Extremadura.

### **V. Die Organisation der Neuen Welt**

Trotz der Eigenmächtigkeiten der Conquistadoren ist es beachtlich, festzustellen, wie rasch eine funktionierende spanisch-kastilische Verwaltung in Amerika aufgebaut wurde. In den ersten Jahren der Europäisierung Amerikas war dieses Verwaltungsgebäude noch ein sehr einfaches. Bis 1500 war die einzige und oberste Autorität in der Neuen Welt Kolumbus als Vizekönig und Gobernador. Danach wurde das Amt des Vizekönigs bis nach der Eroberung von Mexiko nicht mehr vergeben. Motiv für die neuerliche Einsetzung der Vizekönige war die Tatsache, dass es wegen der weiten geographischen Entfernung der Neuen Welt ebenso wie wegen der immer wieder vorkommenden Unbotmäßigkeiten der einzelnen Provinzgouverneure notwendig erschien, einen direkten Vertreter des Königs vor Ort zu haben. Somit entstanden zwei Vizekönigreiche. Der erste Vizekönig von Neu-Spanien (Mexiko und Mittelamerika) wurde 1535 eingesetzt, sein Amtsbereich umfasste auch Venezuela, jener von Peru trat sein Amt im Jahre 1542 an. Zu Peru gehörte ganz Südamerika samt Panama.

Ab 1500 hatte die Krone danach getrachtet, ein Verwaltungssystem einzuführen, das jenem der schon früher eroberten Kanarischen Inseln angeglichen war. Die neuen Länder wurden in Provinzen eingeteilt, an deren Spitze ein Gouverneur mit richterlichen und administrativen Befugnissen stand. Die Gouverneure konnten auch Gesetze erlassen, die freilich nachträglich von der Krone bestätigt werden mussten. Im Regelfall wurden diese Gouverneure für maximal acht Jahre ernannt, sehr oft ging das Amt an verdiente Conquistadoren und andere Militärs. In militärischer Hinsicht war die Neue Welt in Capitanías Generales (Generalkapitanate) eingeteilt, wobei besonders in gefährdeten Provinzen dieses Amt sehr oft mit jenem des Gouverneurs zusammenfiel.

Schon sehr früh wurden in der Neuen Welt, wie in Kastilien, Appellationsgerichtshöfe eingerichtet, die Prozesssachen in zweiter Instanz zu entscheiden hatten. Die ersten Jahre bis 1505 war dafür noch die Real Audiencia y Chancillería in Ciudad Real in Neukastilien zuständig, 1505 wurde dieser Appellationsgerichtshof nach Granada in Andalusien verlegt. Doch bereits 1511 kam es zur Errichtung eines eigenen Appellationsgerichts in Amerika, zur Begründung der Audiencia in Santo Domingo. Diese Gerichtshöfe waren als Kollegialbehörden organisiert und setzten sich aus Berufsjuristen zusammen, die hervorragend geeignet schienen, im Auftrag des Königs Kontrollfunktionen über die Gouverneure der Provinzen wahrzunehmen. Es ist auffällig, dass der Begründung einer oder mehrerer Provinzen in der Neuen Welt auch relativ rasch die Errichtung einer neuen Audiencia folgte. Mit dem Ende des 16. Jahrhunderts ergibt sich folgendes Bild: Im Vizekönigreich Neu-Spanien wurden neben der schon erwähnten Audiencia von Santo Domingo (Audiencia de la Isla Española) und jener von Mexiko (1527) 1542 jene von Guatemala, 1548 jene von Guadalajara und 1583 die Audiencia der Philippinen begründet. Im Bereich des späteren Vizekönigreiches Peru kam es bereits 1535 zur Gründung der ersten Audiencia in Panamá, 1542 folgte Lima, 1548 Bogotá, 1559 Charcas, 1563 Quito und die Audiencia von Chile.

Die Behörden in Amerika kommunizierten allerdings nicht direkt mit dem König in Madrid, sondern es gab in Europa noch weitere Institutionen, die mit den Angelegenheiten der Neuen Welt befasst waren. Bereits 1503 war in Sevilla die schon erwähnte Casa de la Contratación begründet worden, eine Art Handelskammer oder Handelsorganisation der Krone. Diese Casa de la Contratación konzidierte die Reise in die Neue Welt, organisierte die Zusammenstellung der Flotten, deren Administration und Bewegungen, kassierte die der Krone aus dem Amerikahandel zustehenden Einkünfte und hatte die ausschließliche Jurisdiktion über die Menschen und Schiffe, die aus der Neuen Welt kamen oder dorthin gingen, sowie die Gerichtsbarkeit in Handelssachen.

Fast gleichzeitig mit der Gründung der Casa de la Contratación wurde im Consejo de Castilla, dem Kastilienrat, der das zentrale Organ für die Regierung der Länder der kastilischen Krone darstellte, eine Gruppe von Personen mit der Behandlung von amerikanischen Themen betraut. König Ferdinand I. überwachte meist persönlich die Sitzungen dieser Rätegruppe. Um 1516, dem Todesjahr des Königs, nannte man diese Personengruppe bereits Consejo de Indias, doch wurde dieser Indienrat als eigener Ratskörper der spanischen Monarchie endgültig erst 1523 unter Karl V. begründet. Diesem unterstanden fortan die amerikanischen Provinzen ebenso wie die Casa de la Contratación. Der Rat war nicht nur die Verwaltungsbehörde für die amerikanischen Länder, sondern auch oberstes Gericht in Zivil- und Strafrechtssachen und hatte auch gesetzgeberische und politische Funktionen. Auch der Indienrat erwies sich in der Art, wie er zu Beginn des 16. Jahrhunderts begründet worden war, als äußerst stabil und überdauerte die gesamte habsburgische Zeit in Spanien.

All die geschilderten Verwaltungsmaßnahmen erforderten eine umfangreiche und kompetente Bürokratie mit Spezialkenntnissen auf vielen Gebieten. In den Audiencias ebenso wie in der Casa de la Contratación oder im Consejo de Indias wurde eine Vielzahl von gut ausgebildeten Juristen benötigt. Die rasante Entwicklung in der Neuen Welt begünstigte somit auch den Aufstieg der kastilischen Universitäten wie Salamanca, Valladolid, Alcalá de Henares oder Sevilla, aus denen Akademiker hervorgingen, die wegen ihrer Nähe zur Macht die besten Chancen hatten, wichtige Posten in Amerika einzunehmen. Der Bedarf an einer funktionierenden zivilen und kirchlichen Bürokratie beschleunigte auch die rasche Gründung amerikanischer Universitäten wie jener von Mexiko, die bereits 1551 errichtet wurde, oder jener von Santo Domingo und von Lima.

### **VI. Amerikanisches Geld und spanische Großmachtspolitik in Europa**

Der Amerikahandel ebenso wie die Auswanderung nach Amerika konzentrierte sich auf die Stadt Sevilla. Diese faszinierte durch ihren Reichtum, ihre großartigen Bauten, ihre bunt gemischte Bevölkerung, bestehend nicht nur aus Andalusiern, sondern auch aus Morisken, zahlreichen schwarzen Sklaven und vielen ausländischen Handelsleuten, vorab Genuesen. Mit ihren ungefähr 100.000 Einwohnern war Sevilla im 16. Jahrhundert eine der größten Städte Europas.

Die Ankunft der Flotte aus Amerika stellte nicht nur einen Höhepunkt im Jahreszyklus Sevillas dar, sondern wurde auch vom spanischen Hof in Madrid sehnsüchtig erwartet. Von den Gütern, die die Flotte aus der Neuen Welt mitbrachte, hing das Schicksal einer bedeutenden Zahl an Kaufleuten ab, die unter Umständen ihr gesamtes Vermögen in ein

Handelsgeschäft investiert hatten und somit ihren wirtschaftlichen Ruin riskierten, sollte die Flotte ausgeraubt werden oder in einem Sturm zugrunde gehen. Doch auch das Schicksal der spanischen Monarchie war mit dem der Flotte verbunden, da deren Finanzbedarf aufgrund der zahlreichen militärischen Unternehmungen in Europa äußerst groß war.

Die spanische Großmachtspolitik in Europa unter Karl V. ist in der Form, wie sie exzerziert wurde, ohne den Reichtum seiner amerikanischen Besitzungen gar nicht vorstellbar. Je ambitionierter und damit kostenintensiver die spanische Europa- und Mittelmeerpolitik wurde,

### *In den ersten Jahren der Inbesitznahme der Neuen Welt flossen noch keine zu großen Summen nach Spanien. Unter Karl V. wurde der Rückgriff auf die amerikanischen Ressourcen allerdings zur Alltäglichkeit.*

desto abhängiger wurde die Monarchie vom rechtzeitigen Eintreffen der amerikanischen Flotten. Denn sie benötigte Geld für ihre Unternehmungen gegen die Osmanen und die Barbareskenstaaten in Nordafrika, für die beständigen Kriege gegen Frankreich, für die militärischen Unternehmungen im Heiligen Römischen Reich, für die Italienpolitik, für die Unterstützung der Kriege der österreichischen Habsburger und dergleichen. All das kostete Geld, das die Stände der einzelnen Reiche der spanischen Monarchie gar nicht hätten aufbringen können. Daneben ist es auch von Bedeutung, dass das amerikanische Geld die spanischen Monarchen unabhängiger von den Geldbewilligungen der Stände machte, was frühabsolutistischen Tendenzen der spanischen Habsburger durchaus entgegenkam.

Um das eben Gesagte etwas besser zu illustrieren, soll an dieser Stelle eine kurze Gesamtübersicht über das Geld aus der Neuen Welt und dessen Verwendung für die spanische Europapolitik geboten werden. In den ersten Jahren der Inbesitznahme der Neuen Welt flossen noch keine zu großen Summen nach Spanien. Unter Karl V. wurde der Rückgriff auf die amerikanischen Ressourcen allerdings zur Alltäglichkeit. So registrierte die Casa de la Contratación in den Zwanzigerjahren des 16. Jahrhunderts 442.425 Dukaten, die dem König zustanden und die sich zum Großteil aus den Schätzen konstituierten, die Cortés aus Neu-Spanien übersandt hatte. Weiters beschlagnahmte Karl V. noch 300.000 Dukaten aus dem amerikanischen Geld, die eigentlich Privatleuten gehörten. All dieses Geld, also 742.425 Dukaten, wurde für die Rückzahlungen der Schulden verwendet, die im Rahmen der Wahl Karls zum Römischen König 1519 aufgelaufen waren, um die Kurfürsten prohabsburgisch zu stimmen, und für die Kriege gegen Frankreich.

In den Dreißigerjahren registrierte die Casa de la Contratación Einkünfte für den König in der Höhe von 2.976.000 Dukaten. Zusätzlich ließ dieser noch 1.402.000 Dukaten von Privatpersonen für die königlichen Kassen beschlagnahmen. Das gesamte Geld ging in Karls Unternehmungen gegen Tunis auf. In den Vierzigerjahren flossen die registrierten 1.749.500 Dukaten und weitere 230.000 Dukaten, die beschlagnahmt wurden, fast zur Gänze in die Ausgaben im Rahmen des Schmalkaldischen



Der Künstler Marcello Fogolino schuf einen Freskenzyklus auf dem Castello Colleoni in Malpaga. Dieser stellt Szenen dar, die ein Turnier zu Ehren

von König Christian I. von Dänemark während seines Besuchs beim Condottiere Bartolomeo Colleoni widergeben sollen. Colleoni war einer der bekanntesten italienischen Heerführer des 15. Jahrhunderts. Die Fresken entstanden wohl um 1535.

Krieges. In seinen letzten Regierungsjahren zwischen 1551 und 1556 nahm der Kaiser schließlich sogar 6,653.160 Dukaten ein, musste aber wieder zum Mittel der Sequestration von Privatvermögen aus Amerika greifen, um liquid zu bleiben, und akquirierte somit weitere 3,031.273 Dukaten. Das Geld wurde gebraucht für die neuerlichen Kriege gegen Frankreich, für Schuldentrückzahlungen bei genuesischen und deutschen Bankherren und für die Heirat seines Sohnes Philipp II. mit Maria Tudor.

Auffallend ist, dass es ab dem 16. Jahrhundert zu einem beständigen Preisanstieg und einer gravierenden Inflation in ganz Europa gekommen ist. Die Edelmetalle aus Spanisch-Amerika sind an dieser Entwicklung nicht ganz unbeteiligt gewesen.

## VII. Die Piraterie

Seit dem Beginn ihrer amerikanischen Unternehmungen hatten die Spanier mit dem Neid der europäischen Mächte zu kämpfen. Da diesen vorerst der Zugang zu Amerika verwehrt war, versuchten sie mit dem Mittel der Piraterie an den Reichtümern der Neuen Welt zu partizipieren. Als Cortés beispielsweise einen Teil des Schatzes von Moctezuma II. auf zwei Schiffen aus Veracruz in Mexiko nach Spanien sandte, fielen diese zu Beginn des Jahres 1523 in der Nähe der Azoren französischen Korsaren unter dem Kommando von Jean Fleury zum Opfer. Dieser erbeutete danach auch noch ein Schiff, das aus Santo Domingo kam, ebenfalls reich beladen mit Gold und Perlen sowie Zucker. Besonders schmerzhaft für die Spanier war es in diesem Fall, dass Fleury auch nautische Karten in seine Hände bekam, auf denen die Routen von Amerika nach Europa eingezeichnet waren. Das streng gehütete Wissen über die genauen Wege in die Neue Welt verlor damit seinen

Geheimcharakter. Fleury raubte auch in den folgenden Jahren spanische und portugiesische Schiffe aus. Als Ausrede musste herhalten, dass zwischen seinem Herrn, dem französischen König Franz I., und Karl V. ohnedies Krieg herrschte. 1527 fiel Fleury allerdings den Spaniern in die Hände. Während der peinlichen Verhöre, denen er unterzogen wurde, brüstete er sich damit, 150 Schiffe gekapert zu haben. Karl V. befahl daher seine sofortige Exekution. Fleury wurde in Colmenar de Arenas (Toledo) 1527 gehängt. Es sollte dies die traditionelle Hinrichtungsart für Piraten werden.

Der nächste Franzose, der sich in die Karibik vorwagte, war Jean-François de La Rocque de Roberval. Nachdem er 1542 bei einem Kolonisationsversuch im heutigen Kanada nicht nur gescheitert war, sondern auch viel eigenes Geld verloren hatte, entschloss er sich 1543, in die Karibik vorzudringen. Zwar hatte er wohl keine offizielle Unterstützung seitens des französischen Königs, doch da damals neuerlich zwischen Franz I. und Karl V. Krieg herrschte, hatte Ersterer auch nichts gegen die Unternehmungen. Roberval attackierte in jenem und im darauf folgenden Jahr die Küste des heutigen Kolumbien, so beispielsweise Cartagena de Indias. 1546 griff er Häfen auf der Insel Cuba an. Allerdings blieb er weitgehend erfolglos und zog sich im nächsten Jahr von der Piraterie zurück.

Etwas erfolgreicher waren die Hugenotten François Le Clerc aus der Normandie und Jacques de Sores aus La Rochelle. Beide agierten mit offiziellen Kapbriefen des französischen Königs Heinrich II.. Ihr Ziel war Cuba, wo sie hofften, große Mengen an Edelmetall vorzufinden. Le Clerc überfiel 1554 mit tausend Mann Santiago de Cuba und erbeutete 60.000 Silberpesos. Außerdem zerstörte er die Stadt, die sich von diesem Angriff lange nicht erholen konnte. Sores wiederum attackierte 1555 La Ha-

bana auf Cuba. Sores sollte auch später noch, als schon längst zwischen Spanien und Frankreich 1559 der Frieden von Cateau-Cambrésis geschlossen worden war, seinen persönlichen Religionskrieg führen, denn 1570 tötete er 40 portugiesische und spanische Jesuiten bei der kanarischen Insel La Palma, die sich unter der Führung von Inácio de Azevedo auf dem Weg nach Brasilien befanden. Im 19. Jahrhundert wurden die Jesuiten vom Papst als Märtyrer selig gesprochen.

Die Unternehmungen der Piraten richteten also beträchtlichen Schaden an. Die Spanier sahen ihre amerikanischen Häfen und Transportwege als immer gefährdeter an und begannen,

*Auffallend ist, dass es ab dem 16. Jahrhundert zu einem beständigen Preisanstieg und einer gravierenden Inflation in ganz Europa gekommen ist.*

die Küsten zu befestigen. Bereits unter Karl V. verschlangen die Defensivmaßnahmen in der Karibik einen nicht unbeträchtlichen Teil der amerikanischen Einkünfte, die eigentlich für die europäischen Kriege des Kaisers gedacht waren. Und auch die europäischen Hafenzentren mussten geschützt werden, vor allem Sevilla, wo die Flotten aus Amerika landeten. Daher ließ Karl V. die Befestigungen von Cádiz und Gibraltar, die den Zugang nach Sevilla kontrollieren konnten, ausbauen.

Doch auch die Schiffswege selbst sollten gesichert werden. Schon 1521, nach dem Ausbruch des ersten Krieges zwischen Karl V. und Franz I., wurde

zwischen den Azoren und der Iberischen Halbinsel ein System eingerichtet, das sich bereits im Mittelmeer bewährt hatte; regelmäßig patrouillierten dort Galeeren der Küstenwache. Ab 1526 durften die Schiffe aus der Neuen Welt nur noch im Konvoi reisen. Durch königliche Dekrete von 1543, 1561 und 1564 wurde schließlich das System der Flotten und Galeonen begründet, das bis 1778 gültig sein sollte. Auf der Carrera de Indias verkehrten nun die Schiffe auf festgelegten Routen, wobei die Transport- immer von Kriegsschiffen begleitet wurden.

Das Bild der Spanier in der Neuen Welt unter Karl V. muss zwiespältig bleiben. Eine Bewertung der Entwicklungen hängt letztlich von der Frage ab, ob die Europäisierung (einschließlich der Christianisierung) des amerikanischen Raumes positiv oder negativ betrachtet wird. Unbestritten sind in diesem Zusammenhang jedoch zwei Tatsachenkomplexe:

1. Die kastilisch-spanische Conquista und Kolonisation der Neuen Welt ging auf Kosten der dortigen autochthonen Bevölkerung und provozierte einen ungeheuren Verlust an Menschen und an Kulturen, ganz zu schweigen von den ökologischen Veränderungen.

2. Die spanische Großmachtspolitik in Europa und im Mittelmeerraum wäre ohne die Ressourcen Amerikas nie in dieser Form durchführbar gewesen. Insofern beeinflussten sich die Alte und die Neue Welt gegenseitig. Denn die Verbindung Amerikas mit dem Rest der Welt veränderte den gesamten Globus nachhaltig, auch, und das sei ein letzter Hinweis, weil sich durch den Austausch von Tieren und Pflanzen zwischen den beiden Kontinentalmassen der Alten und der Neuen Welt die Lebensbedingungen der Menschen global veränderten. □

# Nicolaus Copernicus. Naturverständnis und Revolutionierung des Weltbildes

Andreas Kühne

## I.

Das Zeugnis unserer Sinne ist eigentlich eindeutig. Die Beobachtung des Tag- und Nachthimmels legt nahe, die Erde unbewegt in den Mittelpunkt unseres Planetensystems zu stellen und Mond, Sonne und Planeten um sie kreisen oder sich bewegen zu lassen. So hatte die große Mehrzahl der Astronomen des Altertums und des Mittelalters keine prinzipiellen Zweifel an diesem geo-zentrischen Weltbild, in dem die Erde den Mittelpunkt des Weltalls bildet. Nur die rückläufigen Phasen in den Bewegungen der Planeten, zum Beispiel die des Mars, passten nicht in dieses Bild. Um sie erklären und berechnen zu können, entwickelten die Astronomen der Antike komplizierte geometrische Konstruktionen. Man nahm an, dass der Bahnkreis eines Planeten nicht diesen selbst, sondern einen kleineren Kreis, den Epizykel, trug, und dass der Planet durch die Drehung des Epizykels getragen wurde. Wenn nun der Epizykel als Ganzes den Hauptkreis durchlief, erschien es verständlich, dass die Bewegung des Planeten zeitweise rückläufig in die „falsche“ Richtung erfolgen musste.

Dergestalt beschrieb es Klaudios Ptolemaios (100 – 160 n. Chr.), der dieses Lehrgebäude in einem umfassenden astronomischen und kosmologischen Werk erläuterte, das wir unter dem Namen „Almagest“ kennen. Die ersten beiden Bücher enthalten mathematische Grundlagen und eine allgemeine Einführung in das geozentrische Weltbild entsprechend der aristotelischen Physik. Die übrigen Bücher sind den kinematischen Erklärungen der Planetenbahnen auf der Basis der vorchristlichen Epizykeltheorie des Apollonios von Perge gewidmet, kombiniert mit der ebenfalls vorchristlichen Exzenterthorie des Hipparchos.

Während des gesamten Mittelalters blieb das Studium des „Almagest“ die wichtigste astronomische Lektüre an den Artistenfakultäten der europäischen Universitäten. Johannes de Sacrobosco, Professor an der Pariser Universität, schuf mit seinem „Tractatus de Sphaera“ (um 1230), einer elementaren Einführung in das ptolemäische Weltsystem, das erfolgreichste astronomische Lehrbuch des europäischen Mittelalters, das bis weit ins 17. Jahrhundert tradiert wurde. Noch im späten Mittelalter, als sich die Astronomie als Leitwissenschaft des 16. Jahrhunderts bereits am Horizont abzeichnete, als Johannes von Gmunden, Georg Peurbach und nicht zuletzt Johannes Regiomontan die Mängel des ptolemäischen Systems erkannt hatten und zu verbessern versuchten, blieben die grundlegenden Axiome des „Almagest“ unangetastet.

Nicolaus Copernicus (1473 – 1543) war es als erstem Gelehrten des Abendlandes vorbehalten, das riesige, schon vorhandenen Datenmaterial über die Bewegungen der Planeten – mit dem auch schon Klaudios Ptolemaios gearbeitet hatte – neu zu interpretieren und die sich als richtig erweisenden Schlussfolgerungen zu ziehen.

## II.

„In remotissimo angulo terrae“, im entferntesten Winkel der Erde: So be-



Prof. Dr. Andreas Kühne, apl. Professor für Geschichte der Naturwissenschaften, LMU München

zeichnete Copernicus selbst den kleinen Ort Frauenburg (heute: Frombork/Polen) im Ermland, an dem er über drei Jahrzehnte lang lebte und sein wissenschaftliches Hauptwerk „De revolutionibus orbium coelestium“ verfasste. Noch während seiner Tätigkeit als Sekretär seines Onkels, des ermländischen Bischofs Lukas Watzenrode, schrieb er eine kleine, später „Commentariolus“ genannte Abhandlung, in der er behauptete, dass die Erde sich bewegt, die Sonne jedoch ruht. Die drei erhaltenen Abschriften aus dem 16. Jahrhundert lassen sich in den „Petitiones“ genannten Thesen zusammenfassen. In paraphrasierter Form lauten sie wie folgt:

1. Die Himmelskreise oder Sphären haben nicht alle ein und denselben Mittelpunkt.
2. Der Erdmittelpunkt ist nicht der Mittelpunkt der Welt, sondern nur der der Schwere und des Mondbahnkreises.
3. Der Mittelpunkt der Welt befindet sich in der Nähe der Sonne.
4. Der Abstand zwischen Erde und Fixsternsphäre ist unmessbar groß. Das Verhältnis der Entfernung Sonne-Erde zur Höhe des Fixsternhimmels ist kleiner als das des Erdradius zur Sonnenentfernung, so dass diese gegenüber der Höhe des Fixsternhimmels unmerklich ist.
5. Der Erde ist eine tägliche Bewegung eigen, während der Fixsternhimmel ruht und sich nur scheinbar um sie dreht.
6. Ebenso ist die Sonnenbewegung nur eine scheinbare und entsteht durch die Jahresbewegung der Erde, der mehrere Bewegungen eigen sind.
7. Die relative Bewegung zwischen der Erde und allen anderen Planeten genügt, um die verschiedenartigsten Erscheinungen am Himmel, zum Beispiel die Rückläufigkeit mancher Planeten, zu erklären.

Der „Commentariolus“ und das auf seiner Grundlage entwickelte astronomische Hauptwerk „De revolutionibus“ bezeichnen – bei aller methodischen Verwandtschaft mit der mittelalterlichen scholastischen Argumentationsweise – den Beginn einer völlig neuen Entwicklung und zugleich die Vollendung der griechischen Astronomie und ihres wirkmächtigsten Vertreters Ptolemaios.

Wesentlich ist, dass sich Copernicus als strikterer, puristischerer Vertreter des Prinzips der Gleichförmigkeit der Himmelsbewegungen erwies als Ptolemaios, dessen Äquanten (Ausgleichspunkte) er ablehnte und durch doppelte Epizyklen, durch epizyklische Bewegungen, ersetzte. Copernicus' Entscheidung, den Äquanten aus der Astronomie zu verbannen, geht auf Modelle der arabisch-islamischen Astronomie des 13. und 14. Jahrhunderts zurück.

Wie viele echte, konstruktive Revolutionäre – so formulierte es der Frankfurter Wissenschaftshistoriker Willy Hartner – war Copernicus in seinem Denken eher konservativ.

Die vielfach geäußerte Behauptung, das heliozentrische Modell von Copernicus erfordere doppelt so viele Epizyklen und sei deshalb schwieriger zu handhaben als das geozentrische, ist insofern nicht richtig, als Copernicus in „De revolutionibus“ insgesamt 48 Kreise jeglicher Art benötigte – gegenüber 40 im „Almagest“. Die Zahl von 27 gilt nur für die vereinfachte Formulierung des geozentrischen Systems in Georg Peurbachs „Epitoma“.

## III.

Die wichtigsten Lebensstationen von Copernicus sind für das Verständnis der „Revolutionierung des Weltbildes“ durchaus erhellend. Als sicher gilt heute, dass sich Copernicus, der 1473 in der an der unteren Weichsel gelegenen Hansestadt Thorn als Sohn des Großkaufmanns Nicolaus Copernicus d. Ä. geboren wurde, bereits während des Elementarstudiums an der Universität in Krakau der Mathematik und der Astronomie auf eine Weise gewidmet hat, die weit über das geforderte Maß hinausging.

Von 1496 bis 1500 studierte Copernicus – ebenso wie zuvor sein Onkel, der spätere ermländische Bischof Lukas Watzenrode – an der juristischen Fakultät der Universität Bologna. Doch mindestens ebenso wichtig wie die juristischen Studien wurden für ihn in Bologna die Himmelsbeobachtungen, die er gemeinsam mit dem bekannten Astronomen Dominicus di Novara unternahm. Eine solche Beobachtung – die Bedeckung des Aldebaran im Stier durch den Mond am 9. März 1497 – kennen wir aus den Aufzeichnungen von Copernicus. Novara, geschult an Georg Peurbach und Regiomontan, galt als Kritiker der ptolemäischen Kosmologie, der bei seinem Studenten die ersten, spätere Forschungen begründenden Zweifel an der Richtigkeit des geozentrischen Systems geweckt hat.

Copernicus verließ Bologna ohne einen akademischen Abschluss. Seine späteren Studienjahre an der Universität Padua waren vorrangig dem Studium der Medizin gewidmet und endeten formal damit, dass er 1503 – offensichtlich aus Kostengründen – an der kleineren und deshalb billigeren Nachbaruniversität Ferrara zum Doktor des Kirchenrechts promoviert wurde.

Mit seiner endgültigen Rückkehr nach Frauenburg und der Wahrnehmung seiner Rechte und Pflichten als Domherr des ermländischen Domkapitels im Spätherbst 1503 waren Copernicus' akademische Lehr- und Wanderjahre beendet. Bis zum Ende seines Lebens hielt er sich nun vorwiegend im Ermland auf. Seine weitesten Reisen führten ihn nach

Krakau, Danzig, Königsberg und möglicherweise nach Breslau – aber dafür gibt es keine sichere Quelle. Zunächst wirkte er als Sekretär und Leibarzt seines Onkels an der bischöflichen Residenz in Heilsberg (heute: Lidzbark Warmiński/Polen). Dort fand er neben seiner administrativen und medizinischen Tätigkeit erstaunlicherweise auch noch Zeit für wissenschaftliche Arbeiten. Er beobachtete den Sternenhimmel und übersetzte die Episteln des Theophylaktos Simokattes, eines byzantinischen Autors des 7. Jahrhunderts, aus dem Griechischen ins Lateinische. Begleitet von einem Widmungsgedicht des Humanisten Laurentius Corvinus wurde die Übersetzung 1509 in der Offizin von Johannes Haller in Krakau gedruckt. Paradoxe Weise war gerade diese, eher unbedeutende Arbeit, für zwei Jahrzehnte das einzige im Druck erschienene Werk aus der Feder von Copernicus.

Angesichts der wissenschaftlichen und stilistischen Reife des Hauptwerkes könnte man annehmen, Copernicus habe die ihm verbleibenden dreißig Jahre seines Lebens vorrangig zur Verbesserung und Vervollkommnung seines Systems verwendet. Der fränkische Reiterkrieg zwischen dem polnischen Königreich und dem deutschen Orden (1519 – 1521), die umfangreichen Verwaltungsaufgaben als Administrator des ermländischen Domkapitels, seine Mitarbeit bei der Reorganisation des preußischen Münzwesens und nicht zuletzt seine ärztliche Tätigkeit konfrontierten ihn jedoch mit einer Vielzahl ganz anders gearteter Aufgaben. Erst 1530 zog sich der fast 60jährige Copernicus völlig aus dem öffentlichen Leben zurück.

Eine folgenreiche Abwechslung bildete der Besuch des jungen Wittenberger Mathematikprofessors Georg Joachim Rheticus, der von dem bereits weit verbreiteten wissenschaftlichen Ruf des Copernicus angezogen wurde. Einem Ruf, der zu diesem Zeitpunkt allein auf der gelehrten Korrespondenz und mündlicher Verbreitung beruhte. Völlig zu Recht hat Edward Rosen die Reise von Rheticus ins Ermland die Geburtsstunde der modernen Astronomie genannt. Der Protestant Rheticus kam im Frühjahr 1539 nach Frauenburg, wurde von dem katholischen Domherren Copernicus überaus freundlich empfangen, blieb dort, anders als ursprünglich geplant, für mehr als zwei Jahre und wurde in vielen Diskussionen mit Copernicus gründlich über die Details der neuen Kosmologie informiert. 1542 veröffentlichte Rheticus in Wittenberg mit Copernicus' Erlaubnis einen kleinen, der „Trigonometrie“ gewidmeten Abschnitt aus dem Hauptwerk.

Dieser unter dem Titel „De lateribus et angulis triangulorum“ (Über die Seiten und Winkel von Dreiecken) erschienene Separatdruck stimmt mit den beiden letzten Kapiteln aus dem ersten Buch des Hauptwerkes wörtlich überein. Im Anschluss daran gab Copernicus dem fortgesetzten Drängen von Rheticus und Tiedemann Giese (1480 – 1550) nach und erteilte die Zustimmung zur Drucklegung seines Hauptwerkes. Giese, der engste Freund von Copernicus und damalige Bischof von Kulm, hatte das entstehende astronomische Werk bereits seit Jahrzehnten anteilnehmend begleitet. Quasi im Vorgriff auf die Veröffentlichung des Hauptwerkes erhielt Rheticus die Erlaubnis, 1540 in Danzig einen ersten Bericht, die „Narratio prima“, über das neue Weltsystem zu veröffentlichen. Ausführlich erläutert er dort, dass Copernicus – im Gegensatz zur antiken und mittelalterlichen Astronomie – davon ausging, dass der Fixsternhimmel unbeweglich sei. Die Erscheinung der Präzession, die nach antiker Auffassung eine Folge der Bewegung des Fixsternhimmels war,



Quentin Massys: *Der Geldwechsler und seine Frau*. Massys, zu Lebzeiten schon einer der führenden Künstler der flandrischen

Wirtschaftsmetropole Antwerpen, malte immer wieder Portraits von Bankiers, Steuereintreibern und Kauf-

leuten. Dieses Gemälde, 1514 entstanden und heute im Pariser Louvre zu sehen, ist eines seiner bekanntesten Werke.

beruhte für Copernicus richtigerweise auf einer Verlagerung der Erdachse. Erst ganz am Ende des Büchleins wird auf die revolutionäre Änderung des Weltbildes durch Copernicus hingewiesen. Später hat Rheticus noch eine Abhandlung mit dem Titel „De motu Terrae“ verfasst hat, in der er Copernicus' Lehre entschieden gegen den Vorwurf verteidigte, sie widerspreche der Heiligen Schrift.

#### IV.

Copernicus selbst fasst in seiner an Papst Paul III. gerichteten Vorrede zu „De revolutionibus“ den wesentlichen Inhalt der sechs Bücher folgendermaßen zusammen: „Im ersten Buch beschreibe ich die Anordnung aller Kreisbahnen zusammen mit den von mir der Erde zuge-

sprochenen Bewegungen, so dass dieses Buch gewissermaßen den ganzen Aufbau des Universums enthält. In den übrigen Büchern setze ich dann die Bewegungen der übrigen Gestirne und aller Kreisbahnen mit der Bewegung der Erde zusammen, damit daraus geschlossen werden kann, bis zu welchem Grad die Bewegungen und Erscheinungen der übrigen Gestirne und Bahnen ‚gerettet‘ werden können, wenn sie auf die Bewegungen der Erde bezogen werden.“

Für die Erde nahm Copernicus im elften Kapitel des ersten Buches eine dreifache Bewegung an. Die erste besteht in einer täglichen Rotation um die eigene Achse von West nach Ost, wodurch der Kreislauf von Tag und Nacht entsteht. In einer zweiten Bewegung beschreibt der Mittelpunkt der Erde einen jährlichen Umlauf um die Sonne in der Ebene des

Tierkreises. Mit einer solchen Bewegung ist jedoch erst der scheinbare Lauf der Sonne im Tierkreis erklärt, aber noch nicht das Entstehen und der Wechsel der Jahreszeiten, denn die Erdachse würde bei einer alleinigen Mittelpunktswegung ebenfalls kreisförmig um die Sonne bewegt werden und immer dieselbe Ausrichtung der Sonne gegenüber beibehalten. Copernicus führt daher noch eine dritte, ebenfalls jährliche Bewegung ein, bei der die Erdachse oberhalb und unterhalb der Bahnebene eine Kegeloberfläche beschreibt. Die Kombination der zweiten und dritten Bewegung führt dazu, dass die Erdachse stets eine konstante Ausrichtung gegenüber der Bahnebene besitzt. Wenn wir heute von einem jährlichen Umlauf der Erde um die Sonne sprechen, unterscheiden wir nicht mehr wie Copernicus zwischen

einer Bewegung des Erdmittelpunktes und der Erdachse, sondern denken uns von vornherein die zweite und dritte Erdbewegung kombiniert, indem wir die Erde als Ganzes betrachten und die Ausrichtung ihre Achse im Raum als konstant ansehen.

Zusätzlich zu den im ersten Buch genannten drei Erdbewegungen musste Copernicus im dritten Buch noch zahlreiche weitere, kleinere Bewegungen der Erdachse und damit auch der Erde als Ganzer einführen, um etwa die Präzession der Äquinoktien an sich, die Unregelmäßigkeit dieses Vorrückens und die Veränderlichkeit der Schiefe der Ekliptik zu erklären. Ähnlich kompliziert gestaltet sich die Behandlung der Bewegungen der übrigen Planeten und des Mondes. Dadurch erhält sein Hauptwerk einen Grad an Komplexität, der dem des

ptolemäischen „Almagest“ mindestens gleichkommt und in deutlichem Kontrast zu den mehr qualitativen und leicht verständlichen Ausführungen im ersten Buch steht. Der Hinweis – oder sollte man sagen die Warnung – in der Vorrede: „Mathematische Dinge werden für Mathematiker geschrieben“ erwies sich als berechtigt.

Symptomatisch für das weitere Schicksal des kopernikanischen Weltsystems war das Wirken Philipp Melanchthons. Als geistiges Haupt der Bildungsreformen an den protestantischen Universitäten reichte sein Einfluss weit über Wittenberg hinaus. Gegenüber dem Heliozentrismus nahm er – ebenso wie Luther – eine dezidiert kritische und ablehnende Haltung ein. Melanchthon verhinderte auch, dass Copernicus' Hauptwerk in Wittenberg gedruckt wurde. Aber er war durchaus aufgeschlossen für die Übernahme von astronomischen Daten und einigen beschreibenden theoretischen Konzepten aus Copernicus' Werk, denn manches davon ließ sich auch unter Beibehaltung eines geozentrischen Weltsystems nutzen. Diese Haltung prägte die Einstellung zahlreicher

anderer Gelehrter, sodass Robert Westman mit einiger Berechtigung von einem „Melanchthon circle“ und der „Wittenberg Interpretation of the Copernican Theory“ sprechen konnte.

## V.

In seinem Hauptwerk äußert Copernicus recht deutlich, dass er nicht gewillt sei, zu grundlegenden naturphilosophischen Fragen außerhalb der Astronomie Stellung zu beziehen. Wenn man unter dem „Zeugnis des Himmels“, d. h. der Natur, eigene Beobachtungsergebnisse versteht, wird man von den überlieferten Quellen enttäuscht sein. Insgesamt sind 63 eigene Himmelsbeobachtungen von Copernicus überliefert. Dafür können auch, aber nicht nur die schlechten Witterungs- und damit Beobachtungsbedingungen im nebelverhangenen Frauenburg am Frischen Haff verantwortlich gemacht werden. Im 30. Kapitel des 5. Buch von „De revolutionibus“, das von „Neueren Beobachtungen der Bewegung des Merkur“ handelt, erläutert er die natürlichen Vorteile, die die Alten bei der Beobachtungen dieses

Planeten hatten: „Uns aber, die wir in einem rauheren Klima wohnen, versagte die Natur diese Bequemlichkeit.“

Schon in seiner Kritik der „Trepidationstheorie“ von Johannes Werner (Brief an Bernhard Wapowski vom 3. Juni 1524) hatte Copernicus entschieden kritisiert, dass jener die Genauigkeit seiner Beobachtungsdaten höher eingeschätzt habe als die der antiken Astronomen. Im Gegensatz dazu schätzte Copernicus die Genauigkeit seiner eigenen Beobachtungen sehr kritisch ein. In seinen „Ephemeriden“ für das Jahr 1551 (Leipzig 1551) äußerte sich Rheticus dazu folgendermaßen: „Nicht gern mochte er [Copernicus] sich auf kleinste Distanzbestimmungen einlassen, wie sie andere anstrebten, die mit peinlicher Genauigkeit bis auf zwei, drei oder vier Minuten den Ort der Gestirne ermittelt zu haben meinen, während sie zuweilen dabei um einige Grade abirren. Ich selbst, äußerte sich Copernicus weiter, würde hoch erfreut sein wie Pythagoras, als er seinen Lehrsatz entdeckte, wenn ich im Stande wäre, meine Ermittlungen bis auf zehn Minuten der Wahrheit nahezuführen.“

Die Beobachtungsinstrumente, die Copernicus zur Verfügung standen und die bis zu Galilei die gebräuchlichen Hilfsmittel des Astronomen blieben, ließen auch bei einem wesentlich größeren Beobachtungsumfang keine wesentlich genaueren Ergebnisse zu. Ausgangspunkt der empirischen und rechnerischen Erfassung der Phänomene waren häufig spekulative Erwägungen oder philosophische Theorien, die auf Platon und die platonische Tradition zurückgehen. Vice versa haben die rechnerischen Ergebnisse dann wiederum befruchtend, bestätigend oder korrigierend auf die philosophische Reflexion zurückgewirkt. Copernicus' Konzept von der Einfachheit, Einheitlichkeit und Symmetrie des Weltgebäudes finden wir bis in die Wortwahl übereinstimmend in einem Buch des Horaz wieder, das man für das Studium der Astronomie nicht unmittelbar als maßgeblich empfinden wird. Im „Liber de arte poetica“ finden wir in Vers 23 die Formulierung: „Schließlich sei eine Kraft selbstverständlich einfach und einheitlich.“ Hier dürfen wir eine der Quellen vermuten, die Copernicus benutzt hat.

Scheinbare Ungleichmäßigkeiten und Irregularitäten aufzuklären war eine Aufgabe der Forschung. „Man muss vielmehr“, schreibt er, „der Weisheit der Natur nachgehen, die, indem sie sich sehr gehütet hat, irgendetwas Überflüssiges und Unnützes hervorzubringen, vielmehr oft einen und denselben Gegenstand mit vielen Wirkungen begabt hat.“ („De revolutionibus“, Buch 1, Kap. 10). Die „Weisheit der Natur“ ließ sich viel klarer von denen studieren, die in der Mathematik erfahren sind, wie es auch schon im „Commentariolus“ hieß. Und auch nur denen ließ sich die neue Kosmologie plausibel erklären. Denn, so schreibt er: „Wenn all dies schwierig, fast unbegreiflich und gegen die Meinung vieler sein sollte, so werden wir es, so Gott will, klarer als die Sonne machen, wenigstens für die, die in der Mathematik nicht unwissend sind.“

Vor allem für diejenigen galt es, die „Ordnung der Himmelskreise zu erklären“ („De revolutionibus“, Buch 1, Kap. 10): „In der Mitte aber von allen thront die Sonne. Wer aber möchte in diesem schönsten Tempel diese Leuchte an einen anderen oder besseren Ort setzen als an diesen, von dem aus sie alles zugleich zu erleuchten vermag?“

Im 7. Kapitel des 1. Buches von „De revolutionibus“: „Warum die Alten glaubten, die Erde ruhe in der Weltmitte, gleichsam als Mittelpunkt“, erfahren wir von der Natur der „schweren Gegenstände“: „Da nun die Erde, nach welcher die schweren Gegenstände von allen

Seiten her rechtwinklig auf die Oberfläche – vermöge ihrer eigenen Natur – sich hinbewegen, kugelförmig ist.“ Im 8. Kapitel, dem wahrscheinlich wichtigsten naturphilosophischen Abschnitt, ist fortwährend von der Naturgemäßheit die Rede, von dem, was von Natur aus geschieht: „Wer aber annimmt, dass die Erde sich drehe, der wird gewiss auch der Meinung sein, dass diese Bewegung eine natürliche und keine gewaltsame sei. Was aber der Natur gemäß ist, das bringt gegensätzliche Wirkungen hervor im Vergleich zu dem, was durch Gewalt geschieht [...]. Grundlos ist also die Befürchtung von Ptolemaeus, dass die Erde und alle die in Umdrehung versetzten irdischen Gegenstände durch die Tätigkeit der Natur auseinandergerissen würden.“

Ein Traktat, in dem der Naturbegriff eine wichtige Rolle spielt, stammt nicht von Copernicus selbst, sondern von seinem Schüler Rheticus. Wir können jedoch davon ausgehen, dass der vor dem 28. August 1541 entstandene Text von Copernicus gebilligt, wenn nicht von ihm mitverfasst wurde. In der Widmung seines geographisch-kartographischen Traktats, der deutschen „Chorographia“, an Herzog Albrecht in Preußen, den früheren Hochmeister des Deutschen Ordens beschreibt Rheticus, „wie durch wunderliche Schikung Gottes alle andre lobliche Kunst zu vnsren Zeiten herfur kommen, vnd Gott der herre, neben seinem Wort, auch durch sein geschöpf vnd Creatur wil erkant werden, wie dan die alten rechten philosophi bekennet haben, Das die natur der schonste Spiegel Gottlicher maiestet seye, darinnen Gottes macht vnd gegenwertikait gewaltig vnd sichtlich erkennet wert. Also befindet Jch warlich, das er die hohen kunst welche man Mathematicas nennet nicht will lenger dahinden bleiben lassen. Die Geometry thut sich gewaltig heruor.“ Diese Auffassung von der Natur als dem schönsten Spiegel göttlicher Majestät, die erkannt werden will, weist schon weit über Copernicus hinaus auf die Physikotheologie des späten 17. Jahrhunderts hin.

## VI.

Auf die weitere Rezeptionsgeschichte der heliozentrischen Kosmologie und die experimentellen Beweise ihrer Gültigkeit im 19. Jahrhundert kann hier nicht eingegangen werden. Zum Ausklang soll auch nicht an die bedeutenden wissenschaftlichen Erben des Domherren aus Frauenburg, an Galileo Galilei und Johannes Kepler, erinnert werden, sondern an einen der – in diesem Zusammenhang – weniger bekannten Protagonisten der neuen Astronomie und Kosmologie im 17. Jahrhundert. Ich meine den Magdeburger Bürgermeister Otto von Guericke (1602-1686). In seinen „Experimenta nova, ut vocantur, Magedburgica de vacuo spatio“ (Amsterdam 1672), die zu einem beträchtlichen Teil – viel mehr als man gemeinhin annimmt – der Astronomie gewidmet sind, erläuterte er die Idee, das man die Vermittlung der modernen heliozentrischen Kosmologie, stärker rationalisieren müsse. Dass man Kometenbahnen berechnen könne, galt ihm bereits als eine unzweifelhafte wissenschaftliche Tatsache. Mit der Möglichkeit ihrer Berechenbarkeit verschwindet auch die Bedeutung der Kometen als Schreckens- und Wunderzeichen. Die seit der Antike tradierte Lokalisierung der „bösen Geister unter dem Himmel“, wie es in der Luther-Bibel heißt (Eph 6,12), in der sublunaren Feuersphäre war in der neuen Kosmologie gegenstandslos geworden. Am Ende des 30-jährigen Krieges sicher eine friedliche und tröstliche Botschaft. □

## Historische Tage 2018

# Weimarer Köpfe

## Leistungen, Belastungen und Gefährdungen der ersten deutschen Demokratie



Fotos: akg-images

Max Planck (1858–1947) und Albert Einstein (1879–1955) waren zwei

Revolutionäre der Physik, politisch hatten sie recht gegensätzliche Ansichten.

Die Planungen für die Historischen Tage 2018 sind bereits weit fortgeschritten. Wir wollen am Beispiel von Akteuren in unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Lebens Aufstieg und Leistungen, Belastungen und Scheitern der Weimarer Republik veranschaulichen, deren Geschichte mit der Novemberrevolution 1918 begann. „Weimarer Köpfe“ ist der Titel der Veranstaltung, die vom 14. bis zum 17. Februar 2018 in der Katholischen Akademie Bayern stattfinden wird. In 13 Referaten werden 17 Protagonisten vorgestellt, die in Politik und Wirtschaft, Kirche, Kultur und Wissenschaft ihrer Zeit herausragten – ob positiv oder negativ. Anhand ihrer

Biografien zeichnen die Experten von Aschermittwoch bis zum ersten Samstag in der Fastenzeit die Geschichte der ersten deutschen Republik nach. Wenn Sie unter vielen anderen auf den Spuren der katholischen Frauenrechtlerin Ellen Amann, des Schriftstellers Thomas Mann sowie der Physiker Max Planck und Albert Einstein wandeln wollen, sind Sie in den ersten Tagen der Fastenzeit bei uns am richtigen Ort. Die Anmeldungen zu den Historischen Tagen 2018, die auch in diesem Jahr wieder von Prof. Dr. Hans-Michael Körner, Professor em. am Historischen Seminar der LMU München, geleitet werden, ist ab Januar möglich.